

**Wahlaussage für  
die Bürgerschaftswahl  
am 19. Dezember 1982**

# Programme brauchen Mehrheiten:

Gemäß Beschluß des außerordentlichen Landesparteitages der SPD-Landesorganisation Hamburg vom 5./6. November 1982 sind Bestandteil der Wahlaussage für die Bürgerschaftswahl am 19. Dezember 1982:

- 1. Wahlauf Ruf des  
1. Bürgermeisters  
Dr. Klaus von Dohnanyi** Seite 2
- 2. Arbeitsprogramm der  
SPD Hamburg für  
die Jahre 1982–1986** Seite 3
- 3. Positions-Papier von  
Dr. Klaus von Dohnanyi  
„Die Gespräche SPD/GAL  
aus der Sicht des  
1. Bürgermeisters“ vom  
6. Oktober 1982** Seite 20



**Tatkraft und Gerechtigkeit** **SPD**

# Liebe Hamburgerinnen, liebe Hamburger,



am 19. Dezember haben Sie die Möglichkeit der Neuwahl, die den Bürgern bundesweit verwehrt worden ist. Dies ist die moralisch einwandfreie demokratische Lösung, um Klarheit zu schaffen.

Zum ersten Mal seit dem Kriege hat sich die Bürgerschaft aufgelöst. Sie ist an dem Wahlergebnis vom 6. Juni gescheitert. Deswegen sind die Bürger Hamburgs aufgerufen, am 19. Dezember sichere Mehrheiten für eine entscheidungsfähige Bürgerschaft zu wählen. Sichere Mehrheiten für die richtige Politik – das ist jetzt das Gebot der Stunde für Hamburg. Und die richtige Politik für Hamburg gibt es nur mit der SPD. Die Hamburger wissen: Die CDU kann es bei uns nicht schaffen. Jetzt, wo wir wissen, wie es in Bonn gelaufen ist. Hamburg will keine schwarze Zukunft.

Seit dem 6. Juni hat sich viel verändert. In Bonn hat Herr Genscher die Wählerstimmen für Helmut Schmidt, die die Bürger der FDP für eine sozial-liberale Koalition bis 1984 anvertraut hatten, mißbraucht und für den Sturz unseres Bundeskanzlers Helmut Schmidt eingesetzt. Sichtbar beginnt die CDU/CSU/FDP-Regierung Kohl-Genscher-Zimmermann und Strauß die Uhr zurückzudrehen. Gegen die Gewerkschaften und ihre beschäftigungspolitischen Initiativen, zugunsten der Besserverdienenden, zu Lasten der Arbeitnehmer. Und international gerät die Entspannung, die unter Willy Brandt und Helmut Schmidt den Frieden sicherer gemacht hat, in Gefahr. Wer kann sich vorstellen, daß ein Bundeskanzler Helmut Kohl die deutsche Meinung so überzeugend vertreten kann, wie der Staatsmann Helmut Schmidt es anerkannt getan hat? Jeder Wähler muß am 19. Dezember auch bundespolitisch Farbe bekennen!

Seit dem 6. Juni hat die Bevölkerung deutlicher als bisher erkannt, daß die wirtschaftlichen Schwierigkeiten in Deutschland nicht haus-

gemacht sind. Das bedrohliche Ansteigen der Arbeitslosigkeit überall in der Welt und die damit international verbundenen Probleme der öffentlichen Finanzen verlangen neue Antworten. Beschäftigungspolitik, Umweltschutz und Frieden sind Herausforderungen, die die ganze Kraft einer gestärkten SPD erfordern, damit zukunftsweisende Politik mit Tatkraft durchgesetzt wird.

Die Wahl der GAL in die Bürgerschaft hat trotz unserer ernsthaften Gespräche mit der GAL eine klare Mehrheitsbildung in Hamburg unmöglich gemacht. Die Gespräche zwischen SPD und GAL haben weit über Hamburg hinaus Aufmerksamkeit erhalten. Ihr Scheitern macht deutlich, daß die Reformwähler der Grün/Alternativen Bewegung ihre Stimme verschenken, wenn die Grün/Alternativen nicht die Kraft zum Kompromiß aufbringen.

Die Hamburger SPD hat bereits während der letzten Jahre neue politische Wege beschritten: in der Arbeitsmarktpolitik (Ausbau der Investitionen; kein weiterer Abbau von Stellen ohne Berücksichtigung des Arbeitsmarktes); in der Ausbildungspolitik (notfalls muß der Staat auch zusätzliche handwerkliche Ausbildungsplätze finanzieren; jeder Jugendliche hat ein Recht auf Ausbildung); in der Gleichberechtigungspolitik (Leitstelle Gleichstellung der Frau, Familienplanungszentrum, Beratungsangebote werden finanziert und gestärkt, Mädchen in technisch-gewerbliche Berufe, Initiative für Elternurlaub); in der Stadtentwicklung (Erneuern und Sanieren statt Einreißen; kulturelle Initiativen in den Stadtteilen); im Umweltschutz (verschärfte Auflagen; mehr Öffentlichkeit für die Bürger; finanzielle Hilfe bei technischen Verbesserungen); in der Energiepolitik (umweltfreundliche Fernwärme statt immer mehr Atomstrom ohne Lösung der Entsorgung); in der Sozialpolitik (Sozialstationen, Selbsthilfegruppen werden gestärkt); in der Sicherung der

demokratischen Rechte (keine Schnüffelpraxis und keine Einschränkung des Demonstrationsrechts).

Das Wahlergebnis vom 6. Juni hat uns darüber hinaus nachdenklich gemacht. Wir haben unserer Politik neue Umrisse gegeben: Noch deutlicher ist seitdem der Vorrang für die Arbeitsplätze und die Ausbildungsplätze. Schneller und konsequenter der Umweltschutz. Noch klarer die Gesichtspunkte der Gerechtigkeit, weil einer, dem es sehr viel besser geht, in schweren Zeiten auch eher anderen helfen kann. Wir wissen: Dies sind andere Zeiten, die auch eine andere Politik fordern. Hamburgs SPD hat also ihre Politik fortentwickelt, wo es richtig war. Wir haben aber auch festzuhalten an bewährten Grundsätzen, die dem Wohl unserer Stadt dienen: In Fragen der Verteidigung des Rechtsstaates, der freien Bürgerrechte, der inneren Sicherheit, der Hausbesetzungen. In Fragen der parlamentarischen Demokratie sind Sozialdemokraten nicht kompromißbereit.

Hamburgs Politik bei der Schaffung neuer Arbeits- und Ausbildungsplätze gilt heute bundesweit als vorbildlich. Denn Hamburgs Politik ist es, die Arbeitslosengelder und die Leistung von Sozialhilfe umzumünzen in die Bezahlung produktiver Arbeit für die Bürger (direkte Schaffung neuer Arbeitsplätze, z. B. durch den Bau neuer Wasserleitungen, die Instandsetzung von Schulen; mehr Lehrer für Klassen mit hohem Ausländeranteil).

Wo der „erste“ Arbeitsmarkt nicht mehr ausreicht, muß der Staat einen zusätzlichen, einen „zweiten“ Arbeitsmarkt aufbauen, der Ausbildungsplätze, Maßnahmen der Arbeitsbeschaffung und neue, für die Stadt lebenswichtige Projekte (z. B. saubere Elbe, Fernwärme, Trinkwassersicherung) umfaßt. Dies ist bei konservativen Kräften umstritten. Sie wollen den

Staat zurückdrängen. Sie sehen nicht, daß ein starker Staat gerade in schwierigen Zeiten wichtiger wird für die Arbeitnehmer und für die sozial Schwächeren als je zuvor. Deshalb wird der „zweite“ Arbeitsmarkt für die Zukunft unserer Stadt und ihrer Arbeitsplätze ein entscheidender Schritt nach vorn sein.

Eine neue Politik, wie neue Probleme sie fordern, verlangt politischen und finanziellen Realismus. Nicht jeder Fortschritt ist fortschrittlich – aber die Verweigerung bei der verantwortlichen Lösung der wirklichen Probleme ist auch keine Politik.

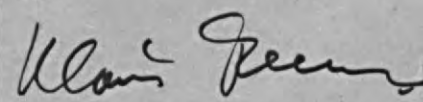
Noch einmal darf es ein parlamentarisches Unentschieden nicht geben. Hamburg braucht Tatkraft und Klarheit. Tatkraft für die Hoffnungen der Menschen; Tatkraft, um die Ängste zu bannen.

Aber politische Tatkraft braucht für klare Entscheidungen auch die notwendigen Mehrheiten. Wer eine zukunftsweisende Reformpolitik mit sicheren Mehrheiten will, wählt am 19. Dezember SPD.

Die Sehnsucht der Menschen nach Frieden und ungestörter Natur kann in unserer Stadt nur eine gestärkte SPD zu wirksamen politischen Entscheidungen führen. Für die rückwärtsgerichteten Vorstellungen der CDU gibt es bei Hamburgs traditionsbewußten, demokratischen und sozialen Wählern keine Mehrheit. Aber Hamburg braucht eine sichere Mehrheit. Die bisherigen FDP-Wähler können als Liberale diesmal nur SPD wählen; FDP-Stimmen werden verlorene Stimmen sein. Und „grüne“ Wähler, die sich – wie wir – für die notwendigen Reformen einsetzen, verschenken ihre Stimme, wenn sie die GAL wählen und die GAL diese Stimmen im Parlament nicht realistisch einsetzt.

Eine sichere Mehrheit für die richtige Politik gibt es in Hamburg nur mit der SPD. Ich bitte Sie um Ihr Vertrauen.

Ihr

  
Klaus von Dohnanyi

## Arbeitsprogramm der SPD Hamburg für die Jahre 1982 bis 1986

beschlossen auf dem außerordentlichen Landesparteitag am 5. März 1982

# Die achtziger Jahre bestehen durch gemeinsames Handeln

**Hamburg wählt am 6. Juni 1982. An diesem Tage wird aber nicht nur über die Zusammensetzung von Bürgerschaft und Senat entschieden, die Wahlentscheidung hat auch Auswirkungen auf die künftige politische Gestaltung der Bundesrepublik Deutschland.**

Hamburgs SPD hat sich in neuer Geschlossenheit um Bürgermeister Klaus von Dohnanyi geschart und stellt sich den Hamburger Wählern zuversichtlich und selbstbewußt.

Die Zusagen, die wir Sozialdemokraten 1978 mit Bürgermeister Hans-Ulrich Klose gegeben hatten, haben wir beharrlich einge-

löst. Nicht alles, was wir wollten, ist erfüllt. Doch das Wesentliche haben wir geleistet – ohne viel Aufhebens.

Es ist kein Geheimnis, daß die Bürger kaum Notiz genommen haben von den vielen kleinen und großen Erfolgen unserer grundsoliden Hamburg-Politik. Das Interesse richtete sich eher auf poli-

tische Auseinandersetzungen in der SPD. Wir Sozialdemokraten wissen, daß dies weit über Hamburg hinaus Diskussionen, Hoffnungen aber auch Verunsicherungen ausgelöst hat.

Es ist wahr, wir hätten es uns leichter machen können. Aber geht es denn um den einfachsten Weg für eine Partei? Die Menschen, nicht nur in unserer Stadt, sind nachdenklich geworden. Sie ringen um den richtigen Weg für unsere Stadt, für unser Volk – und das geht weit über die Auseinandersetzungen zwischen den Generationen hinaus.

Aus diesem Ringen mag sich her-

aushalten, wer es verantworten kann. Hamburgs SPD stellt sich den vier Lebensfragen der Menschen in unserer Stadt – und gibt mit diesem Arbeitsprogramm 1982–1986 ihre Antwort darauf:

**1. Bleibt der Frieden erhalten – oder treiben wir in einen neuen Krieg?**

**2. Sind die Arbeitsplätze sicher – oder droht zunehmende Arbeitslosigkeit?**

**3. Halten wir unseren Lebensstandard und unsere sozialen Erregenschaften – oder müssen große Teile der Bevölkerung erheblich zurückstecken?**

**4. Kommen Natur und Technik wieder ins Gleichgewicht – oder wird unsere Umwelt unwiederbringlich zerstört?**

Unser Arbeitsprogramm orientiert sich an diesen zentralen Fragen. Es setzt damit zugleich Schwerpunkte für die Vielzahl der alltäglichen Probleme, die gelöst werden müssen, um unser aller Zukunft zu sichern.

Hamburg ist eine der schönsten und wohlhabendsten Städte der

Welt. Seine Entwicklung nach 1945 gründet sich auf das Selbstbewußtsein und den Leistungswillen ihrer Bürger. Die politische Verantwortung für seinen stetigen Aufstieg liegt seit 30 Jahren in den Händen der SPD. Unsere sozialdemokratischen Bürgermeister stehen in dieser Tradition: Max Brauer, Paul Nevermann, Herbert Weichmann, Peter Schulz, Hans-Ulrich Klose und Klaus von Dohnanyi.

Bisher konnten der Lebenswille unserer Bürger und eine umsichtige Politik der sozialliberalen Bundesregierung Deutschland erfolgreicher vor weltwirtschaftlichen Belastungen schützen, als dies in anderen Industrienationen geschah. Unser Wohlstand und unsere soziale wie unsere politische Stabilität sind – ebenfalls anders als in vielen anderen Staaten – nach wie vor gesichert. Trotzdem hat auch Deutschland mit den Folgen einer Weltwirtschaftskrise zu kämpfen. Und diese Krise trifft auch Hamburg. Der sozialdemokratische Senat versucht gegenzusteuern. Er tut dies mit aller Kraft. Daß er dennoch die Weltwirtschaftskrise nicht ungeschehen machen kann, wissen auch die Bürger.

## UNSERE ZIELE

Zur Lösung der vor uns stehenden politischen und wirtschaftlichen Schwierigkeiten reichen die herkömmlichen Konzepte nicht aus. Die Perspektiven unserer wertbezogenen Politik richten sich an den Interessen und Erwartungen der Arbeitnehmer und ihrer Familien aus. Damit dienen unsere Anstrengungen dem wohlverstandenen Interesse aller Bürger unserer Stadt wie dies unserer Tradition als einer linken Volkspartei entspricht.

Wichtigste Ziele in den kommenden Jahren für uns Sozialdemokraten sind:

- ausreichende, menschliche und zukunftssichere Arbeitsplätze zu erhalten und neue zu schaffen
- eine ausreichende Energieversorgung zu gewährleisten, die zugleich rohstoffsparend und preisgünstig ist

- für den Schutz unserer Umwelt und die Erhaltung unserer natürlichen Lebensgrundlagen einzutreten
- auch in Zukunft Wohnbedingungen zu garantieren, in denen man sich wohlfühlt
- den sozialen Frieden durch Solidarität mit den Schwachen zu erhalten und dies besonders in einer Zeit, in der Verteilungskämpfe heftiger werden
- jungen Menschen Zukunftschancen zu eröffnen, ohne ihre Suche nach neuen Wertvorstellungen zu bevormunden.
- Bedingungen zu schaffen und Einsichten zu vertreten, die es den Frauen mehr als bisher erleichtern, im beruflichen und politischen Leben mitzuwirken
- die volle Entfaltung demokratischer Grundrechte in allen Lebensbereichen zu verbürgen
- den Frieden in West und Ost durch Entspannung und Abrüstung zu sichern

## Inhalt:

Den Frieden erhalten . . . . .	Seite 4	Öffentliche Unternehmen gezielt einsetzen . . . . .	7	Wohlfühlen in der Stadt . . . . .	11	Sicherheit für den Bürger durch vorbeugende Maßnahmen . . . . .	15
Recht auf Arbeit . . . . .	4	Gartenbau und Landwirtschaft haben in Hamburg eine besondere Tradition . . . . .	8	Gute Nachbarschaft gegen Anonymität der Großstadt . . . . .	11	Den Rechtsfrieden festigen – Kriminalität noch wirksamer bekämpfen . . . . .	16
Hamburgs Hafen muß leistungsfähig bleiben . . . . .	4	Für schrittweise Verkürzung der Arbeitszeit . . . . .	8	Jeder Mensch braucht Nachbarn . . . . .	11	Besonders sozialschädliche Unrechtstaten sind verstärkt zu verfolgen . . . . .	16
Leistungsfähige Verkehrsverbindungen . . . . .	5	Recht auf berufliche Bildung verwirklichen . . . . .	8	Mehr Freiraum für die Familie . . . . .	11	Den freiheitlichen Rechtsstaat festigen und ausbauen . . . . .	16
Flughafen Fuhrsbüttel . . . . .	5	Beschäftigung im öffentlichen Dienst behält besondere Bedeutung . . . . .	8	Das Recht auf Bildung werden wir weiter sichern . . . . .	12	Schutz von persönlichen Daten . . . . .	17
Wir sichern die Energieversorgung Hamburgs preiswert und umweltfreundlich . . . . .	5	Gezielte Beschäftigungspolitik . . . . .	9	Hochschulen . . . . .	12	Wir werden weiter konsequent für die Gleichberechtigung von Mann und Frau kämpfen . . . . .	17
Hamburg als Medienstadt Nr. 1: Wichtig für Arbeitsplätze . . . . .	6	Technischer Wandel muß dem Menschen dienen . . . . .	9	Für eine kritische, engagierte Jugend . . . . .	12	Minderheiten schützen . . . . .	17
Arbeitsplätze schaffen und erhalten . . . . .	6	Eine gesunde Umwelt und die Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen stehen nicht im Widerspruch zur Wirtschafts- und Energiepolitik . . . . .	9	Kultur für alle . . . . .	13	Schnelle Rechtsgewährung für alle Bürger . . . . .	17
Staatliche Wirtschaftsförderung ist nötig . . . . .	7	Die beispielhafte Wohnungspolitik Hamburger Sozialdemokraten wird fortgesetzt . . . . .	10	Sport für alle – eine sportpolitische Zielsetzung wird verwirklicht . . . . .	13	Von einer sozial verantwortlichen Ausländerpolitik lassen wir uns nicht abbringen . . . . .	18
				Im Gesundheitswesen geht es uns zugleich um Leistungsfähigkeit und günstige Kosten . . . . .	14	Verwaltung ist für den Bürger da . . . . .	18
				Durch Solidarität garantieren wir soziale Sicherheit . . . . .	14	Die hamburgischen Finanzen . . . . .	19
				Innere Sicherheit, Gerechtigkeit, Freiheit und Toleranz sind untrennbar . . . . .	15		

## Den Frieden erhalten

**Nie wieder darf Krieg von deutschem Boden ausgehen. Einen dritten Weltkrieg würden wir Deutsche und würde Europa, ja, könnte die Menschheit nicht überleben.**

**Wir deutschen Sozialdemokraten haben uns deshalb dafür eingesetzt, durch unsere aktive Friedens- und Verständigungspolitik den Frieden unter den Nationen in der Welt sicherer zu machen. Wir haben die Aussöhnung mit dem Osten vorangetrieben. Das Ansehen der Bundesrepublik Deutschland ist durch diese Politik weltweit gewachsen; wir haben neue Freunde in aller Welt gewonnen.**

Wir Sozialdemokraten haben uns stets als Friedenspartei empfunden. Daher begrüßen wir die Friedensbewegung als sichtbares Zeichen für den Friedenswillen in unserem Volke und als eine Aufforderung an uns, unsere Entspannungsbemühungen zu verstärken.

Diese Friedens- und Versöhnungspolitik behält ihre große Bedeutung; denn die Sicherung des Weltfriedens ist schwieriger geworden. Sozialdemokratische Regierungsverantwortung in Hamburg heißt deswegen auch: Fortsetzung der Friedenspolitik in Bonn. Ob diese Politik fortgeführt wird – auch darüber entscheiden die Hamburger Bürger am 6. Juni 1982.

Ohne Zusammenarbeit zwischen Ost- und Westeuropa und ohne solidarische Stärkung der Wirtschaftskraft der Entwicklungslän-

der können auch die Zukunftschancen unserer Stadt nicht wirklich sicher sein. Daß wir unsere Arbeitsplätze erhalten, unseren Lebensstandard und unseren sozialen Frieden sichern, ist auf die Dauer nicht denkbar ohne Frieden in der Welt.

In Verantwortung für Hamburg und in Verantwortung für den Frieden werden wir daher weiterhin

- für die Fortsetzung und den Ausbau der Wirtschaftsbeziehungen zwischen Ost- und Westeuropa eintreten

- zum Abbau des Hungers in der Welt und des Nord-Süd-Gefälles beitragen

- aber auch die mitten im Kalten Krieg der fünfziger Jahre eingeleitete „Politik der Elbe“ fortsetzen und verstärken; d.h. Hamburg und seinen Hafen zum „na-

türlichen“ Wirtschaftsplatz des Ostblocks und der Länder des Fernen Ostens ausbauen.

Hamburg wird weitere Beiträge für die Friedenssicherung erbringen. Sozialdemokraten werden

- die Friedensforschung mit dem Schwerpunkt Konfliktforschung, Abrüstungs- und Rüstungskontrolle so ausbauen, daß Hamburg hier ein europäischer Forschungsschwerpunkt werden kann

- in den Schulen einen Unterricht fördern, der das Verständnis für Schritte internationaler Zusammenarbeit stärkt

- den Ländern der Dritten Welt durch die Ausbildung von Fach- und Führungskräften helfen und dabei auch besonders geeignete, auf die Bedürfnisse der Dritten Welt zugeschnittene Technologien entwickeln und vermitteln.

Der Erhaltung des Friedens dient auch eine Auseinandersetzung mit den Voraussetzungen und Bedingungen für die Entstehung der Nazi-Diktatur in Deutschland. Wir haben mit der Errichtung des Dokumentenhauses beim ehemaligen KZ Neuengamme eine Gedenk- und Arbeitsstätte geschaffen, in der die Vereinigungen und Organisationen der Opfer des Nazi-Terrors und wissenschaftliche Einrichtungen begonnen haben, gemeinsam die Erfahrungen aus der Schreckensherrschaft des NS-Staates aufzuarbeiten und die Lehren hieraus für die Zukunft nutzbar zu machen. Wir werden diesen Weg konsequent weitergehen und die an diesem Ziel ausgerichteten Einrichtungen ausbauen.

## Hamburgs Hafen muß leistungsfähig bleiben

**Die Stärke Hamburgs und seiner Wirtschaft wird entscheidend mitbestimmt von der Leistungsfähigkeit des Hafens. Der Hafen gibt Impulse für die ganze Hamburger Wirtschaft. Von ihm hängen direkt und indirekt mehr als 100.000 Arbeitsplätze ab. Wesentliches Ziel unserer Wirtschaftspolitik bleibt daher die Erhaltung der Funktionsfähigkeit des Hamburger Hafens.**

Dabei gehen wir davon aus, daß wir diese Politik in enger Abstimmung mit den im Hafen tätigen Arbeitgebern und Arbeitnehmern und deren Vertretungen in einem gemeinsamen Hafenrat festlegen. Die Leistungsfähigkeit unseres Hafens hängt von der Qualifikation der dort arbeitenden Menschen ab. Wir werden deshalb die Fortbildung zum Hafenfacharbeiter weiterhin unterstützen.

Hierzu haben wir Sozialdemokraten schon bisher viel geleistet: Vertiefung der Unterelbe, Anpassung vorhandener Hafenanlagen an die moderne Entwicklung, ständige Verbesserung der Infrastruktur, Hochwasserschutz. Es kommt darauf an, auch hier Kontinuität zu beweisen. Wie wichtig z.B. unsere Entscheidung war, 500 Millionen DM in Flutschutz-

bauten zu stecken und mit Hochdruck an der Hochwassersicherung der gefährdeten Hamburger Ortsteile und Hafengebiete zu arbeiten, haben die Sturmfluten im Herbst 1981 bewiesen: Die neuen Anlagen haben gehalten.

Wichtig sind vor allem Struktur- und Hafenerweiterungsmaßnahmen. Auf der Grundlage eines neuen, modernen Hafenerweiterungsgesetzes werden wir das bewährte Prinzip des öffentlichen Eigentums an Grund und Boden im Hamburger Hafen konsequent weiter verfolgen. Die Infrastrukturinvestitionen Hamburgs gelten sowohl der intensiveren Nutzung vorhandener Flächen als auch der bedarfsgerechten, schrittweisen Erschließung des Hafenerweiterungsgebietes.

## Recht auf Arbeit

**Für uns Sozialdemokraten steht die Sorge um genügend Arbeitsplätze im Zentrum unseres politischen Handelns. Das Sozialstaatsprinzip begründet das Recht eines jeden Mitbürgers auf einen angemessenen Arbeitsplatz zu menschenwürdigen Bedingungen. Wir sehen es als unsere politische Verpflichtung an, jedem einzelnen Hamburger gegenüber für dieses Recht einzutreten.**

Hamburg bietet knapp eine Million Arbeitsplätze (1980 waren es ca. 945.000) – das sind weit mehr als von Hamburgern nachgefragt

werden. Gut 150.000 davon, alle Pendlerströme aufgerechnet, werden von „Butenhangern“ aus Schleswig-Holstein und Nie-

dersachsen besetzt. Dem stehen z.Zt. rund 50.000 Arbeitslose in Hamburg gegenüber. Diese Arbeitslosigkeit ist zu hoch. Entwertet sind die Anstrengungen des sozialdemokratischen Senats dadurch jedoch nicht. Die Situation auf dem Arbeitsmarkt ist auch in unseren Nachbarländern Schleswig-Holstein und Niedersachsen und in den meisten anderen Bundesländern noch drückender – ein Beweis dafür, daß kurzfristige grundlegende Änderungen, wie die Durchsetzung des Rechts auf Arbeit, über die Kraft eines einzelnen Bundeslandes hinausgehen. Hamburgs SPD macht sich deshalb stark für eine beschäfti-

gungspolitische Offensive im Bund und in allen Ländern. Wir Sozialdemokraten haben für Hamburg bereits eine Vorleistung erbracht: Unser 170-Millionen-DM-Beschäftigungsprogramm 1982 entspricht als Bundesländer-Programm einem Umfang von 10 Milliarden DM. Es deckt sich also mit den Forderungen des Deutschen Gewerkschaftsbundes.

Unverzichtbare Voraussetzungen für die Sicherheit der Arbeitsplätze in Hamburg ist die umfassende Leistungsfähigkeit dieser Stadt. Insbesondere Wirtschafts-, Energie- und Verkehrspolitik müssen sich diesem Ziel unterordnen.

Gewerksmäßige Arbeitnehmerüberlassung ist als inhumane Form des Arbeitsverhältnisses grundsätzlich abzulehnen. Auf längere Frist muß daher die Leiharbeit generell verboten werden. Vorrangig aber ist z.Zt. eine Verschärfung von Kontrollbefugnissen und insbesondere der Kontrollpraxis, um ungesetzliche illegale „Leiharbeit“ zu verhindern.

Die Beratung und Information für Arbeitnehmer, Betriebsräte, Personalräte und Fachkräfte für Arbeitssicherheit über die strikte Anwendung bestehender Arbeitsschutzgesetze, Verordnungen und Regelungen ist zu verstärken.



1 Klaus von Dohnanyi, 53, Erster Bürgermeister Rathaus, 2000 Hamburg 1 Tel.: 3 68 11



2 Helga Elstner, 58, Dipl.-Volkswirt, Zweiter Bürgermeister, Senatorin, Interessen: Gesundheitspolitik, Sozialpolitik, Verbraucherschutz- und Verbraucherpolitik, Politik für Frauen, Hobbies: Musik, Kochen. 2000 Hamburg 65, Sanderskoppel 4, Tel.: 44 19 53 30



3 Hans Saalfeld, 53, Werkzeugmaschinenbauer, Hamburger DGB-Vorsitzender, Interessen: Infrastruktur, Wirtschafts- und Sozialpolitik, Hobbies: Wandern, Schwimmen, Lesen, Gartenpflege. 2000 Hamburg 62, Fehnweg 46, Tel.: 5 20 37 95



4 Peter Schulz, 51, Rechtsanwalt, Interessen: Dafür zu sorgen, daß Menschen in Würde leben können, Hobbies: Literatur, Geschichte. 2000 Hamburg 67, Moorreye 97a, Tel.: 50 39 39



5 Eva Leithäuser, 56, Juristin, Justizsenatorin, Interessen: Rechtspolitik, Frauenfragen, Hobbies: Kochen, Porzellan sammeln, Theater, Literatur. 2000 Hamburg 13, Oberstr. 74



## Leistungsfähige Verkehrsverbindungen

**Für ein Wirtschaftszentrum und einen Ballungsraum wie Hamburg sind sichere und leistungsfähige Verkehrsverbindungen unerlässlich. Wir Sozialdemokraten werden deshalb auf eine bessere Kombination von Straße und Schiene hinwirken, z.B.**

- den Huckepackverkehr fördern, also den Transport beladener Güterfahrzeuge per Eisenbahn

- den Straßenverkehrsfluß verbessern durch schienengebundenen Güterverkehr, durch Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs sowie durch Verbesserungen bei verkehrsgerechter und energiesparender Ampelsteuerung

- neue überörtliche Straßenbaumaßnahmen speziell zur Entlastung von Stadtteilen (Ortsumgehung Veddel, Folgemaßnahmen der Berlin-Autobahn, Ortsumgehung Fuhlsbüttel) in Angriff nehmen.

Außerdem werden wir planmäßig die Verbesserung der Umsteigebedingungen vornehmen sowie die Aufstellung der wetterfesten Unterstände an den Bushaltestellen verstärken.

Günstige Verkehrsverbindungen von den Wohnungen zu den Arbeitsplätzen sind von entscheidender Bedeutung für Hamburg als Wirtschaftsstandort. Auch für Wege zu Schul- und Ausbildungsplätzen, zu zentralen Einkaufsorten und für die Teilhabe am kulturellen Leben der Stadt sind die innerstädtischen Verkehrsbedingungen von erheblicher Bedeutung.

Wir räumen dabei dem Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs absoluten Vorrang ein. Nach Fertigstellung der S-Bahn Harburg und der U-Bahn Niendorf wollen wir vordringlich die Großsiedlung Mümmelsmannsberg an das Schnellbahnnetz anschließen; Steilshoop wird planerisch in Angriff genommen. Überhaupt wollen wir den öffent-

lichen Personennahverkehr noch attraktiver machen. Deshalb sind wir für den weiteren Ausbau des Park- and Ride-Systems sowie für bessere Anschlüsse zwischen Bus- und Schnellbahnlinien. Priorität haben außerdem die Verbesserung der Verkehrssituation in der Innenstadt, neue Lösungen dort, wo sich Unfälle häufen, sowie die Beseitigung von Verkehrsengpässen.

Das Fahrrad ist in der letzten Zeit „wiederentdeckt“ worden. Immer mehr Mitbürger machen von diesem umweltfreundlichen Verkehrsmittel Gebrauch. Wir bauen deshalb für Hamburg ein Radwegenetz. Wichtig sind dabei auch das Absenken der Kantsteine an Überwegen und Kreuzungen sowie die Einrichtung von mehr gut erreichbaren Fahrradständern an Haltestellen des öffentlichen Personennahverkehrs, bei öffentlichen Gebäuden, Einkaufsstätten und anderen Einrichtungen und die Schaffung gut erreichbarer Fahrradabstellräume in neuen Wohnhäusern.

## Flughafen Fuhlsbüttel

Hamburg als Wirtschaftszentrum kann auf eine Anbindung an den internationalen Flugverkehr nicht verzichten. Aus Gründen der Stadtentwicklung, zum Ausbau der Kapazität und zur gleichzeitigen Verringerung des Fluglärms hatte der Senat deshalb einen Ergänzungsflyghafen vorgesehen, der in Kaltenkirchen gebaut werden sollte. Inzwischen ist durch Gerichtsbeschluss festgestellt, daß angesichts des nur langsam wachsenden Bedarfs an weiteren Flughäfen kein zweiter, sondern lediglich ein Ersatzflyghafen infrage käme. Das aber käme einer Verlagerung des gesamten Flugbetriebes nach Kaltenkirchen gleich und würde bedeuten, daß die mehr als 10.000 Arbeitsplätze der Luftwerft und des Flughafens für Hamburg verloren gingen. Nicht zuletzt deshalb ist die bisherige Kostenverteilung – Hamburg 64 Prozent, Schleswig-Holstein nur 10 Prozent – nicht mehr tragbar. Unsere Forderung, daß Schleswig-Holstein einen weit größeren, angemessenen Teil der Ko-

sten übernimmt, hat die Kieler Landesregierung abgelehnt und den Ausstieg aus dem Flughafenprojekt erklärt.

Deshalb kommt es jetzt darauf an, statt des Baus des Flughafens Kaltenkirchen die Funktionsfähigkeit des Flughafens Fuhlsbüttel auch für die Zukunft zu sichern.

Deshalb wollen wir jetzt zügig

- den Lärmschutz im Interesse der Anwohner verbessern.

- die Flughafeneinrichtungen (Technik, Gebäude, Startbahnen, Vorfeld) umfassend modernisieren.

- die Verkehrsanbindung wie die Parkmöglichkeiten verbessern.

## Wir sichern die Energieversorgung Hamburgs preiswert und umweltfreundlich

**Hamburg braucht eine Energieversorgung, die sicher, preisgünstig und umweltschonend ist. Das sozialdemokratische Energieversorgungskonzept vereint diese vernünftigen Ziele, die wir Schritt um Schritt verwirklichen. Die billigste Energie ist diejenige, die wir nicht verbrauchen. Deshalb steht die Energieeinsparung für uns an erster Stelle.**

Hamburg hat als erstes Bundesland – 1979 – ein Energiesparprogramm vorgelegt. In der Verwaltung und bei der Energiesparberatung der Bürger haben wir bis-

her gute Erfolge erzielt. Hieran ist mit solchen weitgreifenden Maßnahmen anzuknüpfen, die gleichzeitig wirtschaftliche Wachstumsimpulse auslösen.

Wir Sozialdemokraten treten deshalb dafür ein, daß

- Vorschriften beseitigt oder verändert werden, die das Einsparen von Energie bisher verhindern;

- Schritt um Schritt die Tarife der Energieversorgungsunternehmen so gestaltet werden, daß Sparen belohnt wird;

- die Entwicklung energiesparender Technologien besonders gefördert wird;

- in der Ausbildung in den Fachrichtungen Bauwesen, Heizungs- und Installationstechnik alle erforderlichen Kenntnisse zum Energiesparen vermittelt werden;

- Betriebe zur Produktion von Anlagen und Einrichtungen der Energieeinsparung besondere Förderung erhalten;

- regenerative Energiequellen gefördert werden.

Wir beabsichtigen, den großen Zukunftsmarkt „sparsamer Einsatz von Energie“ zu einem Schwerpunkt der Hamburger Entwicklung zu machen. Das heißt, wir wollen umfassende Voraussetzungen dafür schaffen, daß Hamburg ein Zentrum für Forschung, Ausbildung und Produktion auf dem Sektor der Energietechnik werden kann. In diesem Vorhaben sollen Betriebe, Hochschulen, Ausbildungszentren und Staat kooperieren. Ne-

ben der Frage der Energieeinsparung steht das Problem, Versorgungsrisiken bei elektrischer Energie zu mindern und eingesetzte Energierohstoffe (Primärenergie) optimal zu nutzen.

Hamburgs Sozialdemokraten vertreten deshalb den Standpunkt, daß anstelle einer Beteiligung an Brokdorf eine sichere Energieversorgung der Stadt auf der Grundlage einer breiteren Risikostreuung zu erreichen ist.

Hamburg wird von drei Kernkraftwerken mit elektrischem Strom versorgt (Stade, Brunsbüttel und ab 1983 Krümmel), Brokdorf wäre das vierte Kernkraftwerk. Angesichts der Tatsachen, daß die Entscheidungsfragen nicht gelöst sind, daß durch technische Risiken mit längerfristigem Ausfall zu rechnen ist und daß darüber hinaus – wie das Beispiel Brunsbüttel zeigt – auch die Kostenentwicklung bei Stromerzeugung durch Kernenergie erhebli-



6 **Alfons Pawelczyk**, 44, Soldat, Innensenator, Interessen: Fragen der Außen- und Abrüstungspolitik, Hobbies: Wandern. 2000 Hamburg 65, Seebergwinkel 14, Tel.: 6 08 09 67



7 **Hans-Ulrich Klose**, 44, Jurist, 2000 Hamburg 13, Böttgerstr. 5



8 **Werner Karotka**, 54, Büromaschinenmechaniker, Verwaltungsbeamter, Interessen: Haushalt- und Sozialpolitik, Hobbies: Tennis, Angeln. 2000 Hamburg 13, Hartungstr. 12, Tel.: 41 77 53



9 **Bodo Schumann**, 44, Theologe, Lehrer an der Gesamtschule, Interessen: Bildungspolitik, Sozialpolitik, Sicherung demokratischer Rechte, Rechtsradikalismus, 2000 Hamburg 53, Entenweg 34, Tel.: 8 31 54 23



10 **Volker Lange**, 38, Lehrer, Senator, Interessen: Bau, Stadtentwicklung, Hobbies: Sport, Kochen. 2000 Hamburg 65, Eichelhäherkamp 70, Tel.: 6 08 01 80

chen Risiken ausgesetzt ist, haben wir uns gegen Brokdorf entschieden.

Herzstück des energiepolitischen Konzepts der SPD ist die Wärme-Kraft-Kopplung, das heißt gleichzeitige Strom- und Wärmeerzeugung in Heizkraftwerken. Dies hat folgende Vorteile:

- Es wird Energie gespart, weil die eingesetzte Primärenergie doppelt genutzt wird.

- Es wird weniger Erdöl und Erdgas verbraucht.

- Die Umweltbelastung wird verringert, denn der Fernwärmeausbau mit der modernsten Umwelttechnik macht Tausende von Ölheizungsschornsteinen überflüssig, die Luftqualität wird spürbar verbessert.

- Die Investitionen des Fernwärmeausbaues in der Höhe mehrerer Milliarden Mark leisten einen erheblichen Beitrag dazu, die wirtschaftliche Lage Hamburgs und seiner Region zu stabilisieren und Arbeitsplätze zu schaffen.

- Die Wirtschaft wird zur Anwendung neuer Techniken ermuntert.

Für dieses Konzept werden wir umweltschonende zentrale und dezentrale Heizkraftwerke bauen, die gleichzeitig mit der – bei Kernkraftwerken verschwendeten – Abwärme Wohnungen und Büros zu günstigen Preisen heizen können. Zu diesem Zweck sind geplant:

- der Ersatz des Heizkraftwerkes Karoline durch einen leistungsfähigen Neubau in Altona

- weitere Standorte für umweltfreundliche Heizkraftwerke; je ein Kraftwerk im Norden und im Osten der Stadt

- die Prüfung, ob auch in Hamburg eine Fernwärmeversorgung aufgebaut werden kann

- Bau eines Kraftwerkes in der Größenordnung bis zu 400 MW in Tiefstack; auch das Auskoppeln von Fernwärme ist hier vorgesehen

- volle Nutzung der industriellen Abwärme für Fernwärme und der industriellen Stromkapazitäten für die allgemeine Stromversorgung.

# Hamburg als Medienstadt Nr. 1: Wichtig für Arbeitsplätze

**Hamburg ist traditionell hervorragender Standort großer und bedeutender Zeitungs-, Zeitschriften- und Buchverlage, der Werbewirtschaft und der Filmindustrie. Hier hat Hamburg entscheidende Arbeitsmarkinteressen. Der NDR versorgt die gesamte norddeutsche Region mit Hörfunkprogrammen und ist mit seinem Programmanteil bei der ARD im deutschen Fernsehen ein bedeutender Partner. Wir treten auch für eine Stärkung des ZDF-Landesstudio Hamburg ein. Hier beobachten wir mit Sorge den drastischen Rückgang der ZDF-Eigenproduktion in Hamburg.**

Diese Rolle als Medienmetropole gilt es, in den 80er Jahren zu sichern und auszubauen.

Wir Hamburger Sozialdemokraten halten es unverändert für notwendig, auf Bundesebene ein Presserechtsrahmengesetz auf den Weg zu bringen, das die innere Pressefreiheit und den sozialen Schutz der redaktionell tätigen Arbeitnehmer sichert. Wir werden uns außerdem weiterhin für ein verbessertes Kartellrecht im allgemeinen und eine wirksamere Fusionskontrolle im besonderen einsetzen.

Der öffentlich-rechtliche Rundfunk gewährt mehr Meinungsvielfalt und Unabhängigkeit als andere Medien. Daher sollte an der historisch gewachsenen Rollen-

verteilung zwischen privatrechtlich organisierter Presse und Rundfunk festgehalten werden, auch wenn Reformen innerhalb des Rundfunksystems notwendig sind. Die Umstrukturierung des Programmangebots des NDR und die Einführung der Hörfunkwerbung auf NDR II haben die Programmqualität verschlechtert. Die Rundfunkwerbung ist abzuschaffen. Wir streben den Ausbau der Landesprogramme unter dem gemeinsamen Dach des NDR an.

So muß vor allem die vielerorts gefährdete Vielfalt der Presse gesichert und erhalten bzw. wieder hergestellt werden.

Die Umstrukturierung des Programmangebotes des NDR und die Einführung der Hörfunkwer-

bung auf NDR II haben nicht der Programmqualität gedient. Zu begrüßen ist die Existenz der Landesprogramme unter dem gemeinsamen Dach des NDR. Qualitativ weiter entwickelt und ausgebaut, kommen sie den Bedürfnissen der Bevölkerung nach ortsnaher Berichterstattung entgegen.

Der NDR in seiner veränderten Form ist noch zu sehr eingebunden in Partei- und Gruppeninteressen. Eine wirkliche Reform des Senders mit dem Ziel, Hörer und Zuschauer zu den wahren Eigentümern, d.h. auch Mitgestaltern der Programme zu machen, steht aus. Dennoch ist der öffentlich-rechtliche Rundfunk von solcher Wandlung aus sich selbst heraus fähig. Kommerzielle Sender lehnt die SPD ab. Sie würden den Profitinteressen einiger weniger dienen, nicht aber dem Wohl der Gesellschaft.

Konkurrenz durch kommerzielle Rundfunkanstalten würde – wie alle ausländischen Erfahrungen zeigen – nicht zu sinnvoller Bereicherung der Programme führen; nicht größere Vielfalt wäre das Ergebnis, sondern mehr Einfalt. Außerdem kann niemand ernsthaft wünschen, daß der Fernsehkonsum – insbesondere der Kinder und Jugendlichen – durch hemmungslosen Kampf um

Einschaltquoten noch gesteigert wird.

Wir Sozialdemokraten sind weder fortschrittsfeindlich noch blind fortschrittsgläubig. Wir treten ein für eine verantwortungsvolle politische Gestaltung der Zukunft.

Für uns steht – auch bei der Technologiepolitik – der Mensch im Mittelpunkt. Er muß die Technik beherrschen, statt sich von ihr beherrschen zu lassen. Insbesondere im Medienbereich beinhaltet Fortschritt auch gesellschaftliche Einflußnahme. Die Umsetzung des technisch Möglichen (z.B. flächendeckende Breitbandver Kabelung, Satelliten) verlangt oft auch hohe öffentliche Investitionen, die angesichts der Fragwürdigkeit ihres gesellschaftlichen Nutzens gründlich überprüft werden müssen. Neue Medien dürfen keinesfalls dazu dienen, kommerziellen Betreibern den Einstieg in das Rundfunkwesen zu ermöglichen. Der richtige organisatorische Rahmen für neue Technologien ist die öffentlich-rechtliche Programmträgerschaft.

Wir sind für kommunikationstechnische Erneuerungen dort, wo sie Arbeitsplätze langfristig sichern, die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft verbessern und das Leben am Arbeitsplatz erleichtern.

## Arbeitsplätze schaffen und erhalten

**Die SPD will auf dem Felde der Wirtschaftspolitik einen aktiven Staat. Wir brauchen für die Zukunft eine bedarfsorientierte selektive Wachstumspolitik. Wir müssen und wollen – ohne die Anstrengungen und Initiativen der Bürger zu ersticken und ohne Aufblähung bürokratischer Apparate – politisch mehr denn je Vorgaben dafür setzen, was gefördert, beschleunigt, ermutigt und auf der anderen Seite gedämpft,**

**gebremst, entmutigt oder gar gestoppt werden soll. Diese Politik bedarf neuer Rahmenbedingungen für Investitionsentscheidungen. Genehmigungen, Verbote, Steuern, Gebühren, Forschungssetats etc. müssen entsprechend konsequent genutzt werden.**

Im Mittelpunkt aller Anstrengungen steht unverändert das Bemühen um die Sicherung einer ausreichenden Zahl von Arbeitsplätzen in unserer Stadt.

Wir Hamburger Sozialdemokraten haben bisher eine erfolgreiche Wirtschaftspolitik betrieben. Von 1978 bis 1980 hat die Zahl der Arbeitsplätze in unserer Stadt um fast 15.000 zugenommen.

Gleichwohl wachsen jetzt auch in Hamburg Arbeitslosenzahlen. Die geburtenstarken Jahrgänge drängen jetzt und in den kommenden Jahren auf den Arbeitsmarkt. Höhere Arbeitslosenzahlen in den Nachbarländern Niedersachsens und Schleswig-Hol-

stein verstärken den Bedarf an Arbeitsplätzen in unserer Stadt.

Die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit ist schwieriger geworden. Trotzdem wollen wir, daß jeder sein „Recht auf Arbeit“ verwirklichen kann, und daß die Vollbeschäftigung erreicht wird. Wir wissen, welche Not der Einzelne ohne Arbeit zu tragen hat, und wir wissen auch um die aus diesen Nöten erwachsende Gefährdung des sozialen Friedens.

Unsere politischen Maßnahmen müssen vorrangig dem Ziel der Vollbeschäftigung dienen. Wir werden deshalb dafür sorgen, daß alle Politikbereiche – vor allem aber die Wirtschafts- und Finanzpolitik – dieses Ziel verfolgen.



11 **Henning Voscherau**, 40, Jurist, Interessen: Innen-, Rechtspolitik, Hobbies: Sport, Familie, Lesen. 2000 Hamburg, Schauenburgerstr., Tel.: 37 36 51



12 **Helmut Frahm**, 35, Lehrer, Studienrat an einer Berufsschule, Interessen: Soziales, Jugend, Gesundheit, Hobbies: Literatur aller Art. 2000 Hamburg 90, Max-Halbe-Str. 36, Tel.: 7 64 31 17



13 **Hermann Scheunemann**, 41, Betriebswirtschaftl./Steuern, Kfm. Angestellter, Interessen: Kultur-, Wirtschafts- und Energiepolitik, Hobbies: Sport, Theater, Literatur. 2000 Hamburg 60, Eppendorfer Stieg 3



14 **Dr. Gerd Gustav Weiland**, 42, Jurist, Rechtsanwalt, Interessen: Wirtschafts- und Finanzpolitik, Hobbies: Lesen, Tauchen. 2000 Hamburg, Rabenhorst 36, Tel.: 5 36 26 61



15 **Elisabeth Kiausch**, 49, parlamentarische Geschäftsführerin, Interessen: Haushaltspolitik, Hobbies: Lesen, Gartenarbeit. 2000 Hamburg 54, Schnelsen Weg 33, Tel.: 57 32 87

Dabei gehen wir zwar realistisch von niedrigeren Wachstumsraten aus. Wir halten dennoch eine Politik, die sich allein von einer Beschneidung öffentlicher Ausgaben die Heilung verspricht, für verfehlt. Die gesamte Wirtschaftsentwicklung in den USA seit Beginn der Wirtschaftspolitik von Präsident Reagan beweist dies.

Diese und andere Erfahrungen

zeigen, daß das bloße Vertrauen auf die „Selbsteilungskräfte des Marktes“ nicht ausreicht. Die Behauptung Konservativer, man müsse nur die Rahmenbedingungen für die Unternehmen verbessern, führt in die Irre. Höhere Gewinne „versickern“ vielleicht – aber eben nicht nur zugunsten neuer Arbeitsplätze.

Die Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik der Sozialdemokra-

ten wird deshalb einen Weg gehen, auf dem auch staatliche Maßnahmen direkt für das Ziel „Vollbeschäftigung“ eingesetzt werden.

Die Bundesanstalt für Arbeit muß zu einem leistungsfähigen modernen Dienstleistungsunternehmen weiterentwickelt werden. Im Rahmen hamburgischer Zuständigkeiten werden wir uns darum bemühen.

wir wehren uns gegen kleinkarierte Kirchturmpolitik.

Es müssen strukturpolitische Gesamtkonzepte mit regionaler und sektoraler Schwerpunktbildung entwickelt werden. Wir werden durch Strukturberichte Veränderungen in der Wirtschaftsstruktur aufzeigen und vor unseren Entscheidungen für die weitere Strukturpolitik die Vorschläge von allen Beteiligten einholen. Wir wollen die bewährte Zusammenarbeit ausbauen und einen Landesstrukturrat bilden, in dem Arbeitnehmer- und Arbeitgebervertreter an allen wirtschafts- und strukturpolitischen Entscheidungen beteiligt werden.

Die Hamburger Wirtschaft ist durch einen hohen Anteil kleiner und mittlerer Betriebe geprägt.

Diese wollen wir erhalten, da diese Betriebe einen wesentlichen Beitrag zur Stabilisierung der hamburgischen Wirtschaftsentwicklung leisten. Klein- und Mittelbetriebe gewährleisten nicht nur die Versorgung der Bevölke-

rung mit Gütern und Dienstleistungen, sondern sie bestimmen auch im wesentlichen den Umfang und das Angebot an Ausbildungs- und Arbeitsplätzen in Hamburg. Auch tragen Klein- und Mittelbetriebe dazu bei, eine weitere Konzentration und Vermachtung der Märkte in der Bundesrepublik und in Hamburg zu verhindern. Soweit die Anpassung der mittelständischen Wirtschaft an den allgemeinen Strukturwandel besondere Probleme aufwirft, ist es unser Anliegen, die Nachteile kleiner und mittlerer Betriebe vor allem im Bereich der Information, der Innovationsfähigkeit und auch hinsichtlich der Finanzkraft durch wirtschaftspolitische Maßnahmen abzubauen.

Wir treten dafür ein, das wohnungsnahen Gewerbe zu unterstützen, zusätzliche Gewerbehöfe zu errichten und weitere Modelle mit der gleichen Zielrichtung zu erproben. Dafür soll auch finanzielle Hilfe zur Verfügung gestellt werden.

## Staatliche Wirtschaftsförderung ist nötig

**Zur Sicherung eines quantitativ ausreichenden und qualitativ hochwertigen Arbeits- und Ausbildungsplatzangebots ist auch in Zukunft eine konsequente staatliche Wirtschaftsförderung unentbehrlich. Wir verfolgen deshalb neben dem weiteren Ausbau der Infrastruktur als wichtigem Instrument der Wirtschaftsförderung in erster Linie die Beratung, die Gewährung staatlicher Finanzhilfen und die Flächenbereitstellung. Angesichts des enger gewordenen finanziellen Handlungsspielraumes der Stadt werden wir die bisher geleisteten Förderungsmaßnahmen zugunsten privater Unternehmen noch stärker auf ihre Arbeitsplatzeffekte hin durchleuchten.**

Dies sind unsere Grundsätze:

● Unternehmen, die finanzielle Hilfe vom Staat in Anspruch nehmen wollen, müssen diesem ihr Konzept für die künftige Entwicklung insbesondere der Arbeits- und Ausbildungsplätze ihres Betriebes darlegen.

● Da für die Wirtschaftsförderung Steuermittel eingesetzt werden, sind wir für Auflagen, Erfolgssicherung und Kontrollinstrumente im Hinblick auf die angestrebten Ziele.

● Durch regelmäßige Verwendungsnachweise und Erfolgskontrollen wollen wir sichern, daß die angestrebten Ziele auch erreicht werden. Daher gilt der Grundsatz: Werden die Auflagen nicht eingehalten, sind Förderungsmittel ganz oder teilweise zurückzuzahlen.

● Wenn notleidende private Unternehmen saniert werden sol-

len, werden wir aus Gründen der Sicherung von Arbeitsplätzen jeweils prüfen, ob und inwieweit öffentliche Unternehmen dabei eingeschaltet werden können und ob eine Beteiligung der öffentlichen Hand zur wirksamen Erreichung des angestrebten Sanierungsziels sinnvoll ist.

Zur langfristigen Sicherung des Arbeitsplatzangebotes werden wir darüber hinaus prüfen, in welchem Umfang Beteiligungen oder Eigeninvestitionen der öffentlichen Hand in den für die Entwicklung Hamburgs entscheidenden Wirtschaftszweigen möglich bzw. erforderlich sind.

Sozialdemokratische Wirtschaftspolitik will Unternehmen nicht um jeden Preis gegen den Markt erhalten. Die Sicherung von Arbeitsplätzen kann und darf daher nicht über die Gewährung dauernder oder gar unbegrenzter Erhaltungssubventionen erfolgen.

Den für Hamburg nachteiligen Auswirkungen der Subventionskonkurrenz des Hamburger Umlandes setzen wir ein Programm entgegen: Wir lassen nicht zu, daß diese gezielte Wettbewerbsverzerrung mit ihren Folgen bis hin zur hamburgischen Vergabepaxis auf dem Rücken der Hamburger Arbeitnehmer ausgetragen wird. Wir Sozialdemokraten wollen auch in Zukunft ausreichend Gewerbeflächen erschließen und für Unternehmen bereitstellen. Die Bedingungen für die Vergabe von Industrie- und Gewerbeflächen an Unternehmen werden von uns so ausgestaltet, daß mit der Vergabe einerseits ein größtmöglicher wirtschafts- und arbeitsmarktpolitischer Erfolg erzielt wird. Andererseits dürfen die Flächen nicht zum Spekulationsobjekt werden. Die Größe der Fläche soll in einem ausgewogenen Verhältnis zur Zahl der zu schaffenden Arbeitsplätze stehen. Auch in Zukunft wird es nicht ganz zu verhindern sein, daß Betriebe entweder Hamburg verlassen oder mit ungenügender Fläche auskommen müssen. Wir Sozialdemokraten werden uns deshalb wie bisher mit aller Kraft dafür einsetzen, Lösungen zu finden, um den stadtwirtschaftlichen Schaden so gering wie möglich zu halten. Natürlich kommt es trotz unterschiedlicher Bedingungen und Interessen auf eine konstruktive Zusammenarbeit mit den Umlandinstanzen an. Dies allerdings auch, um Wirtschafts- und Entwicklungspolitik für die gesamte Region zu betreiben. Wir Sozialdemokraten treten entschieden für Hamburg ein. Aber

## Öffentliche Unternehmen gezielt einsetzen

**Die Hamburger öffentlichen Unternehmen befassen sich überwiegend mit Aufgaben der Daseinsvorsorge. Sie sind deshalb für die Bevölkerung und die Wirtschaft von existentieller Bedeutung. Wir Sozialdemokraten betrachten die Gründung neuer und den Einsatz der vorhandenen öffentlichen Unternehmen als ein Instrument aktiver Wirtschaftspolitik, das gezielt eingesetzt werden muß. Die Investitionspolitik der öffentlichen Unternehmen muß verstärkt integraler Bestandteil der staatlichen Investitionsstrategie sein.**

Wir fordern von den öffentlichen Unternehmen, daß sie Vorbild für die Privatwirtschaft sind. Deshalb haben sie besondere Pflichten: sie haben Ausbildungs- und Arbeitsplätze anzubieten für Jugendliche, insbesondere ausländische Jugendliche, sowie für ältere und behinderte Arbeitnehmer. Sie müssen sich bemühen um Verbraucherschutz und Verbraucherinformation. Den Verbrauchern

müssen die öffentlichen Unternehmen durch eine soziale Gestaltung von Preisen und Tarifen zeigen, daß sie Preistreiberei nicht mitmachen.

Die Eigentümerfunktion der Stadt in ihren öffentlichen Unternehmen muß im Interesse des Gemeinwohls stärker wahrgenommen werden. Deshalb werden wir die Steuerungsmöglichkeiten des Senats gegenüber den Unternehmensleitungen verbessern und aus diesem Grunde z. B. auch die Rechtsform der Unternehmen überprüfen.

Die Privatisierung öffentlicher Unternehmen ist für uns Sozialdemokraten keine Antwort auf Finanz- und Beschäftigungsprobleme. Im Gegenteil: sie würde dazu führen, daß kostendeckende oder ertragreiche Aktivitäten privatisiert werden würden; die öffentlichen Unternehmen hingegen hätten unverändert die Lasten aus all jenen verlustbringenden Aufgaben zu tragen, die erfüllt werden müssen, weil die Bürger auf sie nicht verzichten können.



16 **Wulf Damkowski**, 40, Hochschullehrer, Interessen: Bildungs-, Umwelt- u. Ausländerpolitik, Hobbies: Waldläufe, Segeln. 2000 Hamburg 56, Wülpensand 33, Tel.: 81 22 62



17 **Reinhardt Hinze**, 52, Maurer, Werkstattmeister, Interessen: Stadtentwicklung, Kleingartenförderung, Verkehrs- und Wirtschaftspolitik, Hobbies: Sport, Gartenarbeit. 2000 Hamburg, Jersbeker Weg 4, Tel.: 5 24 02 45



18 **Helga von Hoffmann**, 49, Angestellte, internationaler Jugendaustausch, Interessen: Frauenpolitik, Bildung (Sonderschule), Gesundheit. 2000 Hamburg 60, Sierichstr. 90, Tel.: 2 79 65 85



19 **Jürgen Steinert**, 45, Einzelhandelskaufmann/Volkswirt, Senator, Interessen: Wirtschafts-, Verkehrs-, Technologie-, Agrarpolitik, Hobbies: Tennis, Fahrradfahren, Lesen. 2000 Hamburg 80, Achterschlag 124, Tel.: 7 20 62 30



20 **Hans-Jürgen Grambow**, 36, Jurist, Rechtsanwalt, Interessen: Rechts- und Innenpolitik. 2000 Hamburg 67, Wietreie 2, Tel.: 6 03 04 17

## Gartenbau und Landwirtschaft haben in Hamburg eine besondere Tradition

Auch heute haben Gartenbau und Landwirtschaft ihre große Bedeutung als Anbieter frischer Nahrungsmittel und Zierpflanzen, besonders bei denjenigen Produkten, die große Transportwege nicht vertragen.

Die Erzeugnisse der Hamburger Agrarwirtschaft wirken sich aber auch preisregulierend vor allem zum Vorteil der Verbraucher aus. Die Hamburger Spezialmärkte für Fleisch, Obst und Gemüse und der Blumengroßmarkt sind gleichzeitig von großer Bedeutung sowohl für Erzeuger als auch für Verbraucher. Sie sichern die Vielfalt des Angebots und den

direkten Weg zum Verbraucher. Hamburgs Märkte sind für Käufer und Verkäufer weit über ihre Grenzen hinaus interessant. Das sichert angemessene Preise und eine hohe Qualität des Angebots.

Ständig zunehmende Bedeutung beim Umsatz von Nahrungsmitteln haben die Hamburger Wochenmärkte. Überwiegend kommen diese Angebote den Nachfragebedürfnissen städtischer Verbraucher nach. Mit der Vermehrung und Verbesserung dieser Märkte wollen wir die Entwicklung weiter fördern.

Gegen Wettbewerbsverzerrungen innerhalb der EG werden wir

uns weiterhin entschieden zur Wehr setzen. Wir sind für Konkurrenz, aber nicht für unlautere Wettbewerbsverzerrungen. Deshalb werden wir den Betrieben weiter helfen, bei den teuren Energie- und Produktionskosten zu sparen.

Für die Erhaltung unserer Kulturlandschaft tragen Gartenbau und Landwirtschaft eine besondere Verantwortung. Wir erkennen diese Aufgabe an, mit der Erwartung, daß funktionsfähiger, gesunder Lebensraum für die Menschen unserer Stadt im Naherholungsbereich gewährleistet und noch verbessert wird.

## Recht auf berufliche Bildung verwirklichen

**Für Sozialdemokraten hat Priorität das Recht auf berufliche Bildung und eine berufliche Zukunft für alle jungen Menschen unabhängig von ihrer Schulbildung. Eine solide Berufsausbildung ist nach wie vor die beste Sicherung gegen Arbeitslosigkeit und eine wesentliche Voraussetzung für den Erhalt der Wettbewerbsfähigkeit und Leistungsfähigkeit der Hamburger Wirtschaft.**

Der sich beschleunigende technische Wandel erfordert eine breite Grundausbildung aller zukünftigen Arbeitnehmer, damit die bestehenden Qualifikationen leicht dem technischen Wandel angepaßt und nicht durch diesen entwertet werden. Diesen Anforderungen müssen die vorhandenen Ausbildungseinrichtungen qualitativ und quantitativ angepaßt werden, so daß für alle Jugendlichen eine hochwertige Ausbildung sichergestellt werden kann.

Wir erkennen an, daß insbeson-

dere das Handwerk einen wesentlichen Beitrag zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit geleistet hat. Angesichts des fortbestehenden Mangels an Ausbildungsplätzen werden wir uns dafür einsetzen

- daß große Unternehmen, die weiterhin unzureichend ausbilden, durch ein Bundesgesetz verpflichtet werden können, Auszubildende aufzunehmen,

- daß alle Arbeitgeber durch gesetzliche Regelung verpflichtet

werden können, ihre Ausbildungsplätze sowie deren Besetzung in angemessenen Abständen dem Arbeitsamt mitzuteilen.

Darüberhinaus werden wir durch verstärkte Förderung über- und außerbetrieblicher Ausbildungsstätten und den Ausbau der Berufsschulen deutlich machen, daß die Beseitigung der Jugendarbeitslosigkeit und die Sicherstellung einer guten Berufsausbildung für uns Vorrang haben und daß neben der Wirtschaft auch der Staat einschließlich der öffentlichen Unternehmen einen Beitrag zur Lösung dieser Aufgabe leisten muß.

Die Berufschancen für Mädchen müssen verbessert werden. Leistungsschwachen Jugendlichen ist gezielt Hilfe für ihre berufliche Zukunft zu geben. Das Zusammenwirken von Berufsschulen und den Oberstufen der Gesamtschulen und Gymnasien soll gefördert werden, um u. a. langfristig zu mehr doppelqualifizierenden Abschlüssen zu gelangen.

## Für schrittweise Verkürzung der Arbeitszeit

**Die weltwirtschaftlichen Entwicklungen, die Auswirkungen des technologischen Fortschritts und das Heranwachsen geburtenstarker Jahrgänge bestimmen gegenwärtig und in den nächsten Jahren das Ausmaß der Arbeitslosigkeit. Bei voraussehbar anhaltender Arbeitslosigkeit muß deshalb das vorhandene Arbeitsvolumen gerechter auf die Arbeitssuchenden verteilt werden.**

Für die Hamburger Sozialdemokraten ist die Verkürzung der Arbeitszeit ein wichtiger Weg in diese Richtung. Es ist das Recht und die Aufgabe der Tarifparteien, entsprechende Vereinbarungen zu treffen. Wir Sozialdemokraten wollen, daß sich der Staat und die von ihm beherrschten Unternehmen als Arbeitgeber in den Tarifverhandlungen für ein frühzeitiges Ausscheiden der älteren Arbeitnehmer bei angemessener Versorgung einsetzen. Es entspricht dem Prinzip der Solidari-

tät, daß die damit verbundenen finanziellen Lasten von den im Arbeitsleben verbleibenden Beschäftigten im Ergebnis maßgeblich mitgetragen werden müssen.

Wir werden ferner dafür eintreten, daß der Staat durch eine verstärkte soziale und arbeitsrechtliche Absicherung der vorhandenen Teilzeitarbeitsplätze und vor allem durch einen Abbau von Überstunden weitere Beiträge zur Reduzierung der Arbeitslosigkeit leistet. Hamburg wird sich deshalb nach unserem Willen im Bundesrat für eine Novellierung der Arbeitszeitordnung einsetzen.

Da die Arbeitslosigkeit kein individuelles, sondern ein überwiegend gesellschaftlich zu verantwortendes Risiko ist, ist auch die Finanzierung der gesamten Arbeitsmarktpolitik durch alle am Wirtschaftsleben Beteiligten sicherzustellen. Wir treten deshalb für eine allgemeine Arbeitsmarkttagung ein.

## Beschäftigung im öffentlichen Dienst behält besondere Bedeutung

Der sozialdemokratische Senat wird seine arbeitsmarktpolitische Verantwortung auch als Arbeitgeber für mehr als 100.000 Beschäftigte wahrnehmen. Aus finanzpolitischen Gründen sind Einsparungen im Personalkostenvolumen unerlässlich. Dabei gibt es keine Entlassungen. Eine Verminderung der Stellenzahl ist unter Berücksichtigung der Arbeitsmarktlage zu vermeiden.

Rationalisierung wird es auch in der öffentlichen Verwaltung geben. Gerade öffentliche Leistungen müssen so kostengünstig wie möglich erbracht werden. Hier werden wir uns immer wieder um das Einvernehmen mit den Gewerkschaften bemühen.

Insgesamt geht es der SPD darum, die Verwaltung laufend auf

ihre Wirksamkeit zu überprüfen, damit der größtmögliche Handlungsspielraum der öffentlichen Finanzen erreicht wird. Der Staat muß seine Gesamtmittel so einsetzen, daß den Interessen der Bürger am besten gedient ist.

Beschäftigungspolitik und Tarifautonomie gelten für uns als wichtige Gesichtspunkte auch für die Entwicklung des öffentlichen Dienstes. Wir werden daher versuchen, das gesteckte Stabilitätsziel eines ausgeglichenen Betriebshaushaltes der Stadt, das nur bei sparsamer Politik in allen Ausgabenbereichen erreichbar ist, in fairer Berücksichtigung aller Ziele und in Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften mittelfristig zu erreichen.



21 **Werner Weinrich, 43,** Zimmerer, Gew.-Sekt., Interessen: Bau- u. Sozialpolitik, Hobbies: Radfahren, Segeln. 2104 Hamburg 92, Tel.: 7 02 25 44



22 **Walter Lohmann, 54,** Eisenbahner, Bezirksleiter Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands, Interessen: Bildungspolitik, Wirtschaftspolitik, Sozialpolitik, Hobbies: Musik, Fotografieren. 2000 Hamburg, Tilsiter Str. 41, Tel.: 38 37 14 und 6 93 53 53



23 **Jan Ehlers, 43,** Dipl.-Soziologe, Senator, Interessen: Arbeit, Jugend, Soziales. 2000 Hamburg 70, Litzowstr. 19



24 **Christoph Reuß, 36,** Volkswirt, Interessen: Kulturpolitik, Wohnungsbaupolitik, Hobbies: Schach. 2000 Hamburg 13, Schlankreye 25, Tel.: 45 65 69



25 **Andreas Ackermann, 35,** Rechtsanwalt, Interessen: Haushalt und Finanzen, öffentliche Unternehmen und Wirtschaft, Kultur- und Kommunalpolitik, Hobbies: Sport, Theater, Film, 2000 Hamburg 52, Röbbeck 8, Tel.: 82 08 08, 36 69 82/92



## Gezielte Beschäftigungspolitik

**Facharbeiter und Spezialisten werden in Hamburg auch in Zukunft gesucht. Auf besondere Beschäftigungsprobleme werden aber diejenigen stoßen, für deren Anspruch auf ebenfalls qualifizierte Arbeitsplätze wir uns von jeher einsetzen: ältere Arbeitnehmer, Jugendliche,**

**Frauen, ausländische Arbeitnehmer und Behinderte.**

Wir sind deshalb für gezielte Aus- und Weiterbildungsprogramme gerade für jene Gruppen, die von andauernder Arbeitslosigkeit in besonderem Maße bedroht werden, denn hier ergibt sich im Rah-

men landespolitischer Handlungsmöglichkeiten ein wirksamer Beitrag zur Beschäftigungspolitik.

Darum wird Hamburg eine Bildungseinrichtung für Arbeitslose schaffen. Gleichzeitig müssen verstärkt Maßnahmen entwickelt werden, Absolventen von Aus-

und Fortbildungsprogrammen auch qualifizierte Arbeitsplätze bereitzustellen, um sie nach erfolgreichem Abschluß nicht wieder in die Arbeitslosigkeit oder für unqualifizierte Tätigkeiten zu entlassen. Deshalb müssen Aus- und Fortbildungsmaßnahmen vor allem in den Berufsgruppen angesiedelt werden, die auch eine berufliche Perspektive bieten und für das berufliche Fortkommen vielseitig verwendbare Fertigkeiten vermitteln.

Hamburg bildet im öffentlichen Dienst und in öffentlichen Unternehmen erhöht aus.

Diese Anstrengungen müssen fortgeführt und durch zusätzliche Ausbildungsplätze insbesondere im gewerblichen Bereich verstärkt werden, auch wenn nicht alle ausgebildeten Jugendlichen anschließend übernommen werden können.

Zu unseren weiteren Anstrengungen wird es gehören, beispielsweise die Förderungsmaßnahmen zu neuen Berufswegen für Mädchen und Frauen in technisch-gewerbliche Berufe verstärkt auch der privaten Wirtschaft nahezulegen und auf mehr Initiative zu pochen.

## Technischer Wandel muß dem Menschen dienen

**Hamburg ist ein Dienstleistungszentrum. 664.000 Menschen (Stand 1980) arbeiten bei Banken, Versicherungen, im Handel, in den freien Berufen und Körperschaften; d. h. zwei Drittel der in Hamburg Beschäftigten sind hier tätig. Hamburg hat im Urteil der Experten eine sehr gute Konkurrenzposition, muß diese Position aber im scharfen Wettbewerb mit den anderen Ballungszentren immer wieder behaupten. Dieser Wettbewerb führt zu einer fortlaufenden Rationalisierung, insbesondere auch durch den Einsatz moderner Technologien wie die Text- und Telekommunikation. Den damit verbundenen Chancen (Verbreitung und Intensivierung des Dienstleistungsangebots) stehen Arbeitsplatzrisiken gegenüber.**

Wir wissen, daß technischer Wandel und Rationalisierung notwendig sind, aber zusätzlich auch Arbeitsmarktprobleme schaffen. Seine Richtung und seine Folgen müssen in erster Linie durch Tarifpolitik bewältigt werden. Technischer Wandel ist kein Selbstzweck. Wir werden ihn stets messen an menschlichen Belangen. Deshalb ist für die Sozialdemokraten das „Ja“ zu neuen Techniken und Organisationsformen untrennbar mit der Forderung verbunden, die sozialen Auswirkungen

unter Kontrolle zu halten. Nur so kann vermieden werden, daß es zu sozialen Spannungen und sogar neuer Maschinenfeindlichkeit kommt. Die Arbeitnehmer sind umfassender und besser auf die Herausforderungen des strukturellen und technischen Wandels vorzubereiten. Ein Ausbau der Beteiligungs- und Mitbestimmungsrechte der Arbeitnehmer und ihrer Betriebsräte ist deshalb erforderlich. Wir werden uns auch deshalb dafür einsetzen, weil Rationalisierungsmaßnahmen

immer zugleich auch an ihren Auswirkungen auf die Beschäftigten gemessen werden müssen.

Hamburg muß seine Technologiepolitik auf Klein- und Mittelbetriebe konzentrieren, um so einen Ausgleich an dem Wettbewerbsvorsprung der Großunternehmen zu schaffen. Dabei wollen wir vor allem Produktinnovationen fördern, da hier am ehesten positive Beschäftigungswirkungen zu erzielen sind. Die Hamburger Technologiepolitik muß dabei den Schwerpunkt darauf legen, die positiven Ziele in den Bereichen Energie, Umwelt, Wohnungsversorgung und Verkehr zu unterstützen, d. h. die Förderung von Rohstoff- und energiesparenden Neuentwicklungen.

Es ist aber auch erforderlich, gerade wegen dieser Ausgangslage für Hamburg, neue Beschäftigungsfelder zu erschließen. Hierzu muß die „technisch-wissenschaftliche Basis“ Hamburgs verstärkt werden. Hochschulpolitik ist Politik für die Zukunft unserer Stadt. Unser Ziel ist deshalb, den Professoren und Studenten konsequent Forschungen über unsere großen Zukunftsprobleme zu ermöglichen. Dies gilt für Sozial-

und Geisteswissenschaften gleichermaßen wie für Naturwissenschaften und Technik und umfaßt:

- die Probleme des Alterns, der Freizeit und der Bevölkerungsdichte

- die Entwicklung neuer Techniken mit dem Ziel der Umweltverträglichkeit

- die Entwicklung energiesparender (auch alternativer) Techniken

- das Umsetzen zukunftsgerichteter Stadterneuerung.

Dies gilt aber auch für ganz profane Dinge wie

- Bewältigung von Schlick und Müll

- Regeneration der Gewässer
- Einführung menschenfreundlicher Bürotechniken.

Für uns ist es selbstverständlich, daß sich Freiheit von Forschung und Lehre einerseits und gemeinsames Anpacken der Hamburger Probleme andererseits sinnvoll gegenseitig ergänzen.

Als Standort für industrielle Wachstumsbranchen im technischen Bereich hat Norddeutschland Boden verloren. Es gibt ein Nord-Süd-Gefälle. Dem müssen wir entgegenwirken.

Gründung und Konzept der Technischen Universität in Hamburg-Harburg sind Beweis einer zukunftsorientierten Investitions-

politik der Hamburger Sozialdemokraten und Beispiel für eine beschäftigungsorientierte Technologiepolitik.

Diese Politik ist gerichtet auf die Erhaltung und Schaffung von Arbeitsplätzen und auf die Verwirklichung von humanen Arbeitsbedingungen im Zuge des technischen Wandels:

Bis 1990 werden

- erhebliche Mittel investiert

- 1.100 Arbeitsplätze neu geschaffen, davon 300 bis Ende 1982

- das arbeitsplatzgefährdende Technologiedefizit der Hamburger / Norddeutschen Region wird durch die Ansiedlung hoher technischer Intelligenz abgebaut.

- neue Arbeitsplätze mittelfristig durch die Entwicklung neuer Technologien insbesondere für Klein- und Mittelbetriebe ermöglicht

- umweltfreundliche Technologien entwickelt, umweltzerstörende ersetzt und vorhandene Gefahren besser bekämpfbar gemacht.

Die Arbeitswissenschaften werden ihren Beitrag leisten, den Anspruch auf eine menschengerechte Gestaltung der Arbeit zu verwirklichen. Gemeint ist dabei die Anpassung von Arbeitsorganisation und -technologie in Richtung menschengerechte Arbeitsabläufe und gesundheitsfreundliche Arbeitsumgebung.

## Eine gesunde Umwelt und die Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen stehen nicht im Widerspruch zur Wirtschafts- und Energiepolitik

**Umweltschutz ist ein Gebot politischer Vernunft. Schäden der Umwelt zerstören unsere Lebensgrundlagen. Deshalb kommt es entscheidend darauf an, in Zukunft nicht nur auf zufällig entdeckte Umweltschäden rechtzeitig zu reagieren, sondern die vorhandenen Umweltschäden rechtzeitig aufzuspüren und zu beseitigen, sowie das Entstehen neuer Umweltrisiken zu vermeiden.**

Das Ausmaß der Bedrohung der Umwelt ist der Forschung, der Verwaltung, den Bürgern während der letzten Jahre voll bewußt geworden. Wir Sozialdemokraten sehen hierin einen Erfolg unserer

politischen Arbeit. Wir haben uns nicht entmutigen lassen, als wir zu Beginn der 60er Jahre für unsere Forderung nach dem „Blauen Himmel über der Ruhr“ Spott und Belustigung ernteten. 1978

haben wir durch die Schaffung einer eigenständigen Umweltbehörde deutlich gemacht, daß der Umweltschutz als Aufgabe und in seiner politischen Vertretung gegenüber rein wirtschaftlichen Interessen gleichrangig ist. Wir werden uns in unserer Arbeit auch in Zukunft nicht von dem eingeschlagenen Pfad abbringen lassen. Wir wissen, daß die Notwendigkeit einer konsequenten Umweltpolitik in der Verpflichtung liegt, eine artenreiche und gesunde Umwelt zu erhalten und zu entwickeln, damit die Generationen nach uns in einer gesunden Umwelt leben können.

Zur Erreichung dieses Ziels stützen wir uns grundsätzlich auf die beiden zentralen Grundsätze einer wirksamen Umweltschutzpolitik: das Verursacherprinzip und das Vorsorgeprinzip. Das Verursacherprinzip bedeutet, daß derjenige die Kosten einer Umweltbelastung zu tragen hat, der für ihre Entstehung verantwortlich ist. Der Staat ist in Hamburg bereit, in dringenden Fällen kleineren Betrieben bei der Umweltsanierung zu helfen. Vorsorgeprinzip heißt, daß Gefahren für die Umwelt schon vorausschauend erkannt und drohende Schäden vorbeugend vermieden, oder

jedenfalls möglichst niedrig gehalten werden.

Wir haben erste konkrete Maßnahmen zur Minderung der Umweltbelastung in Hamburg ergriffen. Dennoch bleiben gewichtige Probleme bestehen. Denn was in Jahrzehnten an Umweltschäden verursacht worden ist, kann nicht in wenigen Jahren beseitigt werden:

- Die Elbe ist so belastet, daß Aale nicht mehr verkauft werden dürfen. Das muß anders werden. Deshalb bauen wir z. B. für über 400 Millionen DM die Klärwerke Köhlbrandhöft-Süd und Drade-

nau. Dies ist ein wesentlicher Beitrag zur Senkung der Schadstoffbelastung der Elbe.

● Das Baden in der Alster ist verboten. Dies wird auch vorerst so bleiben. Aber durch die Inbetriebnahme der Abwasser-Sammler Ost und Wilhelmsburg sowie den Bau des Nebensammlers Kuhmühle für zusammen ca. 375 Millionen DM vermindern wir die Verschmutzung der Alster um rund die Hälfte.

● Im Umkreis der Chemiefabrik Boehringer ist das Gemüse durch HCH z. T. so vergiftet, daß es nicht verkauft werden darf. Dieses durften wir nicht dulden. Daher wurden von der Umweltbehörde Auflagen erteilt, durch die der Ausstoß von HCH aus dem Schornstein drastisch gesenkt wurde und aufgrund einer Umstellung des Produktionsverfahrens noch in diesem Jahre völlig unterbunden wird.

Die Umweltgüter sauberes Wasser, reine Luft und unbelasteter Boden sind öffentliche Güter. Sie

müssen für die Befürfnisse aller Bürger in qualitativ ausreichendem Umfang zur Verfügung stehen. Erste Priorität haben für uns deshalb die Sanierung der Gewässer, insbesondere der Elbe und der Alster, die Senkung der Luftbelastung und der Schutz und die Pflege des vorhandenen Hamburger Grüns.

Bei der Sanierung der Gewässer werden wir die Herabsetzung der Schadstoffeinleitungen vorantreiben. Eng damit verknüpft sind die Maßnahmen zum Schutze des Grundwassers sowie zur Sicherung eines hochwertigen und ausreichenden Trinkwasserbestandes für die Bevölkerung. Deshalb wird das Flächensanierungsprogramm fortgeführt, mit dem der Senat mögliche Bodenverunreinigungen durch alte Mülldeponien, Gaswerksgelände, Munitionsablagerungen usw. systematisch aufspürt und beseitigt.

Zur Verringerung der Luftverschmutzung werden wir Sozialdemokraten einen Luftinhalte-

plan aufstellen. Daneben wird die von den Betrieben ausgehende Geruchsbelastung gesenkt.

Vorsorgen ist besser als Heilen. Aus diesem Grund ist die schrittweise Einführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung bei neuen Planungen durchzusetzen. Die Belastung der Bürger durch Lärm von Flugzeugen, Straßenverkehr und Industrie soll gesenkt werden.

Deshalb lehnen wir z. B. die von der Bundesbahn bisher vorgesehene Trassenführung der südlichen Güterumgebungsbahn durch die Vier- und Marschlande ab.

Ein dringliches Umweltproblem muß soweit wie möglich auf vorbeugendem Wege bewältigt werden, nämlich die immer noch wachsende Menge von Müll und Klärschlamm. Dazu ist die Reduzierung der Müllmenge und der darin enthaltenen Schadstoffe notwendig. Für die Beseitigung des Klärschlammes ist die Entwicklung umweltfreundlicher

Verwertungsmöglichkeiten vorrangig.

Wir werden uns nachdrücklich für eine Harmonisierung der Umweltschutzbestimmungen und -praktiken im Bundesgebiet und in der Europäischen Gemeinschaft einsetzen. Es darf nicht sein, daß im Wettbewerb benachbarter Länder um die Ansiedlung von Wirtschaftsunternehmen Abweichungen in den Umweltschutzbestimmungen und -praktiken zum Wirtschaftsförderungsinstrument werden.

Wir Sozialdemokraten werden uns außerdem mit Nachdruck dafür einsetzen, daß alle rechtlichen Möglichkeiten zur Ahndung von Verstößen gegen Umweltschutzbestimmungen konsequent ausgeschöpft werden. Auf der Grundlage praktischer Erfahrungen insbesondere mit dem Hamburgischen Landesnaturschutzgesetz wird in den nächsten Jahren zu prüfen sein, ob die gegenwärtig geltenden Bußgeld- und Strafbestimmungen verschärft werden

müssen. Hamburg ist und bleibt eine grüne Metropole.

Als Stadt der Parks und Grünanlagen nimmt Hamburg in der Bundesrepublik eine Spitzenposition ein. Gerade in einer Großstadt muß viel getan werden, um diese Position zu sichern. Wir werden deshalb unsere Programme zur Sanierung geschädigter Bäume und zur Neupflanzung konsequent fortsetzen, Grünzonen und Wälder sichern sowie in den Stadtteilen der inneren Stadt, die nur wenig Grün aufweisen, versuchen, durch architektonische Lösungen – etwa begrünte Dachflächen, bepflanzte Terrassenbauweise – für mehr Natur zu sorgen. Die soll schon in Bebauungsplänen verankert werden. Parks und Grünanlagen können noch attraktiver für erholungssuchende Großstädter werden.

Wir werden deshalb systematisch Ideen aufgreifen, die zu mehr Freizeitwert führen und von der Initiative der Erholungssuchenden getragen werden.

## Die beispielhafte Wohnungspolitik Hamburger Sozialdemokraten wird fortgesetzt

**Wir Sozialdemokraten haben seit 1945 eine richtungweisende Wohnungspolitik betrieben, die von den Hamburger Bürgern anerkannt worden ist. Sozialer Wohnungsbau in Hamburg ist zum Maßstab für andere Großstädte geworden. Seit dem 2. Weltkrieg sind über 350.000 Sozialwohnungen fertiggestellt worden (ca. 300.000 öffentlich geförderte Mietwohnungen und ca. 50.000 öffentlich geförderte Eigentumsobjekte). Das sind über 45 % des gesamten heutigen Wohnungsbestandes in Hamburg.**

Dennoch besteht wegen des gestiegenen Bedarfs ein Mangel an preisgünstigem Wohnraum. Wir Sozialdemokraten sehen daher eine besondere kommunalpolitische Verantwortung in der Bereitstellung und Sicherung von ausreichendem Wohnraum zu tragbaren Mietbelastungen, insbesondere für die Bürger, die aus den verschiedensten Gründen – sei es wegen des besonderen Be-

darfs, sei es wegen zu geringem Einkommen usw. – sich am Wohnungsmarkt nicht selbst versorgen können. Deshalb werden wir auch in den kommenden Jahren keine Politik zulassen, die Mietwohnungen dem „freien Spiel“ der Marktkräfte überläßt. Sozialdemokraten haben den Mieterschutz vor ungerechtfertigten Kündigungen oder Mieterhöhungen durchgesetzt. Wir werden al-

les daransetzen, das Erreichte zu sichern, und wo dies notwendig ist, auszubauen.

Baugenossenschaften und andere gemeinnützige Wohnungsunternehmen haben in der Vergangenheit große Leistungen für eine angemessene Wohnraumversorgung der Hamburger Bevölkerung vollbracht. Wir Sozialdemokraten erinnern an das gemeinschaftliche Prinzip, das das Ziel der volkswirtschaftlichen Bedarfsdeckung ohne individuellen Eigennutz als treibendes Motiv verfolgt.

### 1. Erhaltung des Wohnungsbestandes.

Oberstes Ziel ist es, erhaltenswerte Wohnungen, die bezahlbar sind, auch zu erhalten.

● Wir wenden uns gegen den Abriss von Wohnungen, die noch bewohnbar sind.

● Der Umwandlung von Sozialmietwohnungen in Eigen-

tumswohnungen werden wir in Hamburg entgegentreten.

● Wir lehnen auch eine Umwandlung von frei finanzierten Altbauwohnungen in Eigentumswohnungen ab und werden gerade in diesem Bereich eine Verbesserung des Mieterschutzes forcieren.

● Wir werden die gerade verschärften Möglichkeiten des Wohnungspflegegesetzes konsequent einsetzen. Uns stehen damit jetzt noch wirksamere Möglichkeiten zur Verfügung, einzugreifen, wenn Wohnungen aus Spekulationsgründen leerstehen.

● Wir werden die Modernisierungs- und Instandsetzungsprogramme – auch durch die Mieter selbst – fortsetzen. Wie bisher werden wir jedoch keine Luxusmodernisierung fördern, die zu hohen Mieten führt und durch die Mieter aus ihren Wohnungen verdrängt werden.

Instandsetzung und Modernisierung von Wohnraum darf jedoch nicht über die Köpfe der Mieter hinweg geschehen, sondern nur bei Mitbestimmung und Mitwirkung der Mieter. Wir werden uns dafür einsetzen, daß die bisherigen Mieter wegen der Umlegung der Modernisierungskosten auf die Mieten nicht aus ihren Wohnungen bzw. Quartieren vertrieben werden. Zu diesem Zweck werden wir uns auch für nur teilweise Sanierungen (Mini-Sanierungen) oder für eine Sanierung in kleinen Schritten unter aktiver Beteiligung der Mieter einsetzen. Zur Verbesserung der Wohnqualität und zur Energieeinsparung sind bei allen Maßnahmen der Lärmschutz und die Wärmedämmung einzubeziehen.

Im übrigen werden wir auf eine Regionalisierung der Wohnungsverwaltung der SAGA hinwirken, um Überschaubarkeit und Mieternähe besser zu gewährleisten.

### 2. Unser Wohnungsneubauprogramm muß fortgesetzt werden.

Wir werden uns in der kommenden Legislaturperiode dafür einsetzen, daß

● ausreichende Wohnungsbauflächen zeitnah zur Verfügung stehen,



26 Dr. Holger Christier, 34, Lehrer, Interessen: Bildungspolitik, Hobbies: Fußball, klassische Musik. 2000 Hamburg 73, Warnemünder Weg 28d, Telefon: 6 77 68 51



27 Heiner Widderich, 46, Postbeamter, Personalratsvorsitzender Postamt Hamburg 70, Interessen: Jugend und Sport, Hobbies: Tischtennis, Handball. 2000 Hamburg 72, Kukhoppel 1, Tel.: 6 44 63 30



28 Rosemarie Raab, 35, Soziologin u. Sozialpädagogin, Hobbies: Ski-Langlauf, Lesen, Wandern und Faulenzen. 2000 Hamburg 50, Behnstr. 79, Tel.: 3 80 09 03



29 Wolfgang Curilla, 39, Rechtsanwalt, Senator, Interessen: Umweltpolitik u. Bezirksangelegenheiten, Hobbies: Wandern, Schach, Fußball. 2000 Hamburg 65, Kaspar-Ohm-Weg 19, Tel.: 2 48 25 32 00



30 Erich Rumpel, 51, Arbeiter, Gewerkschaftssekretär, Interessen: Sozial- und Arbeitsmarktpolitik, Arbeitsschutz, Hobbies: Wandern. 2050 Hamburg 80, Sanmannreihe 65, Tel.: 7 39 80 78

● jährlich ca. 6.000 Wohnungen aus öffentlichen Mitteln gefördert werden mit deutlicher Priorität für den sozialen Mietwohnungsbau,

● schwerpunktmäßig Wohnungen gebaut werden, die für größere Familien geeignet sind; die Größe und die Grundrisse der Wohnungen müssen verstärkt darauf Rücksicht nehmen, daß Generationen zusammenleben und Kinder sich entfalten können.

Wir Sozialdemokraten begrüßen es, wenn sich auch Investoren des frei finanzierten Wohnungsbaus wieder am Bau von Wohnungen beteiligen.

### 3. Ungerechtigkeiten in der Verteilung von Wohnungen bekämpfen

Besondere Priorität hat für die SPD weiterhin, daß Ungerechtigkeiten in der Verteilung von Wohnungen bekämpft werden. Es nützt nichts, wenn preiswerte Wohnungen vorhanden sind, jedoch nicht die darin wohnen, die sie benötigen. Deshalb werden wir bei der Wohnungsvergabe noch differenzierter vorgehen müssen. Wir werden uns dafür einsetzen, daß

● die Vergabe öffentlich geförderter Wohnungen noch stärker nach Dringlichkeit vorgenommen wird

● die sogenannte Fehlbelegungsabgabe eingeführt wird: Niemand soll und darf aus seiner

Wohnung vertrieben werden. Wer aber weit mehr als der normale Bürger verdient und in einer Sozialwohnung wohnt, die mit öffentlichen Geldern subventioniert wird, soll künftig eine höhere Miete zahlen. Bei Wohnungseigentümern soll die öffentliche Förderung entsprechend verkürzt werden

● die Mietverbilligung für kinderreiche Familien mit durchschnittlichen Einkommen weiter ausgebaut wird

● neue Wohnformen für gemeinschaftliches Wohnen (zum Beispiel für Jugendliche oder für Behinderte) gefördert werden

● die Mieten im Sozialwohnungsbestand weiter entzerrt werden. Die vom Senat 1981 eingeleiteten Maßnahmen müssen konsequent fortgeführt werden.

Vor dem Hintergrund von Engpässen in der Wohnungsvergabung in Ballungsgebieten muß gerade der Bund seine Wohnungsbauförderung stärker auf Großstädte wie Hamburg lenken. Wir Sozialdemokraten werden uns dafür einsetzen, daß ein Teil der Eigentumsförderung des Bundes, die jährlich dreimal so hoch ausfällt wie die Mietwohnungsbauförderung, und die überwiegend von Bauherren „mitgenommen“ wird, weil diese auch ohne steuerliche und sonstige Förderung gebaut hätten, zur Beseitigung des Wohnraummangels in Ballungsgebieten eingesetzt wird.

## Gute Nachbarschaft gegen Anonymität der Großstadt

In allen Großstädten beginnen – besonders die älteren – Bürger, sich vor Anonymität zu fürchten, Angst davor zu haben, allein zu sein und in der Masse unterzugehen. Wir Sozialdemokraten setzen uns deshalb nachdrücklich dafür ein, daß die Bürger mehr solidarische Selbstverantwortung für ihre Umgebung tragen können.

Wir werden weiterhin alle Bestrebungen fördern, wo Bürger versuchen, Dinge selbst in die Hand zu nehmen, von denen sie betroffen sind. Die Bereitschaft der Bürger, Eigeninitiative im Sinne der Gemeinschaft zu entwickeln, ist vorhanden. So wird der sozialdemokratisch geführte Senat

● einen Modellversuch für

Wohnungsbau in Kleingewesellschaften durchsetzen;

● konkrete Erfahrungen damit sammeln, daß Mieter ihre Häuser und Wohnungen mit öffentlicher Förderung selbst instandsetzen und modernisieren;

● Wege gemeinsam mit dem Bürger suchen, um Mieter stärker in die Pflege von Grünanlagen rund ums Haus einzuschalten (Mietergärten etc.), und ihnen mehr Selbständigkeit bei der Nutzung anderer gemeinsamer Einrichtungen zu lassen;

● kulturelle Eigeninitiativen unterstützen.

## Jeder Mensch braucht Nachbarn

**Gerade der Bürger in der Stadt sucht Maßstäbe, an denen er sich orientieren kann. Die Entwicklung zeigt, daß diese Maßstäbe in allen Industrieländern verlorenzu-gehen drohen.**

Wir Sozialdemokraten haben aus den Fehlern der Vergangenheit gelernt. Neue Großprojekte im Wohnungsbau wollen wir nicht mehr. Bewahren der Maßstäbe – so zeigt sich heute – ist jedoch noch mehr als Verzicht auf Großobjekte: Es geht um die Wohnlichkeit der Stadt und die Selbstverständlichkeit, mit der ihr Funktionieren überschaubar bleibt.

Dies werden wir Sozialdemokraten dadurch fördern, daß wir die

Einrichtungen, auf die der Bürger angewiesen ist, so wohngebietsnah wie möglich in konstruktiver Partnerschaft mit den Freien Trägern zur Verfügung stellen. Wir werden

● beim Ausbau von Kindertagesheimen mit Vorrang bisher unterversorgte Gebiete berücksichtigen, insbesondere solche, in denen Eltern aus eigener Kraft keine Förderung oder Betreuung ihrer Kinder sicherstellen können;

● das Vorschulklassenangebot durch Umwandlung bestehender Schulkindergärten ausweiten;

● das bestehende Netz der wohngebietsnahen Grundschulen

außer in gut begründeten Ausnahmefällen erhalten.

Sozialdemokratische Familienpolitik will die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Bedingungen dafür sichern, daß ein den menschlichen Bedürfnissen entsprechendes Zusammenleben der Menschen in der Familie möglich ist. Dabei gehen Sozialdemokraten davon aus, daß die Familie ohne staatliche Reglementierung darüber entscheiden soll, wie sie ihr Zusammenleben gestalten will. Der Staat muß offen sein für neue Formen partnerschaftlichen Zusammenlebens und sich wandelnde familiäre Bedingungen; denn auch die Familie hat sich im Laufe der Geschichte in Form und Aufgabengestaltung gewandelt und wird sich weiter ändern.

## Wohlfühlen in der Stadt

Die richtungsweisende Stadterneuerungspolitik Hamburgs muß fortgesetzt werden.

Hamburger Sanierung, Hamburger „Stadterneuerung in kleinen Schritten“ ist zu einem bundesweit bekannten Gütezeichen geworden. Viel früher als in anderen Großstädten der Bundesrepublik haben wir erkannt, daß nur behutsame erneuernde und damit das Gesicht und den Charakter erhaltende Städtebaupolitik die Zukunft unserer Stadt wahren kann. Dies ist der Grund, warum es in Hamburg nur relativ wenige leerstehende Häuser und kaum Versuche von Hausbesetzungen

gibt. Der sozialdemokratische Senat wird weiterhin seine Stadterneuerungs- und Modernisierungsprogramme gezielt so einsetzen, daß gewachsene Stadtteile in ihrer Eigenart gewahrt und in ihrer Substanz erneuert werden. Dies klingt zwar wie ein Widerspruch. Eines ist jedoch ohne das andere nicht möglich. Durch Nichtstun kann man die Sozialstruktur und den Charakter eines ehemals intakten Stadtteils schnell zerstören.

Wir werden unsere Politik fortsetzen, die Stadt und ihre Stadtteile im laufenden Gespräch mit den Bürgern zu entwickeln.

## Mehr Freiraum für die Familie

Im Mittelpunkt sozialdemokratischer Familienpolitik stehen Maßnahmen, die es Müttern und Vätern ermöglichen, Aufgaben der Kindererziehung zu übernehmen, mit ihrer Erwerbstätigkeit zu vereinbaren und so die späteren Lebenschancen der Menschen positiv zu beeinflussen. Dies hängt davon ab, wie das Bedürfnis des Kindes nach Geborgenheit, Erziehung und Bildung erfüllt wird. Kinder haben eigene Grundrechte. Wir werden deshalb auch dann an den einmal

gesetzten Zielen festhalten, wenn finanzielle Engpässe vorerst Einschränkungen nötig machen. Wir streben unter Berücksichtigung der Einrichtungen der Freien Träger an

● schrittweise jedem Kind einen Platz in einer Krippe, in einem Kindergarten oder in einer Vorschulklasse zu ermöglichen;

● die Qualität des Kinderbetreuungsangebots zu verbessern, z. B. durch Senkung der Gruppenstärke, Verbesserung der Ar-

beitsbedingungen und der beruflichen Qualifikation von Erziehern sowie durch eine organisierte Vertretung der Interessen der Eltern in familienergänzenden Einrichtungen;

● die Öffnungszeiten der Kindertagesstätten an die Zeiten des Schulunterrichts, die Schulbetreuungszeiten in den ersten Grundschulklassen und auf die Arbeitszeiten der Eltern abzustimmen.

Allerdings ist für diese Zielsetzung auch erforderlich, daß die Eltern entsprechend ihrer wirtschaftlichen Möglichkeiten an den Kosten der Einrichtungen beteiligt sind.



31 Jens-Peter Petersen, 40, Kfz-Mechaniker, Ingenieur (grad.). 2000 Hamburg 61, Lausitzerweg 20, Tel.: 5 51 36 79



32 Christine Maring, 48, Diplom-Volkswirtin, Lehrbeauftragte an der Fachhochschule Hamburg, Interessen: Wirtschafts-, Energie- u. Technologiepolitik, Hobbies: Familie (die eigene). 2000 Hamburg 70, Ölmühlenweg 56, Tel.: 6 93 83 98



33 Wolfgang Schulz, 52, Lehrer, Professor d. Erziehungsw., Interessen: Schul-, Hochschul-, Kulturpolitik. Hobbies: Familienleben, Literatur, selber Lyrik und Szenen produzieren, Kultur- u. Sozialgeschichte. 2000 Hamburg, Hohenzollernring 27, Tel.: 8 80 03 88



34 Eugen Wagner, 40, Reedereikaufmann, kfm. Angestellter, Interessen: Stadtentwicklung, Wirtschaftspolitik, Hobbies: klassische Musik. 2103 Hamburg 95, Alte Aue 11, Tel.: 7 42 96 18



35 Dr. Harro Frank, 40, Jurist, Justitiar, Interessen: Stadtentwicklung, Wohnen und Mieten, Verkehr. 2000 Hamburg 60, Latenkamp 16, Tel.: 51 28 98

# Das Recht auf Bildung werden wir weiter sichern

Unsere Stadt zeichnet sich durch ein breites und vielfältiges Angebot an Schulen und Bildungseinrichtungen aus. Dafür haben wir Sozialdemokraten stetig und unbeirrt gesorgt. Hamburg ist ein industriell hochentwickeltes Gemeinwesen und braucht fachlich qualifizierte und beruflich leistungsfähige Arbeitskräfte. In einer demokratischen Gesellschaft erwarten wir von Schulen und Hochschulen mehr als diese Qualifizierung der künftigen Arbeitnehmer: Wir können nicht genug aufgeklärte, mündige und sozial verantwortliche Bürger haben, und unsere Kinder und Jugendlichen haben ein Recht darauf, daß Hamburgs Bildungseinrichtungen ihnen dazu verhelfen, solche Bürger zu werden. Dabei entscheiden die Eltern darüber, welche Schulform ihr Kind besuchen wird.

Wir Sozialdemokraten haben in den letzten Jahren alles darangesetzt, den geburtenstarken Jahrgängen Bildungs- und Ausbildungsplätze zu sichern. Noch nie haben so viele junge Menschen in Hamburg weiterführende Schulen besucht, noch nie haben so viele Jugendliche in Hamburger Betrieben und Berufsschulen eine Ausbildung durchlaufen oder sich in Einrichtungen der Erwachsenenbildung für ihr zukünftiges Leben weitergebildet. Inzwischen ist der Höhepunkt dieser Schülerzahlenentwicklung überschritten. In den vor uns liegenden 80er Jahren wird die Zahl der Schüler und danach auch die der Auszubildenden stark sinken. Die Zeit der bildungspolitischen Anstrengungen darf damit nicht vorbei sein. Im Gegenteil: die zurückgehende Zahl der Jugendlichen ist für unsere Stadt eine Herausforderung!

Um das geschaffene Bildungsangebot auch bei sinkenden Schülerzahlen zu sichern, haben wir einen Schulentwicklungsplan vorgelegt. Dieser Plan ist ein fairer Kompromiß zwischen den Wünschen der Betroffenen und dem wirtschaftlich Vertretbaren. Bei uns bestimmen die Eltern für ihre Kinder die Schulform. Das Schulangebot der Zukunft ermöglicht es den Eltern auch, ihre Entscheidungen für die Kinder zu verwirk-

lichen. Dies gilt für die Anhänger aller Schulformen, wobei für Gesamtschulen immer noch die längsten Schulwege in Kauf genommen werden müssen.

Die durch den Schülerrückgang freiwerdenden Mittel sollen so weit wie möglich für Unterrichtsverbesserungen genutzt werden. Wichtigste Ziele sind:

- kleine Klassen,
- Beseitigung des Unterrichtsausfalls,

Es wird in den nächsten Jahren nicht nur um den äußeren, sondern auch um den inneren Ausbau unseres Bildungswesens gehen:

- 'Den Schulen ist größerer Freiraum für pädagogisches Handeln zu geben.

- Im Unterricht sind inhaltliche Schwerpunkte zu setzen, um auch im Dialog mit unserer Jugend den Herausforderungen der Zeit standhalten zu können.

- Gemeinsam mit den Tarifpartnern ist auf eine breitere berufliche Grundbildung hinzuwirken.

- Die Lehrerbildung ist mit dem Ziel zu verbessern, sie noch mehr an der Praxis zu orientieren.

Die vergangene Legislaturperiode hat mit der Errichtung von 14 neuen Gesamtschulen derjenigen Schulform zum Durchbruch verholfen, die nach unserer Ansicht alle Begabungen am besten zu fördern vermag. Ob zu den nunmehr in Hamburg bestehenden 25 Gesamtschulen in der vor uns liegenden Legislaturperiode weitere hinzukommen, hängt von den zukünftigen Entscheidungen der Eltern ab. Wir sehen dieser Entwicklung mit Zuversicht entgegen.

Wir haben eine wachsende Zahl von Ausländerkindern an unseren Schulen. Mit dieser Entwicklung wächst unsere Verantwortung, für die Chancengleichheit der ausländischen, aber auch der deutschen Kinder zu sorgen. Um die Fähigkeiten aller Kinder in der Schule angemessen entwickeln zu können, werden wir sowohl bewährte Maßnahmen fortsetzen als auch zusätzliche ergreifen. Wir werden noch größere Anstrengungen unternehmen, ausländischen Kindern durch gezielte Förderung in der Schule das Hineinwachsen in unsere Gesellschaft zu ermöglichen.

Unser Ziel muß es sein, sie zu befähigen, dieselben Bildungschancen wie ihre deutschen Altersgenossen wahrzunehmen. Zugleich soll die Schule ihnen aber auch die Möglichkeiten bieten, die eigene kulturelle Identität zu wahren und zu pflegen. Hierzu soll insbesondere das Angebot an muttersprachlichem Unterricht verstärkt werden. Gleichzeitig werden wir aber auch deutschen Kindern in Schulen mit sehr hohem Ausländeranteil besondere Angebote machen, um ihre Neigungen und Begabungen fördern zu können.

Optimale Förderung der Schüler im Regelschulwesen sollen Sonderschulen weitgehend überflüssig machen. Dort, wo nicht darauf verzichtet werden kann, sind Verbesserungen vorzunehmen, insbesondere durch Senkung der Klassenfrequenzen.

Gerade in wirtschaftlich schwierigen Zeiten ist „lebenslanges Lernen“ besonders wichtig. Dem muß auch in Hamburg das Angebot an beruflicher, kultureller und politischer Weiterbildung Rechnung tragen. Dabei kommt es vor allem darauf an, durch gezielte Angebote die Förderung und Eingliederung der am Arbeitsmarkt benachteiligten Grup-

pen, wie Frauen, Jugendliche, Ausländer, ältere Arbeitnehmer und Behinderte zu verstärken.

Die Angebote berufsbezogener Bildungsurlaubsveranstaltungen und die allgemeine und berufliche Weiterbildung von Frauen und Arbeitslosen sind durch die Bereitstellung von Räumen, die ganztägig für die Weiterbildung nutzbar sind, zu verbessern.

Die Teilnehmerbeiträge und -gebühren sind so zu gestalten, daß sie nicht die Weiterbildungsmaßnahmen einengen und soziale Schranken aufbauen.

Für uns Sozialdemokraten ist Bildung kein soziales Privileg, sondern eine Voraussetzung dafür, daß jeder einzelne seine Chance in unserer Gesellschaft wahrnehmen kann. Deshalb muß sowohl die finanzielle Förderung der Schüler erhalten bleiben, die ohne diese Hilfe berufliche Bildungsgänge oder weiterführende Schulen nicht mehr besuchen könnten, als auch das Angebot beruflicher, politischer, kultureller und freizeitorientierter Weiterbildung darauf abgestimmt sein.

## Hochschulen

Vorrangiges Ziel sozialdemokratischer Hochschulpolitik ist es, allen Studienwilligen einen Studienplatz zu garantieren; dazu ist der Ausbau der Hochschuleinrichtungen einschließlich des zweiten Bildungsweges voranzutreiben.

Um Hamburgs Rolle auch als wissenschaftliches und technisches Zentrum Norddeutschlands erfüllen zu können, werden wir

- die Hamburger Hochschulen im Wege laufender Anpassung an sich ändernde Anforderungen konsequent ausbauen – besonders die Technische Universität Hamburg-Harburg

- uns dafür einsetzen, daß die sozialen Rahmenbedingungen für ein intensives, verantwortungsbe-

wußtes Studium verbessert werden

- das Universitätskrankenhaus Eppendorf sanieren und die notwendigen Erneuerungen durchführen

- das Studienangebot für die Weiterbildung Berufstätiger voranbringen.

Die Hochschule der Bundeswehr und die Fachhochschule für Verwaltung sollen in ihrer inneren Struktur an das Hamburgische Hochschulgesetz angepaßt werden. Nicht nur wegen der zu erwartenden starken Studentenzahljahrgänge, sondern auch aus Gründen der weiteren Demokratisierung soll die Hochschule der Bundeswehr für zivile Studenten geöffnet werden mit dem Ziel der vollständigen Integration in das Hamburger Hochschulsystem.

## Für eine kritische, engagierte Jugend

**Unsere Gesellschaft braucht die kritische und engagierte Mitarbeit der jungen Generation. Wir Sozialdemokraten wollen keine jugendlichen Duckmäuser, keine politisch enthalsame und opportunistisch angepaßte Jugend.**

Die Kritik mancher Jugendlicher in wichtigen Fragen unserer Politik und unseres Gemeinwesens nehmen wir ernst:

In der jungen Generation ist eine geistige Bewegung entstanden, ein Rückzug aus den Institutionen, ein Verdacht gegen die etablierte Politik, zuweilen auch ein

Rückzug auf das eigene Innenleben und einen neuen Privatismus. Zwar ergreift diese Bewegung nicht die ganze Jugend, wohl aber die Mehrheit ihres politisch engagierten Teils.

Wir Sozialdemokraten wissen, daß gegenüber dieser alternativen Bewegung in der Jugend eine



36 **Dr. Rolf Niese**, 38, Mathematiker, wissenschaftl. Angestellter, Interessen: Wohnungsbau- u. Stadtteilentwicklungspolitik, Hobbies: Skat, Fußball u. Gartenarbeit. 2050 Hamburg 80, Rothenbaumchaussee 59, Tel.: 7 20 67 41



37 **Hans Peters**, 48, Gärtner, EDV-Fachmann, Interessen: Innenpolitik, Datenschutz, Haushalt, Hobbies: Literatur, Musik, Schach. 2000 Hamburg 73, Saseler Str. 112, Tel.: 6 78 42 91



38 **Manfred Silberbach**, 46, Maschinenschlosser, Interessen: Haushaltspolitik, Sozial- u. Sportpolitik, Hobbies: Sport. 2102 Hamburg 93, Georg-Wilhelm-Str. 58a, Tel.: 75 61 27



39 **Werner Loewe**, 41, Sozialwissenschaftler, wiss. Angestellter, Interessen: Hochschulpolitik, Bildungspolitik, allgem. Medienpolitik. 2000 Hamburg 13, Jungfrauenhal 16, Tel.: 4 80 11 52



40 **Lutz Freitag**, 38, Verwaltungsangestellter, DAG-Landesverbandsleiter Hamburg, Interessen: Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, Sicherung von Arbeitsplätzen, Sozial- u. Wirtschaftspolitik, Hobbies: Lesen, Arbeit im eigenen Garten. 2000 Hamburg 65, Birkenkoppel 14, Tel.: 6 02 89 97/34 91 55 10

weitgehend inhaltlere Pose der Toleranz, eine Allerweltsfloskel über die Führung des Dialogs und die Aufnahme von Denkanstößen, nicht ausreichen, um sie zurückzugewinnen.

Politik kann gegenüber diesen Jugendlichen glaubhaft nur vertreten werden, wenn sie ohne Tricks auskommt, sichtbare Lösungen für die drängenden Zukunftsfragen durchsetzt, der Jugend ihre Ausbildungs- und Arbeitsplatzchance gibt, statt sie „nach innen auszubürgern“ und wenn sie den Jugendlichen die Möglichkeit bietet, ihre ganze Person für Werte und Ziele einzusetzen, die über die eigenen materiellen Interessen hinausreichen.

Diffamierungsversuchen des jugendlichen Protests treten wir entschieden entgegen, z. B. solchen der CDU/CSU gegenüber der Friedensbewegung.

Wir Sozialdemokraten wollen durch unsere Politik die Voraussetzungen dafür schaffen, daß Jugendliche ihre Interessen selbst vertreten, die Gesellschaft emanzipatorisch mitgestalten und ihre Persönlichkeit frei entfalten können. Materielle Anstrengungen – so wichtig sie sind – reichen dafür allein nicht aus. Sondern wir müssen uns der Sinnfrage stellen, die gerade junge Menschen an unsere von Selbstzerstörung bedrohte Gesellschaft richten. Ein neuer Jugendbericht des sozialdemokratischen Senats wird die Situation der Jugendlichen in Hamburg aufarbeiten und unsere Maßnahmen für die nächsten Jahre zusammenstellen.

Vorrangiges Ziel sozialdemokratischer Politik für die Jugend in Hamburg ist die Beseitigung der Jugendarbeitslosigkeit und die Verbesserung der Ausbildungsmöglichkeiten.

Wir würdigen und fördern die Arbeit der traditionellen Hamburger Jugendverbände: In der Förderung freier Initiativen als Träger selbstverwalteter Jugendzentren sehen wir die Gewähr für ein vielfältiges Freizeitangebot für Jugendliche. Die bestehenden selbstverwalteten Jugendzentren sollen durch Personal- und Sachmittel verstärkt gefördert werden. Die Gründung neuer selbstverwalteter Jugendzentren soll in den kommenden vier Jahren verwirklicht werden. Die Arbeit der bestehenden „Häuser der Jugend“ muß verbessert und ausgeweitet werden. Ihre Konzeption wird prinzipiell neu überdacht, ih-

re Selbstverwaltungsrechte müssen erweitert werden. Die Öffnung über das ganze Jahr und an den Wochenenden halten wir für dringend geboten. Wir sehen aber, daß dies ohne personelle und sachliche Aufstockung und ohne ein Überdenken der bisherigen Konzeptionen nicht möglich ist.

Durch den Einsatz sogenannter „street-worker“ sollen auch solche Jugendliche an die bestehenden Jugendeinrichtungen herangeführt werden, die ihnen bisher aus den verschiedensten Gründen ferngeblieben sind, aber dringend eine soziale Hilfe benötigen. Durch einfühlsame und sachkundige Hilfen sollen Jugendliche mit besonderen Problemen unterstützt werden. So werden wir in den staatlichen und nichtstaatlichen Einrichtungen spezielle Programme und Maßnahmen für arbeitslose oder von Arbeitslosigkeit bedrohte junge Menschen unterstützen.

Die eingeleitete Reform der Heimerziehung wird weitergeführt. Durch betreute Wohngemeinschaften, Unterbringung bei Pflegeeltern oder Vermittlung von Adoptiveltern wollen wir die Heimerziehung verbessern. Zur Verhinderung und Beseitigung der Alkohol- und Drogensucht müssen zunächst die gesellschaftlichen Ursachen bekämpft werden. Den Alkohol- und anderen Drogenabhängigen wird in diesem Sinne nur durch „Therapie statt Strafe“ geholfen. Die Drogenkriminalität muß energisch bekämpft werden, indem den großen Zulieferern und Dealern das Handwerk gelegt wird.

● Die erfolgreiche Arbeit der öffentlichen und freien Träger in der Drogenarbeit muß durch eine Entbürokratisierung der Mittelzuwendung und durch den Einsatz von Drogenvertrauenslehrern an den Schulen weiter unterstützt werden.

● Der Gebrauch sog. nicht harter Drogen wie Haschisch, Marihuana wird nicht legalisiert, statt Strafe wird Therapie angeboten.

● Die von öffentlicher Seite kontrollierten Werbeträger (HHA, Bahn, Post, NDR etc.) sollen sich nicht mehr für die Alkoholwerbung zur Verfügung stellen, staatliche Auflagen sind hierfür zu schaffen.

● Die Abgabe von Alkohol an Jugendliche muß unterbunden werden.

## Kultur für alle

**Hamburgs Kulturleben ist durch bedeutende Traditionen geprägt. Oper, Theater, Orchester, Museen und Bibliotheken sind Zeugen dieser Tradition. Unter unserem Leitmotiv „Kultur für alle“ soll das kulturelle Leben der Stadt Aufforderung und Angebot für alle Bürger sein. Es wird also neben anspruchsvollen künstlerischen Experimenten um ein breitgefächertes Angebot gehen, das jeden Bürger auf seine Weise teilhaben läßt. Die verschiedensten Neigungen und Fähigkeiten sollen sich darin möglichst frei entfalten können.**

Die Kulturpolitik muß daher sowohl die traditionellen Kultureinrichtungen der großen Mehrheit der Bürger erschließen, als auch neue Formen des Kulturlebens fördern und sich entfalten lassen.

Wir werden Oper, Theater und Museen weiterentwickeln. Wir werden aber auch Maßnahmen ergreifen, um Kostensteigerungen zu begrenzen, ohne die künstlerische Qualität zu beeinträchtigen. Gerade hier gilt, daß nicht alles gut ist, was teuer ist. Neue Kulturangebote, die geeignet sind, Schwellen abzubauen und insbesondere junge Menschen anzusprechen, haben für uns denselben politischen Stellenwert wie die traditionellen. So wird als wesentliches Element der Stadtteilentwicklungspolitik die Stadtteilkultur ein politischer Schwerpunkt bleiben. Die bereits bestehenden Zentren sollen weiter gefördert, neue Initiativen – speziell in den Prioritätsgebieten – sollen in die Förderung aufgenommen werden. Auch die Bücherhallen werden wir verstärkt in die stadtteilkulturelle Arbeit einbeziehen.

Zur Stadtteilkultur gehört mehr als das Hineintragen traditioneller Kulturangebote in die Stadtteile; die Einbeziehung und Aufwertung der Alltagskultur gehö-

ren dazu und vor allem die Gelegenheit zur schöpferischen Selbstverwirklichung, zum gemeinsamen Tun, zur Kommunikation, aber auch die Anteilnahme an allen den Stadtteil betreffenden Vorgängen, die Kommunalpolitik eingeschlossen. Das alles zusammen macht Stadtteilkultur aus.

Weil es in erster Linie auf eigene Betätigung – und das heißt, auch auf Selbstorganisation – ankommt, will die Stadt nicht fertige Programme und Einrichtungen anbieten, sondern die in den Stadtteilen vorhandenen und entstehenden Initiativen der Bürger wie bisher ermutigen und unterstützen.

Den Bereich der Museen werden wir mit Engagement weiterentwickeln. Bislang spiegeln die klassischen Museen die Alltagserfahrungen und Interessen der Bürger, insbesondere die Geschichte der Menschen in unserer Stadt, nur unzureichend wider. Wir werden daher die Grundlagen für ein „Museum der Arbeit“ legen, in dem die Geschichte Hamburgs als Industriemetropole, als Zentrum technischer Entwicklungen, als Welthafen und Verkehrsknotenpunkt und als Stätte der deutschen Arbeiterbewegung darge-

stellt wird.

Die kulturpädagogische Arbeit, die an den Museen erfolgreich begonnen wurde, soll schrittweise auf andere Kulturbereiche wie Theater, Bibliotheken und Denkmalschutz ausgedehnt werden. Darüber hinaus werden wir die bedeutenden naturkundlichen Sammlungen der Hochschulen für jedermann öffnen und erschließen. Für das Hamburger Jugendtheater „Klecks“ müssen die finanziellen und räumlichen Voraussetzungen für die Weiterführung seiner wichtigen kulturpädagogischen Arbeit gewährleistet werden.

Die Bedeutung der zeitgenössischen Bildenden Kunst werden wir dadurch sichtbar machen, daß wir die Ausstellungsmöglichkeiten schrittweise verbessern.

Auch das Hamburger Filmförderungsmodell, das weithin Anerkennung gefunden hat, werden wir weiterhin unterstützen, um Hamburgs Rang als Film- und Fernsehstadt zu erhalten.

Zudem soll die Förderung in den Bereichen Bildende Kunst und Literatur, sowie die Förderung aktueller Musikformen (Rock, Pop, Jazz, Folklore) verstärkt werden. Die stadtteilübergreifenden Kommunikationszentren wie Fabrik oder Markthalle werden wir in ihrer Struktur überprüfen und ihre Fortführung auf solider Grundlage sichern.

Bei allem werden wir insbesondere die spezifischen Bedürfnisse und Interessen junger Menschen berücksichtigen. Neue künstlerische Ausdrucksformen müssen besonders unter diesem Gesichtspunkt gefördert werden.

Insgesamt ist Kulturpolitik für Sozialdemokraten kein schöner Luxus, den man in schwierigen Zeiten einschränken kann, sondern ein wesentliches Element unserer Gesellschaftspolitik.

## Sport für alle – eine sportpolitische Zielsetzung wird verwirklicht

Unsere Stadt ist heute schon mit einem Netz von Sporthallen, Sportplätzen und Bädern versorgt, das seinesgleichen sucht und das allen Anforderungen des

Schulsports, des Breiten- und Hochleistungssports entspricht. Die Vereine werden bei ihrer ehrenamtlichen Arbeit für den Sport aus öffentlichen Mitteln

vielfältig und angemessen gefördert. Diese Förderung werden wir fortsetzen. Sie schafft keine Abhängigkeit; denn wir Sozialdemokraten respektieren und unterstützen die Selbstverwaltung des Sports als einen wesentlichen Bei-



41 Jan Klarmann, 43, Bankkaufmann, Dipl.-Handelslehrer, Berufsschullehrer, Interessen: Jugend- u. Sozialpolitik, Wirtschaftspolitik, Hobbies: Lesen, gärtnern. 2000 Hamburg 52, Espellohweg 68, Tel.: 82 08 66



42 Hans Sचेфе, 45, Schlosser, Hausmeister-Schule, Interessen: Soziales, Bürger-Interessen, Hobbies: Garten, Lesen. 2000 Hamburg 74, Ojendorfer Höhe 18, Tel.: 7 12 76 51



43 Frauke Martin, 37, Diplom-Soziologin, arbeitslos, Interessen: Haushaltspolitik, Stadtentwicklungspolitik, Arbeitsmarkt, Frauenfragen, Hobbies: Schwimmen, Lesen, Kartenspiele, Fußball, Musik. 2000 Hamburg 60, Erich-Ziegel-Ring 50, Tel.: 6 30 99 75



44 Dr. Ingrid Seeler, 53, Studienrätin, MdHB, Hausfrau, Dozentin der Volkshochschule, Interessen: Kulturpolitik, Hobbies: Literatur, Musik, Malerei. 2000 Hamburg 71, Sonnentauweg 3, Tel.: 6 41 41 99



45 Paul Busse, 43, Kaufmann, Berufsschullehrer, Geschäftsführer, Interessen: Finanzen, Wirtschaft, Hobbies: Fußball, Skat. 2000 Hamburg, Lentersweg 46, Tel.: 5 38 26 63

trag zur Festigung unserer Gesellschaftsordnung.

Der Sport hat für weite Kreise der Bevölkerung eine große Bedeutung für die Erhaltung und Förderung der Gesundheit, aber auch als Mittel der aktiven Freizeitgestaltung gewonnen. Dementsprechend werden wir Sozialdemokraten helfen, den in den Sportvereinen und Schulen organisierten Sport bedarfsgerecht weiterzuentwickeln. Dabei ist der nichtorganisierte Freizeitsport, der Sport für Behinderte und Senioren sowie die Integration der ausländischen Mitbürger angemessen zu berücksichtigen.

Der Senat hatte 1977 einen Sportrahmenplan für die Jahre bis 1982 aufgestellt. Die dort gesteckten Ziele haben wir erreicht. Auf der Grundlage der sportpolitischen Grundsätze dieses Rahmenplanes, die unverändert fortgelten, und neben der allgemeinen Sportförderung wird jetzt ein Sportstättenleitplan entwickelt.

Er soll für die nächsten Jahre Bedarf und Schwerpunkt für Sport und Freizeit festlegen. Danach werden unsere Aufgaben sein:

- weitere Sporthallen für den Schul- und Vereinssport zu bauen;
- neue Sportplätze in den Zentren des Wohnungsbaues zu errichten;
- vorhandene Anlagen – zumal im innerstädtischen Bereich – zu modernisieren und umzugestalten, damit sie für den Sport besser genutzt werden können, aber auch für andere Freizeitaktivitäten geeignet sind;
- mit neuen Nutzungskonzepten für Hallen- und Freibäder auf verändertes Freizeitverhalten – unter Berücksichtigung des Schwimm- und Schulsports – zu reagieren;
- die Initiativen der Bürger beim Bau und der Erhaltung vereinseigener Sportstätten zu fördern.

initiative und Aktivität der Bürger zu hemmen, verfehlt es sein Ziel. Wir werden deshalb die Bereitschaft zur Selbsthilfe und eigenorganisierten Problembewältigung fördern.

Notwendig ist die verstärkte aktive Nutzung der arbeitsmarktpolitischen Instrumentarien, insbesondere

- **Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen müssen erhalten und ausgebaut werden,**
- **die Förderung von Fortbildung und Umschulung muß die Arbeitnehmer zur Bewältigung der gestiegenen Anforderungen des Arbeitsmarktes befähigen,**
- **sozialen Abstieg infolge Arbeitslosigkeit zu verhindern.**

Die Verbände der Freien Wohlfahrtspflege sowie die zahlreichen sozial- und jugendpolitischen Initiativen tragen in Hamburg wirkungsvoll zur Versorgung der Bürger mit sozialen und sozialpädagogischen Dienstleistungen bei. Ein großer Teil ihrer Aufgaben wird aus öffentlichen Mitteln finanziert. Es bleibt ein wichtiges Anliegen, die Arbeit der Wohlfahrtsverbände, Jugendorganisationen und Initiativen weiterhin zu unterstützen und im Geiste der partnerschaftlichen Zusammenarbeit miteinander zu wirken.

Wir werden aber auch Sorge dafür tragen, daß jeder nach den Gesetzen handelt, seine Steuerpflichten erfüllt und niemand aus öffentlichen Kassen Leistungen entgegennimmt, die ihm nicht zustehen. Solidarität, wie wir sie verstehen, gilt nicht nur für denjenigen, der gibt, sondern auch für den, der bekommt. Den Behinderten gilt unser besonderes Augenmerk. Hamburg hat sich schon bisher bemüht, den Bedürfnissen der Behinderten gerecht zu werden. Dies muß auch in Zukunft so bleiben. So werden viele Einrichtungen (Schulen und Kindergärten, Behindertenwerkstätten, Rehabilitations- und Fortbildungsstätten) betrieben sowie Fahrdienste zur Verfügung gestellt, finanzielle und materielle Unterstützung gewährt, die in anderen Bundesländern nicht vorhanden sind. Dies soll uns nicht daran hindern, nach Mitteln und Wegen zu suchen, um die Situation, insbesondere der Schwerbehinderten, weiter zu verbessern. Vorrangiges Ziel ist es dabei, eine weitgehende Eingliederung der Behinderten in Gesellschaft und Arbeitswelt zu erreichen.

Wir Sozialdemokraten werden in der kommenden Legislaturperiode vor allem folgende Schritte zur Sicherung der sozialen Leistungen unternehmen:

- Ausbau des Netzes von Sozialstationen in den Stadtteilen, um den älteren Bürgern mit sozial-pflegerischen Leistungen möglichst lange den Verbleib in der eigenen Wohnung zu erleichtern;
- Modernisierung der Alten- und Pflegeheime mit dem Ziel einer verbesserten Pflegeleistung und der Schaffung räumlicher Bedingungen, die zu einer aufgelockerten Belegung in den Zimmern führt;
- die Chancen zur Einstellung der Behinderten in Betrieben ver-

bessern und eine Initiative im Bundesrat zur Heraufsetzung der Ausgleichsabgabe bei nicht erfüllter Pflichtquote ergreifen;

- Verbesserung der Bedingungen in den Alsterdorfer Anstalten, schrittweise Auflockerung der Belegung und Verbesserung der pflegerischen Leistungskraft;
- weiterhin spezielle Wohnungen für verschiedene Behinderungsarten einrichten und zur Verfügung stellen;
- Errichtung einer Werkstatt für Behinderte;
- die städtische Umwelt systematisch behindertengerechter gestalten.

## Durch Solidarität garantieren wir soziale Sicherheit

**Hamburg gründet seinen Wohlstand auf die Leistungsfähigkeit und Leistungsbereitschaft seiner Bürger. Leistungsfähigkeit und Leistungsbereitschaft wird von uns Sozialdemokraten immer zugleich als Verpflichtung verstanden, den Schwächeren in unserer Gesellschaft zu helfen. Hamburg ist unter sozialdemokratischer Führung in vielen Bereichen zu einem vorbildlichen sozialen und gerechten Gemeinwesen geworden. Wir werden diese Politik fortsetzen.**

In Zeiten zunehmender Arbeitslosigkeit stellen sich die Fragen mit besonderer Deutlichkeit. Die vielfach beschworene „Krise des Sozialstaates“ ist in Wahrheit eine tiefgreifende wirtschaftliche Krise, die auch nur mit Mitteln der Wirtschaftspolitik bewältigt werden kann. Sie schlägt aber auf das gewachsene System sozialer Leistungen durch. Mit der Verschärfung der wirtschaftlichen Krise entfällt die Möglichkeit, Verbesserungen für alle durch einfache Verteilung des Zuwachses zu bewirken. Wir Hamburger Sozial-

demokraten werden angesichts knapper öffentlicher Kassen eine sparsame Haushaltspolitik auf dem Rücken der Schwächsten in unserer Gesellschaft nicht zulassen. In dieser Situation müssen Sozialdemokraten die sozial Schwachen schützen und verhindern, daß Umverteilung zu ihren Lasten stattfindet. Aber wir weisen zugleich auf die Verantwortung aller Bürger, ihre Kraft und Fähigkeit für die Solidarität in unserer Stadt einzusetzen. Wo sozialpolitisches Handeln des Staates dazu beiträgt, die Eigen-

## Im Gesundheitswesen geht es uns zugleich um Leistungsfähigkeit und günstige Kosten

Die hamburgische Gesundheitspolitik verfolgt das Ziel, die Gesundheit des Bürgers ohne Ansehen seiner wirtschaftlichen und sozialen Situation durch Vorsorge zu erhalten oder im Krankheitsfall durch bestmögliche Behandlung und Rehabilitation wiederherzustellen. Gesundheitspolitik ist ein Bereich der Gesellschaftspolitik.

Hamburg hat in den letzten Jahren durch erhebliche Investitionen in sein Gesundheitswesen eine anerkannt hohe Versorgungsqualität erreicht. Aber Klinikneubau, aufwendigste technische Ausstattungen und eine vorbildliche Notfallmedizin bewältigen nur einen Teil der Probleme. Wir wollen dem mitmenschlichen Wirken bei der Erhaltung und Wiederherstellung der Gesundheit mehr Bedeutung zumessen und das Element der Selbsthilfe stärken.

Die Kritik, daß unser Gesundheitssystem daran kranke, auf Verschwendung angelegt zu sein, nehmen wir ernst. Sozialdemokraten werden aber bei ihrem Grundsatz bleiben, daß die Gemeinschaft der Krankenversicherten solidarisch auch dem Schwächsten helfen muß.

Die Begrenzung des Kostenanstiegs im Gesundheitswesen ist

nötig. Wir beabsichtigen keine Sparmaßnahmen auf Kosten der Gesundheit. Wir halten einen wirtschaftlicheren Einsatz der Geldmittel im Gesundheitswesen für möglich.

Eine Kostenselbstbeteiligung lehnen wir ab. In den kommenden Jahren setzen wir für unsere Arbeit folgende Schwerpunkte:



46 Uwe Riez, 30, Jurist, Interessen: Haushalts- u. Finanzpolitik, Stadtteilentwicklungspolitik, Hobbies: Musizieren, Lesen, Sport. 2000 Hamburg 60, Erich-Ziegel-Ring 32, Tel.: 6 31 82 48



47 Jan Jalass, 45, kfm. Angestellter, Geschäftsführer, Interessen: Sozialpolitik, Hafenpolitik. 2000 Hamburg 19, Övelgönner Str. 7, Tel.: 8 50 22 32



48 Joachim Meissner, 34, Verwaltungsbeamter, Diplom-Volkswirt, Interessen: Finanz- u. Wirtschaftspolitik, Baufragen, Hobbies: Tennis, Schmalfilm. 2100 Hamburg 90, Beermhöhe 20, Tel.: 7 60 71 18



49 Michael Sachs, 34, wissenschaftl. Angestellter, Interessen: Stadtentwicklung, Jugend, Hobbies: Lesen, Elbspaziergänge. 2000 Hamburg 50, Ottenser Hauptstr. 41, Tel.: 3 90 15 08



50 Ulrich Hartmann, 44, Diplom-Volkswirt, Geschäftsführer, Interessen: Haushalts- und Finanzpolitik, Allgemeines, Hobbies: Briefmarken-Sammeln, Fußball. 2000 Hamburg, Auguststr. 17

### ● Gesundheitsvorsorge

Sie reicht von einem wirksamen Umweltschutz, der Aufklärung über eine gesunde Lebensweise, einen wirksamen Verbraucherschutz, einem guten Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz, regelmäßigen Vorsorgeuntersuchungen, der gesundheitlichen Betreuung in den Betrieben, Schulen und der Vorschuleinrichtungen, der Bekämpfung der Mütter- und Säuglingssterblichkeit bis zu einer zeitgemäßen Familienplanung.

Verstärkt werden soll die Erforschung und Bekämpfung der Ur-

sachen von zivilisatorischen Hauptkrankungen.

### ● Strukturelle und qualitative Verbesserungen

Eine leistungsfähige Gesundheitsversorgung muß in Zukunft für eine bessere Zusammenarbeit von Ärzten, Pflegekräften, Psychologen, Sozialarbeitern, Selbsthilfegruppen u. a. sorgen. Die starren Grenzen zwischen stationärer und ambulanter Versorgung müssen weiter abgebaut werden. Die ausgezeichnete Qualität der medizinischen Versor-

gung in Hamburgs Krankenhäusern soll weiter gefördert werden. Gleichzeitig mit der Fortschreibung des Krankenhausbedarfsplans wollen wir die Angebote in den Krankenhäusern dem sich wandelnden Bedarf anpassen. Die Versorgung soll überall, wo es möglich ist, regional, d. h. gemeindenah organisiert werden.

### ● Medizinische Versorgung des Umlandes

Es stellt für Hamburg ein Problem dar, daß in seinen Krankenhäusern gerade solche Plätze für

Patienten der Umlandgemeinden zur Verfügung gestellt werden müssen, die wegen ihrer Spezialisierung oft besonders teuer sind. Dies gehört zu Hamburgs Metropolfunktion im Norden der Bundesrepublik, und wir wollen den hohen Stand der medizinischen Versorgung erhalten, jedoch den Kostenanstieg wirksam eindämmen, sowie eine insgesamt gerechtere Verteilung der finanziellen Belastungen erreichen.

### ● Psychiatrische Versorgung Durch Schaffung neuer Einrich-

tungen soll die psychiatrische Versorgung dezentral und wohnortnah werden. Dazu sollen auch die psychiatrischen Krankenhäuser durch verstärkte Teilnahme an der ambulanten Behandlung beitragen. Die zusätzliche Einrichtung von weiteren Tageskliniken, die Stärkung der sozialpsychiatrischen Dienste, die Einrichtung von psychosozialen Kontaktstellen sowie die Ausweitung des Angebots an Wohnheimen und Wohngruppen sollen der weiteren Besserung der psychiatrischen Versorgung der Bürger dienen.

# Innere Sicherheit, Gerechtigkeit, Freiheit und Toleranz sind untrennbar

Das Grundgesetz hat eine freiheitliche Rechtsordnung geschaffen, die – an der Würde des Menschen und der freien Entfaltung der Persönlichkeit ausgerichtet – staatliche Eingriffe nur bei Konflikten mit den Rechten ande-

rer oder mit der verfassungsmäßigen Ordnung zuläßt. Eingriffsbefugnisse dürfen immer nur in dem Maße ausgeschöpft werden, das dem Einzelfall angemessen ist. Ohne strikte Einhaltung dieses Prinzips der Verhältnis-

mäßigkeit würde der Staat alsbald seine Glaubwürdigkeit bei der Verteidigung der Verfassungs- und Rechtsordnung verlieren.

Nach unserer Rechtsordnung besitzt der Bürger einen elementa-

ren Anspruch auf den Schutz vor unmittelbaren Gefahren. Daraus stellen sich vielfältige Aufgaben. Sie haben ihre Schwerpunkte im Schutz von Leben und Gesundheit, in der Bekämpfung der Kriminalität, in der Abwehr von Brandgefahren und vor Gefahren für die Umwelt und in der Hilfeleistung bei Katastrophen.

Die Aufgaben im Bereich der Inneren Sicherheit steigen an, denn nicht nur wir Hamburger, sondern weit mehr Menschen gehen in dieser Stadt ihren Lebensinteressen nach; rund eine Million Gäste und Pendler erhöhen tagsüber die Zahl ihrer Menschen. Dazu kommt, daß heute aufmerksamer als früher – aber auch empfindlicher – auf Störungen reagiert wird, die von der hohen Techni-

sierung der Umwelt ausgehen. Die Menschen sind leichter verunsichert und erwarten dementsprechend Schutz und Hilfe in für sie undurchschaubaren Situationen.

Eine besondere Aufgabe ist der Schutz der Rechts- und Verfassungsgüter vor ihren Gegnern, insbesondere vor extremistischen Gewalttätern. Dank der demokratischen Gesinnung der Bürger und Dank der effektiven Arbeit von Polizei, Verfassungsschutz und Justiz sind Links- und Rechts-extremisten bisher zu keinem Zeitpunkt zu einer akuten Gefahr für unsere Demokratie geworden. Dabei muß es bleiben, und dafür verdienen die, die im Bereich der Inneren Sicherheit tätig sind, unser Vertrauen.

# Sicherheit für den Bürger durch vorbeugende Maßnahmen

Wir Sozialdemokraten sehen in der Wahrung und im Ausbau der Inneren Sicherheit einen Schwerpunkt unserer Politik. Dem Bürger muß stets die der Situation angemessene Hilfe geleistet werden; Freiheit ist ohne Sicherheit nicht denkbar.

Für die Sicherheitsaufgaben stehen Kräfte in ausreichendem Maße zur Verfügung. Durch die Übernahme aller Polizeianwärter

von der Landespolizeischule in den Vollzugsdienst wird die Polizei in den nächsten Jahren zahlenmäßig noch verstärkt. Diese Kräfte müssen entsprechend ausgebildet sein, wirkungsvoll eingesetzt werden können und über die entsprechenden Einsatzmittel verfügen. Wir Sozialdemokraten werden deshalb dafür eintreten, daß

### ● die Strukturreform der Polizei fortgeführt wird;

● das Programm zu leistungsfähiger Zusammenlegung von Revierwachen durch Neu- und Umbauten fortgesetzt wird;

● die Einsatzmittel der Polizei weiter verbessert werden.

Auch für die Feuerwehren treten wir dafür ein, daß

### ● die Strukturreform vorangetrieben wird, insbesondere durch

den Neubau standortgünstigerer Feuerwachen

● die Ausbildung durch den Bau einer Feuerweherschule der technischen Entwicklung angepaßt wird

● unser laufendes Programm zur Ausbildung des Feuerwehrynachwuchses – wie auch von der SPD-Bürgerschaftsfraktion mehrfach gefordert – in jährlich vier Klassen fortgesetzt wird

● die Einsatzmittel zur Brandbekämpfung weiter verbessert werden.

Ebenso wichtig wie die Gefahrenbeseitigung ist die Bekämpfung von Gefahrenquellen und Gefahrenursachen. Zu diesen Aufgaben gehören z. B. die Brandverhütungsschau, der Hochwasserschutz und die vielfältigen Maßnahmen zur Verhinderung von

Umweltschäden.

Wir Sozialdemokraten werden dabei zwei Aufgaben der präventiven Gefahrenabwehr verstärkt angehen:

● den Transport gefährlicher Güter stärker zu überwachen;

● bei der Bekämpfung der Kriminalität als zusätzliche Maßnahme die vorbeugende Verbrechensbekämpfung zu intensivieren.

So wichtig und notwendig eine durchdachte Organisation ist – Sicherheit muß der Bürger auch unmittelbar erfahren können. Wir werden deshalb dafür sorgen, daß die Polizei sichtbar ist. Es muß auch den ansprechbaren Polizeibeamten auf der Straße geben. Zu diesem Zweck werden wir die Fußstreifendienste der Polizei weiterhin verstärken.



51 Ingo Kleist, 43, Polizeibeamter, Geschäftsführer, Interessen: Umweltschutz, Innen- und Sicherheitspolitik, Bau- und Stadtplanung bzw. Erneuerung, Hobbies: Kleingärtner. 2000 Hamburg 11, Venusberg 10c, Tel.: 36 64 03



52 Roland Issen, 44, Dipl.-Volkswirt, Mitglied des Bundesvorstandes der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft, Interessen: Wirtschafts- und Finanzpolitik, Arbeitsmarktpolitik, Hobbies: Tennis, Klavierspielen, Lesen. 2000 Hamburg 60, Edwin-Scharff-Ring 75, Tel.: 6 30 29 69



53 Dieter Iseler, 45, Architekt, Interessen: Kultur, Bau u. Stadtplanung. 2000 Hamburg 20, Woldsenweg 7, Tel.: 4 91 90 04



54 Manfred Drotschmann, 48, Landwirt, Interessen: Wirtschafts- u. Agrarpolitik, Verbraucherfragen, Hobbies: Sportl. Schießen, Jagd, Motorradfahren. 2050 Hamburg 80, Billwerder Billdeich 356, Tel.: 7 38 87 19



55 Klaus Riedemann, 46, Lehrer, stellv. Schulleiter, Interessen: Verkehrspolitik, Stadtentwicklung, Umwelt, Hobbies: Garten, Wandern, Skilaufen. 2000 Hamburg 61, Kalvslohreistr. 14, Tel.: 5 50 13 29

## Besonders sozialschädliche Unrechtstaten sind verstärkt zu verfolgen

Wir geben uns nicht damit zufrieden, den „kleinen Dieb“ die ganze Schärfe des Gesetzes spüren zu lassen, den Wirtschaftsstraftäter aber verhältnismäßig ungeschoren davon kommen zu lassen.

Wirtschaftskriminelles Verhalten hat oft einen besonders gemeinschaftsschädlichen Charakter. Es verursacht jährlich Schäden in Milliardenhöhe zu Lasten unserer Gesellschaft; die ökonomischen

Belange aller rechtstreuen Bürger werden verletzt. Wir werden deshalb unsere Bemühungen zur Bekämpfung von Wirtschaftsstraftaten energisch fortsetzen. Sie sind keine „Kavaliersdelikte“.

Dies gilt genauso für die besonders gemeinschaftsschädlichen Umweltstraftaten. Unsere natürlichen Lebensgrundlagen sind begrenzt. Sie bedürfen vermehrten staatlichen Schutzes – auch mit den Mitteln des Strafrechts.

## Den Rechtsfrieden festigen – Kriminalität noch wirksamer bekämpfen

**Wir Sozialdemokraten sehen in der Sicherung des Rechtsfriedens eine wichtige Aufgabe. Der Bürger ist vor Rechtsbrechern zu schützen; Straftäter sind zur Verantwortung zu ziehen.**

Ein wirksamer Schutz unserer inneren Sicherheit verlangt aber mehr: Kriminalität ist schon im Entstehen zu verhindern. Für uns Sozialdemokraten ist eine erfolgreiche Bekämpfung der Kriminalität deshalb mehr als die bloße Verfolgung und Ahndung bereits begangener Straftaten. Verbrechen müssen schon durch vorbeugende Maßnahmen bekämpft werden. Etwa durch eine ver-

stärkte Erziehung gefährdeter Jugendlicher zu rechtstreuem Verhalten, zu mehr Gemeinschaftsinn und Verantwortungsbeußtsein. Schule und Staat, aber auch Elternhaus tragen hier eine besondere erzieherische Verantwortung.

Gesellschaftspolitische Maßnahmen müssen gezielt darauf abgestellt werden, die sozialen Ursachen für Kriminalität weiter abzubauen. Dazu gehören auch die Bemühungen, Straffällige in diese Gesellschaft zurückzuführen. Erst ihre erfolgreiche Wiedereingliederung verhindert den Rückfall ins Kriminelle und schützt damit den Bürger vor neuen Straftaten.

Wir Sozialdemokraten werden uns deshalb weiter dafür einsetzen, daß

- die Chancen, Straffällige in unsere Gesellschaft zurückzuführen, verbessert werden. Frauen ist durch einen familien- und wohnortbezogenen Strafvollzug in Hamburg eine bessere Resozialisierung zu ermöglichen.

- der Jugendkriminalität durch stärkere Betonung des Erziehungsgedankens – nicht nur im Jugendstrafvollzug – wirksamer begegnet wird.

Unsere besonderen Bemühungen werden aber auch den Opfern von Straftaten gelten. Sie bedürfen unserer verstärkten Hilfe.

**Die Grundwerte unserer demokratischen Ordnung mit Leben zu erfüllen, stellt sich allen Bürgern als eine tägliche Aufgabe. Festigung und Ausbau unseres freiheitlichen und sozialen Rechtsstaates sind ein vorrangiges Ziel unserer Politik. Im Verhältnis zwischen Bürger und Staat und der Bürger untereinander werden wir ein liberales, gerechtes und menschliches Miteinander-Umgehen entschlossen fördern. Gegensätze müssen durch eine freie und unbefangene demokratische Meinungs- und Willensbildung ausgetragen werden. Andersdenkende sind nicht zu verketzern; die Bereitschaft zu einer gründlichen Auseinandersetzung mit ihnen ist für uns eine Aufgabe praktizierter Liberalität und Toleranz. Politische Gegensätze sind mit politischen Mitteln zu lösen.**

Für Sozialdemokraten ist die Sicherung der Rechtsstaatlichkeit Grundvoraussetzung für die weitere Entwicklung unseres demokratischen Gemeinwesens. CDU-Bestrebungen, unseren liberalen

Staat einzuschränken und einzuengen, widersetzen wir uns auf das entschiedenste. Wir werden daher weder einer Verschärfung des Demonstrationsrechts, wie es die CDU und CSU fordern, zu-

## Den freiheitlichen Rechtsstaat festigen und ausbauen

stimmen, noch werden wir das Waffenarsenal der Polizei verstärken. Unsere Polizei ist gut ausgerüstet. Wir brauchen weder eine Neubewaffnung mit Gummigeschossen, noch eine Bewaffnung mit Maschinengewehren und Handgranaten. Eine Übernahme des Musterentwurfs für ein einheitliches Polizeirecht

kommt für uns daher nicht in Frage.

Soziale Konflikte dürfen nicht auf die Polizei abgeladen werden. Wir werden uns weiterhin bemühen, anstehende Konflikte mit politischen Mitteln zu lösen. Nicht zuletzt in der Einstellungspraxis für den öffentlichen Dienst

haben wir gezeigt, wie neue Wege gefunden werden und wie Liberalität ausgefüllt wird.

Angriffe auf die Grundlagen unserer Rechtsordnung sind mit rechtsstaatlichen Mitteln entschlossen abzuwehren. Wir werden auch weiterhin allen Formen des gewalttätigen Extremismus



56 **Manfred Fraider**, 46, Kapitän auf großer Fahrt, Sachgebietsleiter nautische Veröffentlichungen, Interessen: Wirtschaft u. Verkehr, Hafenpolitik, Schulpolitik, Hobbies: Literatur in Hamburg, Hans Leip-Sammlung, Geschichte der Seefahrt. 2000 Hamburg 70, Kielmanns-eggstr. 98, Tel.: 6 56 24 14



57 **Dr. Leonhard Hajen**, 33, Volkswirt, Professor, Interessen: Kommunalpolitik, Wirtschaftspolitik. 2000 Hamburg 19, Rellinger Str. 1, Tel.: 8 50 43 51/41 23 27 79



58 **Peter Kämmerer**, 40, Schiffsladungskontrolleur (Tallymann), Gewerkschaftssekretär, Interessen: Verkehrs-, Wohnungs-, Gesundheits- u. Sozialpolitik, Hobbies: Reisen, Briefmarken. 2000 Hamburg 74 (Horn), Rudolf-Ross-Allee 15 b, Tel.: priv. 6 55 24 91, dsl. 24 87 61 11



59 **Heinz Schnelle**, 46, Feinmechaniker, Gewerkschaftssekretär, Interessen: Hafen und Wirtschaft, Sport, Hobbies: Campingplatz, Radiouren. 2100 Hamburg 90, Ernst-Bergeest-Weg 38d, Tel.: 7 60 32 37



60 **Elke Fank**, 47, Betriebswirtin, Geschäftsführerin, Interessen: Gesundheitspolitik, Politik für Frauen, Soziale Sicherung. 2050 Hamburg 80, Goederlestr. 28, Tel.: 7 38 48 59, 2 71 33 55



entschlossen entgegenzutreten, komme er von rechts oder von links. Gegen eine Verniedlichung des in letzter Zeit bedrohlich aufkommenden gewalttätigen Rechtsextremismus werden wir uns mit aller Schärfe wenden. Einengungen unserer Freiheitsrechte dürfen nicht hingenommen werden.

Wir Sozialdemokraten wenden uns gegen Gewalt und Rechtsbruch als Mittel zur Durchsetzung politischer Ziele. Auch wenn

Mißstände mit Recht angeprangert werden, muß dies gewaltfrei geschehen. Wir wollen den Anfängen von Selbstjustiz wehren, denn sie gefährden den demokratischen Rechtsstaat ebenso wie Leib und Leben der Bürger.

Der Gewaltfreiheit aller Auseinandersetzungen zwischen den Bürgern entspricht das Gewaltmonopol des Staates als unverzichtbares Instrument der inneren Sicherheit. Wir Sozialdemokraten treten kompromißlos für die-

ses Gewaltmonopol des Staates ein. Wir wenden uns deshalb auch gegen private Bürgerwehren. Sie sind der Beginn des Faustrechts.

Wir Sozialdemokraten wissen aber, daß der Staat, der über das Gewaltmonopol verfügt, seine Instrumente behutsam und bürgerfreundlich einsetzen muß. Der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit ist die verfassungsmäßige Ausprägung dieser Einsicht. Unsere sozialdemokratische Innenpolitik nutzt diesen Grundsatz,

um Angebote zu machen und Denkpausen zu ermöglichen, die die Chance bieten, den gesellschaftlichen Konsens zu vergrößern und falsche Solidarisierung zu vermeiden.

Dazu gehört, daß es von Gewalttätern nicht mißbraucht werden darf. Die bestehenden Gesetze reichen dafür aus. Es kommt darauf an, sie in der richtigen Art und Weise anzuwenden. Es kommt nicht darauf an, neue und schärfere Bestimmungen zu schaffen.

Neue Gesetze, vor allem, wenn die Durchsetzbarkeit zweifelhaft ist – wie beim „Vermummungsverbot“ – helfen letztlich auch der Polizei nicht. Wir lehnen auch die Einführung des CS-Gases für Polizeieinsätze bei Demonstrationen ab. Das sind Mittel, die die Auseinandersetzungen mit Gewalt vermehren und verschärfen. Auch staatliches Handeln muß zum Abbau von Gewalt beitragen.

## Schutz von persönlichen Daten

Sozialdemokraten treten seit langem für den Schutz vor unbefugter und unkontrollierter Verwendung persönlicher Daten ein. Wir werden deshalb das von uns vorbereitete und von der Bürgerschaft verabschiedete Datenschutzgesetz konsequent ausfüllen und erforderlichenfalls ver-

bessern, um die Privatsphäre der Bürger zu schützen. Insbesondere die schnelle technische Entwicklung auf dem Gebiet der Datenverarbeitung werden wir sorgfältig daraufhin prüfen, ob sie eine Anpassung und Verbesserung auch des Datenschutzes erforderlich macht.

## Minderheiten schützen

Sozialdemokraten haben sich in ihrer langen Geschichte immer für Minderheiten eingesetzt. Gerade in wirtschaftlich schwierigen Zeiten müssen wir besonders wachsam sein, damit es nicht zu einer verstärkten Diskriminierung von Mitbürgern kommt, die sich durch ihre Nationalität, ihre Religion, ihre Weltanschauung,

ihre sexuelle Orientierung oder ihren Lebensstil von der Mehrheit unterscheiden. Diese Mitbürger haben immer noch in vielen Lebensbereichen unter Diskriminierung zu leiden. Wir Sozialdemokraten werden deshalb weiterhin jeder Diskriminierung entgegen-treten.

## Schnelle Rechtsgewährung für alle Bürger

Dem Bürger nützen seine Rechte wenig, wenn er nicht schnell und ohne unzumutbares Kostenrisiko zu seinem Recht kommt. Denn teure und langwierige Verfahren schrecken viele Mitbürger ab, ihr Recht durchzusetzen. Deshalb werden wir weiter an einer Straffung und Beschleunigung der Gerichtsverfahren arbeiten und eine Bundesrats-Initiative zur Reform

der Prozeßordnung ergreifen. Auch die breitere Verwendung moderner Bürotechniken in der Justiz ist ein wichtiger Beitrag zur Beschleunigung des Rechts. Insbesondere ist es unser Anliegen, die Voraussetzungen für die Beschleunigung der Arbeitsgerichtsverfahren und der Sozialgerichtsverfahren weiter zu verbessern.

# Wir werden weiter konsequent für die Gleichberechtigung von Mann und Frau kämpfen

**Für uns Sozialdemokraten bleibt es ein wichtiges Ziel, die Gleichberechtigung von Mann und Frau zu verwirklichen. Die faktische Entwicklung auf vielen Gebieten bleibt immer noch hinter dem Verfassungsgebot zurück. Bisher erreichte Fortschritte dürfen nicht gefährdet werden.**

Der sozialdemokratische Senat hat sich bemüht, Benachteiligungen abzubauen. Die Errichtung einer Leitstelle Gleichstellung der Frau, die finanzielle Unterstützung von drei selbstverwalteten Frauenhäusern, von Beratungsstellen und einem Familienplanungszentrum genauso wie das steigende Angebot öffentlicher Diskussion über die Rolle der Frau, haben ein Umdenken auf allen Gebieten des gesellschaftlichen Lebens ermöglicht. Diese Politik muß fortgeführt werden.

Unser Gleichberechtigungsprogramm für die 80er Jahre will dazu beitragen, daß Männer und Frauen die gleichen Chancen erhalten für die Ausbildung und Erwerbstätigkeit, für gleiche Möglichkeiten, ihren Lebensunterhalt zu verdienen und für Kindererziehung und Hausarbeit verantwortlich zu sein. Männern und Frauen gleiche Möglichkeiten zu eröffnen heißt nicht, sie in neue oder alte Vorstellungen pressen zu wollen. Wahl- und Entscheidungsfreiheit – allein oder in der Familie – ist jedoch nur dann

möglich, wenn Benachteiligungen aufgrund des Geschlechts aufgehoben werden. Eine konsequente Gleichstellungspolitik soll dieses Ziel erreichen.

Wir werden dazu beitragen

- Frauen und Männern tatsächlich Chancengleichheit für die Planung und Gestaltung ihres Lebens zu bieten. Bei arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen sind Frauen entsprechend ihrem Anteil zu fördern. Öffentliche Aufträge und Subventionen sollten bevorzugt an Unternehmen vergeben werden, die Männer und Frauen gleich behandeln.

Für uns Sozialdemokraten ist die Lohngleichheit von Männern und Frauen eine unverzichtbare Forderung. Darüber hinaus ist besonderen Bedürfnissen von Hausfrauen nach Wiedereingliederung ins Berufsleben verstärkt nachzukommen. Vorrang hat aber nach wie vor die besondere Förderung von Mädchen und Frauen im Bereich der Ausbildung. Der öffentliche Dienst und die öffentlichen Unternehmen sollten hier auch in

den Bereichen, in denen es bisher nicht geschehen ist, eine Vorreiterfunktion übernehmen und Ausbildungsplätze mindestens zu 50% an Mädchen vergeben.

- Frauen und Männern zu ermöglichen, die gemeinsame Verantwortung für Kindererziehung und Familienaufgaben partnerschaftlich zu tragen. Familienergänzende Einrichtungen, die die Betreuungsmaßnahmen für Kinder qualitativ und quantitativ verbessern, werden wir fördern. Die Arbeitsorganisation sollte mehr als bisher an den Bedürfnissen erziehender Eltern orientiert werden, so daß die Belastungen von Arbeitswelt und Familie für Mann und Frau besser vereinbar werden. Hamburg wird überdies Gesetzesinitiativen ergreifen, damit der Mutterschaftsurlaub in einen Elternurlaub umgewandelt wird.

- Frauen und Männer in allen gesellschaftlichen Bereichen und Institutionen gleichstellen, indem durch Gesetze, Programme und Aufklärung ein Bewußtsein für die gesellschaftlich geduldeten Gewalt- und Abhängigkeitsverhältnisse geweckt und solidarische Hilfe für Frauen ermöglicht wird.



61 Frank Dahrendorf, 47, Jurist, Rechtsanwalt, Interessen: Inneres, Justiz, Wirtschaft, Hobbies: Sport (Fußball, Hockey). 2000 Hamburg 76, Marienterrasse 9, Tel. P.: 22 50 97, G.: 37 20 51



62 Hans-Rainer Holst, 38, kfm. Angestellter, Interessen: Wirtschaft u. Finanzen, Hobbies: Leichtathletik, Wandern, Kino. 2000 Hamburg 67, Foßredder 30



63 Jürgen Heinrich, 44, Bauschlosser, Bau-Ingenieur, Interessen: Haushalt, Finanzen, Inneres, Recht, Justiz, Schulpolitik, Hobbies: Musik, haupts. Klassik, Sport-passiv, Campen, Briefmarken. 2000 Hamburg 54, Gräningstieg 3 b, Tel.: 54 12 93



64 Inge Kazamel, 53, Krankenschwester, Geschäftsführerin Industrievertretung, Interessen: Jugend- und Sozialpolitik, Haushaltspolitik, Hobbies: Natur erleben, Musik, Handarbeiten, Familie. 2000 Hamburg, Alsterkrugchaussee 244, Tel.: 5 11 66 11



65 Fritz Duden, 42, Kfz-Mechaniker, Beamter, Interessen: Umwelt, Stadtteilplanung, Verkehrswesen, Hobbies: Eisenbahnbau, Gartenarbeiten. 2000 Hamburg 70, Tycho-Brahe-Weg 33, Tel.: 6 53 78 36

# Von einer sozial verantwortlichen Ausländerpolitik lassen wir uns nicht abbringen

**Zur Zeit leben rund 167.000 Ausländer in Hamburg, d.h., jeder zehnte Hamburger ist ein Ausländer. Als weltoffene Stadt verfolgt Hamburg eine liberale Ausländerpolitik. Wir wenden uns daher mit Nachdruck gegen aufkommende Ausländerfeindlichkeit.**

Auch in wirtschaftlich schwierigen Zeiten bleiben unsere ausländischen Mitbürger in die Solidarität des Gemeinwesens eingeschlossen. Diese Haltung gilt besonders gegenüber den ausländischen Arbeitnehmern und ihren Familien. Sie sind von uns Deutschen als Arbeitskräfte angeworben worden und haben vielfach Arbeit übernommen, die Deutsche nicht mehr leisten möchten.

Es wäre unverantwortlich und unmenschlich, diese ausländischen

Mitbürger und ihre Familien, die sich seit vielen Jahren in unserem Lande aufhalten, abzuschleppen.

Wir Sozialdemokraten stehen weiterhin zu einer Politik, die allen langfristig bei uns lebenden ausländischen Mitbürgern das Angebot macht, sich hier dauerhaft zu integrieren. Wir werden dabei ihren Anspruch auf eine eigene kulturelle Identität berücksichtigen.

Diese Politik kann nur Erfolg haben, wenn die soziale Integra-

tionskraft insbesondere in den am stärksten von Ausländern bewohnten Stadtteilen nicht überfordert wird.

Vordringlich wollen wir deshalb diese Stadtteile durch gezielte Maßnahmen entlasten. Dies soll vor allem durch eine Bereitstellung von angemessenem Wohnraum für Ausländer außerhalb der Stadtteile mit hohem Ausländeranteil geschehen. Den zunehmenden Problemen in diesen Stadtteilen werden wir weiterhin durch gezielte Verbesserungen in den Kindertagesstätten und in den allgemeinbildenden und berufsbildenden Schulen entgegenwirken.

Wir werden uns dafür einsetzen, daß diejenigen Ausländer, die bereits seit mehr als acht Jahren in der Bundesrepublik legal leben,

ein Daueraufenthaltsrecht erhalten, um ihnen die Eingliederung zu erleichtern. Ausländischen Mitbürgern mit langjährigem Aufenthalt in der Bundesrepublik kann ein politisches Mitspracherecht nicht länger vorenthalten werden. Wir Sozialdemokraten streben deshalb an, Ausländern das Wahlrecht zu den Bezirksversammlungen in Hamburg zu geben.

Voraussetzung für die Integrationspolitik ist weiterhin, daß ein erneuter Zuwanderungsdruck vermieden wird. Wir können unsere Grenzen nicht für alle Ausländer, die hier leben wollen, öffnen. Der deshalb seit 1973 bestehende Anwerbestop für ausländische Arbeitnehmer muß im Interesse der Deutschen und der hier lebenden Ausländer bestehen bleiben.

Wir Sozialdemokraten setzen in der Ausländerpolitik auf die Solidarität von Bund und Ländern. Unterschiedliche Regelungen und Methoden können eine Sogwirkung auslösen, die Länder mit liberaler Handhabung benachteiligen. Es darf aber auf keinen Fall dazu kommen, daß sich nach und nach alle Bundesländer dem Land anschließen, das die Ausländerrechte am stärksten beschränkt.

Dem Problem der sich illegal in Hamburg aufhaltenden Ausländer werden wir durch konsequente Anwendung der bestehenden Gesetze entgegenzutreten.

Wir Deutsche sollten aus historischen Gründen stolz darauf sein, daß unser Land von Menschen aus aller Welt als Ort der Zuflucht für politisch Verfolgte angesehen wird. Auch Männer wie Max Brauer und Herbert Weichmann waren Asylanten. Das grundgesetzlich garantierte Asylrecht darf nicht angetastet werden. Aber das Asylverfahren muß – auch im Interesse der Asylbewerber selbst – auf rechtsstaatliche Weise wesentlich beschleunigt werden. Die dazu notwendigen finanziellen Mehraufwendungen werden wir wie bisher bereitstellen. Wird ein Asylbewerber rechtskräftig nicht als politischer Flüchtling anerkannt, muß er die Bundesrepublik verlassen.

Wir sprechen uns dafür aus, die Unterbringung der Asylbewerber soweit erforderlich durch gemeinschaftliche Wohnmöglichkeiten und in menschenwürdigen, nicht zu großen Gemeinschaftsunterkünften sicherzustellen. Sammellager kommen für uns unverändert nicht in Frage.

# Verwaltung ist für den Bürger da

**Wir Sozialdemokraten wollen eine Verwaltung, die dem Bürger hilft und für ihn da ist. Wir sind sicher: Die Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes wissen, daß sie staatliche Dienstleistungen um der Bürger willen erbringen. Und doch ist es kein Geheimnis: Zunehmend empfinden sich viele Bürger als ein passives, verwaltetes Objekt, als wehrlos gegenüber mächtigen Bürokratien. Dieser Entwicklung treten wir Sozialdemokraten entgegen. Die grundgesetzlichen Freiheitsrechte der Menschen dürfen nicht im Vollzug der Verwaltung eingeeignet werden.**

Die kritische Diskussionsbereitschaft der Bürger wächst. Hierauf muß der Staat verstärkt eingehen und eine breitere Palette politischer Beteiligungsformen anbieten. Denn der Bürger steht im

Mittelpunkt allen staatlichen Handelns und kann noch mehr als bisher an Entscheidungen in unserem Gemeinwesen beteiligt werden.

Die bereits laufenden Prüfungen

der SPD-Bürgerschaftsfraktion, ob alle Hamburger die sie betreffenden Akten der Verwaltung einsehen können, soweit nicht der Datenschutz zugunsten anderer Mitbürger oder das Staatswohl die Einsicht unmöglich machen, werden wir zügig und gründlich abschließen.

Auch unsere Umwelt bedarf rechtlich abgesicherten Schutzes. Die Landschaft kann sich nicht wehren. Deshalb haben wir Sozialdemokraten im Hamburgischen Naturschutzgesetz die Verbandsklage für anerkannte Umweltverbände verankert. Jetzt werden wir Erfahrungen mit diesem Instrument sammeln und feststellen, ob es die Hoffnungen erfüllt, die wir in es setzen, oder ob es weiter verbessert werden muß.

In Zeiten knapper öffentlicher Kassen haben die Steuerzahler noch stärker als ohnehin das Recht, eine sparsame Haushaltsführung zu verlangen. Bei der

gründlichen Prüfung der vielen Einzelheiten des Verwaltungsalltags ist die Bürgerschaft überfordert. Wir Sozialdemokraten werden deshalb eine Initiative ergreifen, um die Rechte des Rechnungshofes auszubauen und seine Bindungen an das Parlament weiter zu stärken.

Die Flut von Vorschriften ist unüberschaubar und deshalb in ihren Ausmaßen längst bürgerfeindlich. Wir Sozialdemokraten treten für wirksame Instrumente ein, um eine Erfolgskontrolle des hamburgischen Rechts – Gesetze, Verordnungen, Verwaltungsvorschriften – zu verbessern. Die Befristung der Geltungsdauer von Vorschriften kann ein geeigneter Weg hierzu sein.

● **Vorschriften werden weiter so durchforstet, daß Verwaltungsverfahren vereinfacht und Entscheidungswege verkürzt werden, damit der Bürger die Leistungen der Verwaltung ohne bürokratische Hemmnisse in Anspruch nehmen kann;**

● **durch Behördenwegweiser und verständlichere Formulare wird dem Bürger der Zugang zu seiner Verwaltung erleichtert werden.**

Besonders schwierig ist die Sicherung der Freiheitsrechte der Bürger auf dem Gebiet der Nachrichtendienste, weil sich diese Aufgabe des Staates zwangsläufig nicht öffentlich vollzieht. In Hamburg ist es gelungen, hohe Leistungsfähigkeit des Landesamtes für Verfassungsschutz mit gründlicher Kontrolle und mit politischer Steuerung zu verbinden. Dies ist ein Erfolg des 1978 noch durch die sozialliberale Koalition verabschiedeten Hamburgischen Verfassungsschutzgesetzes. Trotz der damaligen – kürzlich in der Bürgerschaft erneut aufgebrochenen – Anfeindungen durch die CDU-Opposition werden wir unsere Politik auf diesem Felde konsequent fortsetzen.

Hamburgs Verwaltung hat in der Bundesrepublik und darüber hin-



66 **Thea Woost, 50,** Verwaltungsbeamtin, Interessen: Kommunalpolitik (Verkehrsberuhigung, Umwelt, Wohnumfeld), Gleichstellung der Frau in der Partei, Hobbies: Lesen, Schwimmen, Familie. 2000 Hamburg 53, Oderstr. 10 a, Tel.: 8 32 03 47, 2 91 88 22 14



67 **Hubert Piske, 45,** Bankkaufmann, Dipl.-Handelslehrer, Interessen: Bau, Berufsbildung, Hobbies: Malen, Kochen, Katzen. 2000 Hamburg I, An der Alster 33, Tel.: 24 32 19



68 **Günter Apel, 55,** Gewerkschaftssekretär, Senator, Interessen: Bildungspolitik, Jugendpolitik, Bund-Länder-Fragen, Hobbies: Schallplatten (Klassik u. Pop), Foto und Film. 2000 Hamburg 71, Hegholt 79 b, Tel.: 6 41 35 15



69 **Wolfgang Kiéck, 36** Kaufmännischer Angestellter, Interessen: Finanz- und Wirtschaftspolitik, Hobbies: Wassersport. 2000 Hamburg 65, Lambert-Strusweg 19, Telefon: 6 02 92 02



70 **Sonja Pape, 45,** Journalistin, Interessen: Pressearbeit für die AsF, Verwirklichung der Gleichberechtigung der Frau, Hobbies: Musik. 2000 Hamburg, Wildschwanbrook 38 a, Tel.: 6 78 09 59

aus ein gutes Ansehen, das auf der Leistung und dem Einsatz der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes beruht. Der Bericht der „Kommission zur Überprüfung von Verbesserungsmöglichkeiten in der Hamburger Verwaltung“ hat allerdings Hinweise gegeben, wie die Leistungsfähigkeit der Verwaltung noch weiter zu verbessern ist:

- Die auf Fachbehörden und Bezirksämter verteilte Verantwortung soll entflochten werden. Hamburg bleibt Einheitsgemeinde, jedoch werden die Bezirke in entscheidenden Punkten gestärkt. Die Bezirke mit ihren Bezirksversammlungen entscheiden eigenverantwortlich im Rahmen ihrer Zuständigkeiten. Ebenso handeln die zentralen Stellen ohne bezirkliche Mitwirkung in den ihnen zugewiesenen Kompetenzbereichen.

- Die Bezirke erhalten das Etat-Recht im Rahmen globaler Zuweisungen der Bürgerschaft. Sie erhalten ferner das Recht, Bebauungs- und Landschaftspläne aufzustellen und zu beschließen. Bei übergreifenden Belangen behalten Senat und Bürgerschaft entscheidenden Einfluß.

- Zentrale Entscheidungsvorbehalte sind abzubauen.

- Die Zusammenarbeit zwischen den Behörden soll vereinfacht und verbessert werden, um Entscheidungswege zu verkürzen.

- Mehr Selbständigkeit und Ergebnisverantwortung ist zu ermöglichen, damit über die Anliegen der Bürger schnell und in Kenntnis der örtlichen Situation entschieden werden kann.

Die Sozialdemokraten im Senat werden hierzu und zu den übrigen Vorschlägen des Kommissionsberichts ein Maßnahmenkonzept entwickeln und mit Nachdruck verwirklichen.

Inbesondere werden wir die Finanzausstattung der Bezirke verselbständigen, um sie entscheidungsfähiger zu machen, aber auch um ihr Interesse an bezirklichen Maßnahmen zu stärken, durch die Arbeitsplätze geschaffen werden können, auch wenn sie kommunalpolitisch unbequem sein mögen.

# Die hamburgischen Finanzen

**Die finanziellen Handlungsspielräume aller öffentlichen Haushalte sind enger geworden. Auch unsere. Was für die Bundesregierung und die anderen Bundesländer gilt, drückt auch uns: es gab langsames Wirtschaftswachstum und damit entsprechend geringere Einnahmewachse für Hamburg. Unsere finanzielle Beweglichkeit ist eingeschränkt, und das, obwohl wir uns einer stetig wachsenden Menge von Problemen gegenübersehen, die es zu lösen gilt.**

Die Hamburger SPD hat im Senat in der Form der mittelfristigen Finanzplanung hierfür klare finanzielle Vorgaben gesetzt. Auch weiterhin werden wir besonders kritisch zu prüfen haben, wo Abstriche von staatlichen Leistungen – etwa bei Subventionen – zu verantworten sind. Die SPD sieht es als ein Gebot der Ehrlichkeit, dies dem Bürger deutlich zu sagen.

Wir stehen jedoch, auch in den kommenden Jahren, für eine besonnene Kreditpolitik ein. Wir haben erhöht Kredite aufgenommen – und werden dies, wo nötig, weiterhin tun – um Arbeitsplätze zu sichern. Das hohe Niveau der Investitionsausgaben – nicht ihre Kreditfinanzierung – ist das wirkliche Kennzeichen unserer Politik. Denn diese Investitionen dienen unseren Bürgern. Sie sind eine unverzichtbare Voraussetzung für die Leistungsfähigkeit unserer Wirtschaft. Aber sie kostet Geld – mehr Geld, als uns an Steuern nach unseren Zahlungen an den Länderfinanzierungsausgleich (von denen z.B. nicht zu-

letzt unser Nachbarland Schleswig-Holstein erheblich profitiert), verbleibt. Deshalb haben wir unsere Investitionen mit Krediten finanziert – Schulden gemacht.

Wer aber allein von Schulden redet, der verschweigt Werte, die wir in Hamburg geschaffen haben. Die sozialdemokratische Leistungsbilanz der Jahre 1978 bis 1981 kann sich sehen lassen:

## Wohnungswesen

- 17.800 öffentlich geförderte Wohnungen neu gebaut

- 65.000 Wohnungen mit öffentlichen Mitteln modernisiert und instandgesetzt

## Hafen

- fast 350 Millionen D-Mark investiert

## Hochwasserschutz

- 330 Millionen D-Mark investiert, davon mehr als 80 % aus Hamburger Mitteln

## Verkehrswesen

- für Schnellbahnen 553 Millionen D-Mark investiert, die Hälfte aus Hamburger Mitteln

- Im Straßenbau 423 Millionen D-Mark investiert

## Schulbau

- im Schulbau 590 Millionen D-Mark investiert – das sind fast 800 Klassen und Fachräume sowie 46 Sporthallen

## Hochschulen

- für Hochschulen rund 360 Millionen D-Mark investiert; die Hälfte davon aus Hamburger Mitteln. Das brachte eine Erhöhung der Studentenzahl von rund 38.000 in 1978 auf jetzt 48.000.

## Gesundheitswesen

- rund 470 Millionen D-Mark investiert.

Das sind nur einige Beispiele. Aber das sind auch Leistungen, auf die wir Sozialdemokraten – gemeinsam mit den Bürgern dieser Stadt – stolz sind. Die geschaffenen Werte sichern die Zukunft unseres Landes und vergrößern die Chancen der nachwachsenden Generation. Sie sind die überall sichtbaren Ergebnisse unserer sozialdemokratischen Hamburg-Politik.

Wir werden auch in den Arbeitsjahren 1982–1986 nicht von den Zielen abrücken, die der sozialdemokratische Senat sich mit seinem Stabilitätskonzept gesteckt hat. Das bedeutet:

- Zusätzliche Mittel stehen nur in engen Grenzen zur Verfügung. Um so mehr müssen sie gezielt in Prioritätsbereichen eingesetzt werden.

- Zusätzliche Ausgaben können nur dadurch möglich gemacht werden, daß an anderer Stelle eingespart wird (Umschichtungen).

Ausgabenkürzungen ohne Berücksichtigung der Arbeitsmarktfolgen halten wir nicht für verantwortbar. Ein Staat, der sich einspart, macht seine Bürger arm. Denn unser Landeshaushalt hat eine wichtige Steuerfunktion für Wirtschaft und Gesellschaft.

Gewiß haben wir auch manchmal zu unkritisch darauf vertraut, daß Wohlstand, den wir uns aus eigener Kraft schaffen, auch weiterhin von uns allein abhängig bleiben wird – und nicht von fremden Entscheidungen, z.B. der Ölstaaten. Wenn das so ist, dann haben aber alle diesen Fehler gemacht. Wenn wir heute über unsere Verhältnisse leben, dann deshalb, weil die Verhältnisse sich geändert haben. Darauf gilt es einzugehen.

Finanzpolitische Solidität, wie wir sie auch weiterhin betreiben werden, heißt jedoch nicht, daß wir Sozialdemokraten Reformen aufgeben. Weniger Geld bedeutet nicht, weniger gerecht zu sein. Wir Sozialdemokraten betrachten im Gegenteil die veränderten wirtschaftlichen Rahmenbedingungen als eine Herausforderung für eine Politik der sozialen Gerechtigkeit und der demokratischen Mitbestimmung.

**In Hamburgs SPD haben diese Stadt und ihre Bürger auch für die Zukunft einen vertrauenswürdigen Partner. Gerade in Zeiten, in denen der Wind wieder schärfer bläst, stehen wir dafür ein, daß die Kraft der Tüchtigen den Nöten der Schwachen zugute kommt. Hamburgs Bürger und Sozialdemokraten – zusammen waren wir schon immer stark.**



71 Birgit Siegmund, 32, Lehrerin, Interessen: Sozialpolitik, Jugendpolitik. 2000 Hamburg 73, Grönitzweg 14 c, Tel.: 6 47 28 97



72 Hans-Jürgen P. Groth, 30, Jurist, Rechtsanwalt, Interessen: Justiz, Innenpolitik u. Steuern, Hobbies: Bratsche spielen im Streichquartett, Eisenbahnen. 2000 Hamburg 61, Wählingsweg 8, Tel.: 5 50 34 28



73 Helmut Nack, 60, Geschäftsführer, Interessen: Wirtschaft, Sozialpolitik, Hobbies: Wassersport, Sportfischerei. 2050 Hamburg 80, Max-Eichholz-Ring 1, Telefon: 7 38 42 20



74 Uwe Voigt, 36, Meß- und Regelmechaniker, Versicherungskaufmann/kfm. Angestellter, Interessen: Schul-, Kulturpolitik, Ausländerpolitik, Hobbies: Fotografie, Theater (passiv), Kochen. 2000 Hamburg 50, Bei der Johannis-kirche 7, Tel.: 4 39 58 58



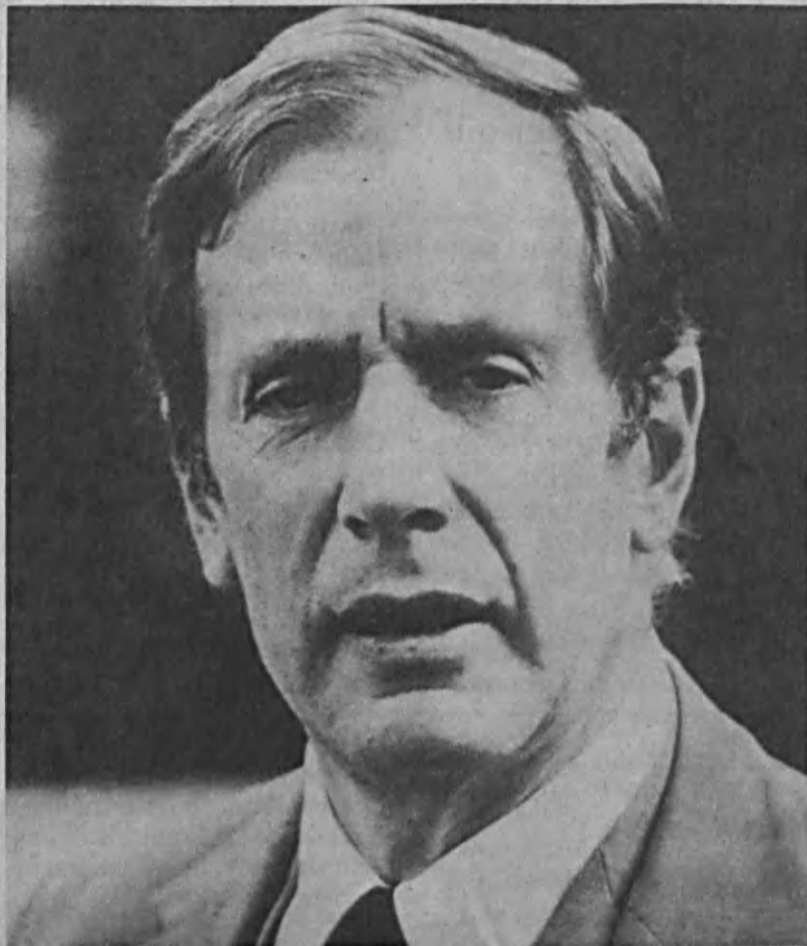
75 Günther Grothe, 53, Angestellter, Interessen: Sozial- und Gesundheitspolitik, Hobbies: Sport. 2000 Hamburg, Von-Hess-Weg 10, Tel.: 3 41 05 22 25

# Bürgermeister Klaus von Dohnanyi: Reformpolitik für Hamburg

## Die Gespräche zwischen SPD und GAL aus meiner Sicht

Die Hamburger Bürgerschaftswahl hat zum ersten Mal in einem Landesparlament eine Lage geschaffen, in der keine der beiden großen Parteien alleine regieren kann, die FDP nicht in der Bürgerschaft vertreten ist und damit die neue Gruppierung der sogenannten „Grünen“ (in Hamburg GAL) eine Schlüsselrolle erlangte.

Manche Politiker und viele Bürger meinten unter dem Schock dieser völlig ungewohnten Lage: Hier helfen nur sofortige Neuwahlen. Dabei wurde eine der Grundregeln unserer Verfassung übersehen: Wahlen sollten in der repräsentativen parlamentarischen Demokratie in möglichst regelmäßigen, größeren Abständen stattfinden; Wahlergebnisse sind zunächst im Parlament zu bewältigen. Erst wenn sich dies als unmöglich erweist, sind Neu-



wahlen der notwendige Schritt. Der Weg zu ständigen Neuwahlen, wie ihn heute die CDU in

Hamburg oder Hessen vertritt, ist der Weg in die plebiszitäre Demokratie. Mit allen ihren Gefahren.

## Gespräche mit der neuen Kraft: Ausloten, was möglich ist

Aus diesem Grunde hat sich die SPD dazu entschlossen, mit den anderen Parteien Gespräche aufzunehmen. Das Gespräch mit der CDU führte nicht sehr weit: denn ohne eine Mehrheit zu haben, beanspruchte die CDU nicht nur die Regierung, sondern schlug auch noch eine Zusammensetzung der Regierung vor (Bürgerserrat), die ohne jeden politischen Realitätsbezug war und von der CDU auch weder in der Sache noch in den Personen konkretisiert werden konnte.

Die SPD begann dann Gespräche

mit der GAL. Diese Gespräche wurden von großer Publizität und zu Unrecht von erheblichem Mißtrauen begleitet. Dabei war es ein völlig normaler Vorgang, daß die SPD die (von mir für den Fall eines Senates ohne parlamentarische Mehrheiten vor der Wahl angekündigten) Gespräche auch mit der GAL führte. Die Gespräche sind nicht als solche, aber in Form und Umgang ungewöhnlich. Eine neue und ungefestigte Bewegung begegnet einer in langer Tradition fest geformten Partei. Klaren Zuständigkeiten und

Funktionen auf der einen Seite stehen erkennbar offene Gruppierungen auf der anderen Seite gegenüber. Erfahrungen mit den realen Möglichkeiten politischer Entscheidungen, insbesondere im Bereich der öffentlichen Finanzen, stehen einer Vielzahl nicht abgestimmter Wünsche gegenüber.

Die bisherigen Gespräche berührten viele Punkte, von denen diese Aufzeichnung nur einen Teil wiedergibt. Die Aufzeichnung macht den Versuch, zu den wichtigsten Gesprächsthemen allgemeine politische Positionen zu beschreiben, die aus meiner Sicht im Gespräch herausgearbeitet wurden. Einzelheiten werden dort zusätzlich hervorgehoben, wo dies den Gesprächsergebnissen entspricht.

Die Aufzeichnung stellt meine persönliche Zusammenfassung dar und beschreibt die aus sozialdemokratischer Sicht vertretbaren Positionen.

## Reformerische Impulse für die 80er Jahre

Als persönliche Bemerkung sei angefügt, daß trotz des Zeitaufwandes der Gespräche und der immer wieder aufkommenden Irritationen die Gespräche als Ganzes zu den interessantesten politischen Erfahrungen meines Lebens gehören. Und zwar trotz erheblicher Meinungsverschiedenheiten, die von Anfang an bestan-

den und in wesentlichen Teilen auch heute noch bestehen.

Die in dieser Zusammenfassung vorgelegten Ziele und Maßnahmen für die Hamburger Politik stellen nach meiner Überzeugung einen beachtlichen Rahmen für die Reformpolitik in den 80er Jahren dar. Diese Politik hat

durch das Ergebnis der Bürgerschaftswahl, aber auch durch die Gespräche neue Akzente gewonnen. Sie ist eine tragfähige Alternative zu dem konservativen Kurs auf Bundesebene. Es kommt nun darauf an, ob in der Hamburger Bürgerschaft eine Mehrheit für diese Reformpolitik besteht.

## Aufgabe Nr. 1 Kampf gegen Arbeitslosigkeit

Arbeit für alle ist die vorrangige Aufgabe der Hamburger Politik.

Die wachsende Arbeitslosigkeit kann durch eine sogenannte „Verbesserung der Rahmenbedingungen für die Unternehmen“ (CDU-Politik) nicht allein erfolgreich bekämpft werden. Denn die Ursachen der Arbeitslosigkeit (Bedarfssättigung, Umweltgrenzen, Einkommensverteilung, demographische Entwicklung, Rationalisierungen, internationale Wettbewerbsverzerrungen) liegen tiefer. Angesichts der weltweiten wirtschaftlichen Unsicher-

heit werden auch indirekte Investitionsförderungen kaum zusätzliche Beschäftigung bewirken.

Der Staat und der Einsatz öffentlicher Finanzen haben daher eine zentrale Rolle bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Die staatlichen Fördermittel müssen dabei direkter für Beschäftigung eingesetzt werden. Hamburg wird weiterhin im Bund auf eine aktive Beschäftigungspolitik drängen. Angesichts der neuen Bundestagsmehrheit wird dies allerdings kaum durchzusetzen sein.

## Mehr Arbeitsplätze: Offensive für mehr Beschäftigung

Darüber hinaus macht die internationale Verflechtung der Volkswirtschaften eine Globalsteuerung schwierig. Um so wichtiger ist es, daß die Städte und Gemeinden ihre begrenzten Möglichkeiten bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit nutzen. Insofern kommt ihnen eine wachsende Bedeutung zu. Denn hier kann durch öffentliche Investitionen, öffentliche Dienstleistungen, kommunale Unternehmen, Arbeitsbeschaffung und verbesserte Arbeitsvermittlung immer noch relativ direkt auf den Arbeitsmarkt eingewirkt werden.

### Einzelpunkte

a) Keine deflationistische Haushaltspolitik; Fortsetzung einer konjunkturpolitisch unabwiesbaren öffentlichen Nachfrage auf Kreditbasis; Unterstützung dieser Politik auf Bundesebene;

b) Steigerung der Investitionen im Haushaltsjahr 1982 um rund 4,5 % mit Nebenhaushalten 17,5 %; verstärkte Schwerpunktbildung der Investitionen in den Aufgaben: Arbeitsplatzsicherung, Wohnungsbau, Umweltschutz, Energieeinsparung, Modernisierung und Umstrukturierung des Hafens. Die Verwirklichung dieser Schwerpunkte stellt insbesondere Anforderungen an die GAL, die notwendigen Bebauungspläne mitzutragen.

c) Prüfung, ob öffentliche Entwicklungsprojekte (z. B.

Wasserversorgung, Fernwärme, Energieeinsparung etc.) so organisiert werden können, daß sich Hamburger Unternehmen an den Entwicklungen beteiligen können und auf diese Weise noch mehr öffentliche Investitionen mit Wirkung für den Hamburger Arbeitsmarkt entstehen. Ein derartiger unmittelbarer Beschäftigungseffekt könnte die Stabilisierung von Arbeitsplätzen in besonders gefährdeten Hamburger Unternehmen bewirken.

d) Angesichts begrenzter unmittelbarer Wirkung öffentlicher Investitionen auf den Beschäftigungsstand in Hamburg, Ausbau von ABM-Maßnahmen von ca. 20 Mio. DM im Jahre 1982 auf ca. 100 Mio. DM im Jahr 1983 (Beschäftigungseffekt mindestens 3000 Personen im Jahreschnitt). Schwerpunkt in den wichtigen sozialen Dienstleistungen der Stadt, sowie in Zusatzaufgaben (nicht Pflichtaufgaben), zum Beispiel im Bereich von Umweltschutzinvestitionen der Wasserversorgung, Erstbesiedlung und außerplanmäßige Instandhaltung öffentlicher Gebäude. Ein ausgearbeitetes Programm wird der Senat in den Haushaltsberatungen beschließen.

e) Kein Sparen von Personalkosten in 1983 durch zusätzliche Stellenstreichungen oder zusätzliche Bewirtschaftung gegenüber 1982. Die öffentliche Hand trägt nicht zur Verschärfung der Arbeitsmarktprobleme bei.

## Der Umweltzerstörung ein Ende setzen

Die Gefahren der Umweltzerstörung wurden in der Vergangenheit unterschätzt. Die SPD hat zwar schon in den 60er Jahren mit einer konsequenten Umweltpolitik begonnen, die in der sozial-liberalen Koalition zu wichtigen konkreten Schritten geführt hat.

Der Hamburger Senat hat während der letzten Jahre eine Wende seiner Umweltpolitik eingeleitet. Die Schaffung der BBNU, die deutliche Steigerung der Umweltinvestitionen, die Maßnahmen zur Begrenzung von Luft- und Wasseremissionen, konkrete Pläne zur Sanierung von Alster und Elbe usw. weisen in die richtige Richtung.

Dennoch nehmen die Gefahren durch Umweltzerstörung, insbesondere durch die chemische Vergiftung von Luft, Wasser und Boden, weiter zu. Die Hamburger Umweltpolitik muß daher beschleunigt und noch entschiedener durchgesetzt werden. Die zunehmende Diskussion über den Umweltschutz, auch durch Bürgerinitiativen, hat hierfür wichtige Anstöße gebracht.

Vorrangiges Ziel ist, die Selbstreinigungsfähigkeit der Elbe wiederherzustellen, die Gewässer als Lebensraum, z. B. für Fische, so zu sanieren, daß diese auch genießbar und vermarktungsfähig sind, sowie zumindest die Güteklasse II zu erreichen.

## Die Elbe muß leben

a) Beschleunigung der Maßnahme zur Sanierung der Elbe durch Umstellung der wasserrechtlichen Erlaubnisse nach dem Wasserhaushaltsgesetz und damit verschärfte Bedingungen für die Einleitung (hierfür soll mit dem Haushalt 1983 zusätzliches Personal eingestellt werden);

unter Berücksichtigung der Verhältnismäßigkeit der Mittel und der beschäftigungspolitischen Konsequenzen kann der Senat

1. den Unternehmern die Mindestanforderungen nach Wasserhaushaltsgesetz auferlegen,

2. den Stand der Technik fordern.

3. die Umstellung der Produktion verlangen oder – als härteste Maßnahme –

4. die Produktion verbieten.

Der Senat wird die Unternehmen bei den ihnen auferlegten Sanierungsmaßnahmen im Einzelfall finanziell unterstützen

Ziel ist eine Null-Emission vor allem für Schwermetalle und chlorierte Kohlenwasserstoffe, wobei erkannt werden muß, daß zwar eine Annäherung an den Null-Wert, aber kein chemisch reiner „Null-Wert“ erreichbar ist, solange keine entsprechende Technologie zur Verfügung steht,

b) Grundsätzlich keine Erlaubnis für neue Einleitungen von Schwermetallen und chlorierten Kohlenwasserstoffen. Eine Ausnahme kann im Einzelfall nur unter beschäftigungspolitischen Erwägungen und bei Einhaltung des jeweiligen Standes der Technik erfolgen.

c) Ausbau der vorhandenen und der geplanten Klärwerkskapazitäten, so daß Qualitätsansprüche nach Wasserhaushaltsgesetz erreicht werden. Anlagen mit Entphosphatisierung; ausrei-

chende Nitrifikationsstufen. Dies bedarf einer entsprechenden Umschichtung in der Mittelfristigen Finanzplanung.

d) Veröffentlichung der Abwasser-Emissions-Erklärungen und Zugang zu den Wasserbüchern für jeden interessierten Bürger; soweit dies derzeit rechtlich nicht möglich ist, wird eine Änderung der entsprechenden Gesetze betrieben.

e) Keine Umgehung von Einleitungsverboten durch Verklappung oder Verbrennung bzw. Luftemission.

f) Reinhaltungsordnung und Bewirtschaftungsplan nach Wasserhaushaltsgesetz.

g) Energisches Vorantreiben der Bemühungen, die DDR und CSSR zu einer Sanierung in ihrem Bereich zu bewegen.

h) Finanzielle Unterstützung der Hamburger Unternehmen durch die Stadt für Umweltschutzmaßnahmen, soweit deren Finanzierung für die Unternehmen wirtschaftlich nicht vertretbar ist.

i) Ausweisung von Hamburg als Belastungsgebiet, wenn das mit dem kooperativen Modell in dem vereinbarten Zeitraum (1983) angestrebte Ziel nicht in ausreichendem Umfang erreicht wird. Veröffentlichung der Liste mit den Verpflichtungserklärungen der Firmen sowie des Emissionskatasters Luft.

j) Veröffentlichung von jeweils letzten Entwicklungen fortgeschrittener Umwelttechnologien; Angebot, darüber einen Erfahrungsaustausch zu veranstalten.

k) Aufstellung einer Liste von Firmen und Institutionen, die mit Schwermetallen und chlorierten Kohlenwasserstoffen umgehen.

## Energie für Hamburg: den Bedarf decken, aber auch sparen

**Ausreichende, sichere, umweltschonende und preisgünstige Energieversorgung ist eine unabdingbare Voraussetzung für Arbeitsplätze und Wohnen in Hamburg. Das Hamburger Energiekonzept ist die Grundlage für die Verwirklichung dieser Ziele.**

**Bisherige Energieprognosen lagen regelmäßig zu hoch. Sie beruhten auf unrealistischen wirtschaftlichen Wachstumserwartungen und auf einem überproportionalen Zuwachs des Energieverbrauchs. Eine überproportionale Zunahme des Energieverbrauchs ist aber weder notwendig noch wünschenswert.**

Die Vorschätzungen des Senats für den Stromverbrauch (April 1982) dienen bis auf weiteres als Planungsgrundlage. Wirtschaftsentwicklung und Energieverbrauch können und müssen in erheblichem Umfang entkoppelt werden. Energiesparen ist hierfür der wichtigste Beitrag. Nutzung von Abwärme, die Verbindung von Stromerzeugung und die Förderung energiesparender Maßnahmen haben daher Vorrang. Für alle Kraftwerke ist der letzte Stand der Technik und niedrigste Umweltbelastung vorzusehen.

Hamburg hat in den 60er und 70er Jahren seine Stromversorgung vorrangig auf Kernenergie ausgerichtet. Heute ist erkennbar, daß mindestens ein Umweltproblem der Kernenergie, die Entsorgung, in der Realität ungelöst ist. Kernenergie erlaubt auch keine preisgünstige Abwärmenutzung.

Der Hamburger Senat hat deswegen seine Politik korrigiert. Bei niedrigeren Bedarfsprognosen für Strom hat jetzt die Wärme-Kraftkoppelung durch dezentrale Heizkraftwerke auf Kohlebasis Vorrang. Die Vorteile dieser Lösung liegen in einer breiteren Streuung der Energieträger (insbesondere keine einseitige Abhängigkeit von Kernenergie, und Verminderung der Ölabhängigkeit des Wärmemarkts); in der besseren Nutzung der Energie (Abwärme zum Heizen); und in der Verringerung der Schadstoffemissionen (Stillelegung von Einzelölf Feuerungen).

Die SPD wird den Ausstieg aus Brokdorf möglich machen. Kernenergie ist aber im übrigen aus der Sicht der SPD gegenwärtig für die Grundlast unentbehrlich. Dieses bedeutet, die KKW Stade, Brunsbüttel und Krümmel sollen genutzt, von Brokdorf will und wird Hamburg durch seine Energiepolitik unabhängig werden.

Durchsetzung und Zeitplan hierfür hängen von der Sicherung der Standorte für die Heizkraftwerke ab. Der Senat wird einen konkreten Umsetzungsplan vorlegen, aus dem hervorgeht, mit welchen zeitlichen, rechtlichen und organisatorischen Voraussetzungen die Sicherung der Standorte der Heizkraftwerke und damit verbunden der Ausstieg aus Brokdorf erfolgen wird.

Die politischen Kräfte, die diese neue Energiepolitik wollen, müssen daher auf Landes- und Bezirksebene die Durchsetzung der

Standorte für die Heizkraftwerke gewährleisten.

Angesichts ungelöster Entsorgungsfragen muß allerdings die Option für den Ausstieg aus der Kernenergie offengehalten bzw. wieder aufgemacht werden. Alternative Energietechniken sind daher verstärkt zu fördern. Hamburg soll in diesem Sinne ein Zentrum moderner Energietechnik werden.

Energieversorgung für den Stadtstaat Hamburg ist eine umfassende öffentliche Aufgabe. Die Versorgungsunternehmen (HEW und HGW) müssen für diese Aufgabe besser koordiniert werden. Es muß sichergestellt werden, daß ihre Unternehmenspolitik die energiepolitischen Ziele der Bürgerschaft und des Senats auch durchsetzt.

Der Hafen ist für den Hamburger Arbeitsmarkt und für den Wohlstand der Stadt lebenswichtig. Deswegen muß der Hafen wettbewerbsfähig bleiben. Für die Wettbewerbsfähigkeit des Hafens ist ein ausreichendes Angebot wassernaher Flächen unverzichtbar. Es gibt bereits heute eine Nachfrage nach bestimmten Größen und Qualitäten wassernaher Flächen im Hafen, die nicht befriedigt werden kann.

Seit 1950 hat sich der Hafen um 1500 ha (incl. Wasserflächen und Verkehrseinrichtungen) vergrößert. Seit 1970 ist der Hafenumschlag um 35 % gestiegen. Die zukünftige Entwicklung ist unüberschaubar und abhängig von einer Vielzahl schwer voraussehbarer Faktoren. Trotz einer Stagnation 1982 ist langfristig für die Planung von einer Steigerung des Hafenumschlages auszugehen. Aber selbst wenn das Umschlagsvolumen gar nicht oder nur gering zunehmen sollte, wächst der Flächenbedarf überproportional unter der erwarteten Voraussetzung, daß der Grad der Containerisierung weiter zunimmt.

Hafenerweiterung ist immer auch Umwandlung von Natur in Wirtschaftsflächen, von Wohnsiedlungen in Arbeitsplätze. Die Erhaltung der Natur und naturnaher Wohnsiedlung wird aber für Hamburg immer bedeutsamer. Insofern setzt jede weitere Hafenerweiterung eine verantwortungsvolle Nutzung vorhandener Hafensflächen und begründete Bedarfsprognosen voraus.

Aus der Sicht der SPD kann, wie in der Vergangenheit, weiterer zukünftiger Flächenbedarf nur durch eine langfristige Vorsorge sichergestellt werden.

Langfristige Bedarfsprognosen sind aber immer nur mit begrenzter Sicherheit möglich. Die Unsicherheit der Prognosen wird berücksichtigt, indem das Hafentwicklungsgesetz festlegt, daß die Bedarfsprognosen vor dem Hintergrund neuer Erkenntnisse laufend fortgeschrieben werden müssen.

Angesichts der Langfristigkeit und der Prognoseunsicherheit muß die Vorsorge planerisch an den oberen Grenzen des Bedarfs ausgerichtet werden, da die Wettbewerbsfähigkeit des Hafens nicht durch Flächenmangel bei konkreten Ansiedlungs- und Erweiterungsvorhaben beeinträchtigt werden darf.

Diese langfristige Vorsorge einerseits muß mit den Interessen an der Erhaltung natürlicher Landschaft und naturnaher Wohnsiedlung andererseits soweit wie möglich in Einklang gebracht werden. Dem dient das Hafentwicklungsgesetz.

Die SPD weiß, daß aus der Sicht der GAL das Hafentwicklungsgesetz Verfassungsprobleme aufwirft. Der Senat ist auf Grund sorgfältiger Prüfung anderer Auffassung. Die SPD erkennt angesichts unsicherer Bedarfserwartungen den Konflikt mit den Interessen der Bewohner des Hafenerweiterungsgebietes.

Sie hält jedoch aus Vorsorgegründen eine Rücknahme des Hafentwicklungsgesetzes nicht für vertretbar. Sie hat aber statt dessen Verfahren vorgeschlagen, die aus der Sicht der SPD die Vorsorge sichern, aber doch zugleich verhindern würden, daß Gebiete unbegründet in Anspruch genommen, Bewohner in ihren Interessen beeinträchtigt und Umweltgesichtspunkte vernachlässigt würden.

Dies scheint unter folgenden Voraussetzungen möglich:

a) Die Feststellung des zukünftigen Bedarfs setzt die intensive Nutzung vorhandener Hafensflächen durch Modernisierung und Umstrukturierung vorhandener Anlagen voraus. Hafensflächen werden nur Unternehmen zur Verfügung gestellt, für die der Standort Hafen unverzichtbar ist. Freie Flächen im genutzten Hafen werden so wirksam erfaßt und eingesetzt, daß Hafenerweiterung jeweils nur in den wirklich erforderlichen Schritten erfolgt. Bestehende Hafensflächen sollen so intensiv wie wirtschaftlich möglich genutzt werden; das flächensparende Stapeln von Containern wird von den Hafenbetriebern heute schon bis an die Grenzen betrieblicher und wirtschaftlicher Möglichkeiten ausgeschöpft.

b) Hamburg wird verstärkte Anstrengungen für eine Zusammenarbeit der Häfen in der Bundesrepublik und in Europa zur Vermeidung von Fehlinvestitio-

nen unternehmen. Allerdings dürfen an diese Bemühungen keine allzu große Erwartungen geknüpft werden.

c) Die langfristige Flächenvorsorge wird so gehandhabt, daß die Vorbereitung des Geländes für Hafenzwecke jeweils erst dann erfolgt, wenn dies zur Verwirklichung der nächsten Stufe der Hafenerweiterung erforderlich ist. Dabei wird der Erwerb von Erweiterungsflächen mit Maßnahmen verbunden, die der Bevölkerung auf eigenen Wunsch ein befristetes Verbleiben im zukünftigen Erweiterungsgebiet ermöglichen. Die hierfür erforderlichen Pacht- und Mietverträge müssen rechtlich sicherstellen, daß sich im Falle der konkreten Inanspruchnahme unkalkulierbare Verzögerungen nicht ergeben.

Ebenfalls ist die Infrastruktur in den betroffenen Räumen, solange dies vertretbar ist, zu erhalten. Zusätzliche Investitionen und Veränderungen trotz bestehender Veränderungssperren sollen zugelassen werden, wenn sichergestellt ist, daß hierdurch keine unvermeidbaren zusätzlichen Entschädigungsansprüche entstehen. Für die Bürger in den Hafenerweiterungsgebieten sind Investitions- und Veränderungsentscheidungen auf Grund der Fristen, die für die Planverfahren im einzelnen gesetzlich vorgeschrieben sind, rechtzeitig und langfristig kalkulierbar zu machen. Dies gilt auch für Abschreibungen derartiger Investitionen.

d) Bei Entschädigungen wird weiterhin für vollen Wertausgleich Sorge getragen.

e) Im Rahmen dieser Gesichtspunkte gelten folgende Schritte und Fristen:

1) Altenwerder wird ohne Verzögerung als erste Stufe für die Hafenerweiterung hergerichtet. Es ist mit einer Inanspruchnahme dieses Gebietes Ende der 80er Jahre zu rechnen. Der Senat wird der Bürgerschaft vor Einleitung des Planfeststellungsverfahrens die maßgeblichen Bedarfsprognosen vorlegen.

2) Für Moorburg östlich der Autobahn werden alle planerischen Schritte unternommen, damit Moorburg-Mitte ab Mitte der

90er Jahre als zweite Stufe der Hafenerweiterung für Hafenzwecke in Anspruch genommen werden kann. Das Planfeststellungsverfahren für diesen Bereich würde nach den heutigen Erkenntnissen nicht vor der zweiten Hälfte der 80er Jahre eingeleitet werden müssen. In diesem Verfahren muß nach dem Gesetz ein entsprechender Bedarf nachgewiesen werden. Die Freie und Hansestadt Hamburg wird weiterhin ihr angebotenes Gelände ankaufen. Im übrigen gelten die oben unter c) genannten Verfahren.

3) Die Fläche westlich der Autobahn wird auch auf Grund heutiger Bedarfszahlen als dritte Stufe in diesem Jahrhundert sicherlich nicht in Anspruch genommen. Ob dann ein Bedarf für diese Flächen besteht, wird sich herausstellen. Im Rahmen der oben genannten Grundsätze der Handhabung des Hafentwicklungsgesetzes können deshalb bis dahin die bestehende Bebauung sowie Versorgungseinrichtungen erhalten bleiben. Wie vom Senat und Bürgerschaft beschlossen, werden Ankaufverhandlungen nur auf Wunsch der Betroffenen geführt.

f) In allen Bereichen erfolgt eine intensive und frühzeitige Information und Anhörung der Bevölkerung.

g) Umweltfragen haben ein großes Gewicht bei jeder Hafenerweiterung. Schutz der Elbstrände und Sanierung der Elbgewässer haben eine noch größere Priorität als bisher. Durch Gewässerschutz und konsequente Begrünung auch von gewerblichen Zonen muß versucht werden, entsprechende Gegengewichte zu setzen. Umfassende Vorstellungen für die ökologische Entwicklung des Süderelberaumes werden vor dem Hintergrund des umweltpolitischen Konzepts des Senats zu entwickeln sein. Im Rahmen der weiteren einzelnen Planungsschritte für die mögliche Inanspruchnahme weiterer Flächen westlich der Autobahn würde im Bedarfsfalle – wie auch bereits in die Vorschriften des Hafentwicklungsgesetzes eingegangen – eine Umweltverträglichkeitsprüfung durchgeführt.

instand zu halten. Demjenigen, der Wohnungen unbegründet leerstehen oder verfallen läßt, begegnet die SPD mit allen rechtlichen Mitteln. Die genossenschaftliche Instandsetzung von Wohnraum durch entsprechende Verträge mit angemessenen Kosten soll ermöglicht werden.

Die Entscheidung über den Abriß von Häusern und die Verwendung von leerstehenden Häusern im städtischen Eigentum wird in den bezirklichen Gremien getrof-

fen; dafür legt die Verwaltung die erforderlichen Unterlagen bzw. Untersuchungen vor.

Die finanziellen Belastungen des Hamburger Haushalts durch den sozialen Wohnungsbau (insbesondere Verlustausgleichszahlungen an die Wohnungsbau-Kreditanstalt) betragen 1982 etwa 183 Mio. DM. Angesichts der zunehmenden Differenzen zwischen kalkulatorischer Kostenmiete (Förderungsjahrgang 1982: 26 DM pro qm) und den festgesetz-

ten Anfangsmieten (Förderungsjahrgang 1982: 6,80 DM pro qm, Förderungsjahrgang 1983: 7,30 DM) sind aus Sicht der SPD sowohl eine Durchforstung der Baukosten als auch eine zumutbare Erhöhung der Sozialmieten unausweichlich. Verzerrungen der Mieten sind auszugleichen. Aus diesem Grunde muß auch eine angemessene Fehlförderungsabgabe erhoben werden, die auf die Besonderheiten der Großstadt Hamburg in sinnvoller Weise Rücksicht nimmt.

## Bildungspolitik: Reformansätze nicht fallen lassen

**Die Bildungspolitik der vergangenen Jahre war strukturell auf mehr Chancengleichheit ausgerichtet. Diese Politik muß fortgesetzt werden. Hierzu gehört der weitere Ausbau der Gesamtschulen ebenso wie die sinnvolle Integration der behinderten und lerngestörten Kinder.**

**Der Schwerpunkt Berufsbildung muß zukünftig weiter verstärkt werden. Der Rückgang des Bedarfs an Arbeitskräften führt auch zu einem Rückgang an Ausbildungsplätzen – und dies in einer Zeit, in der besonders starke Jahrgänge die Schulen verlassen. Jeder Jugendliche hat das Recht auf eine angemessene, qualifizierte Ausbildung, unabhängig von der konjunkturellen Lage. Für eine ausreichende Zahl von Ausbildungsplätzen haben vor allem die Wirtschaft, aber auch der Staat zu sorgen.**

Ausländerkinder müssen insbesondere bei der Erlernung der deutschen Sprache noch stärker gefördert. Klassen mit hohem Ausländeranteil durch zusätzliche Lehrer unterstützt werden.

**Einzelpunkte:**

a) Der Schwerpunkt Berufsbildung wird im Haushalt deutlicher akzentuiert.

b) Die von der GAL geforderte schrittweise Auflösung von JOA-Klassen\* erfolgt, wenn möglich, bis 1985; 1983 soll die Zahl der JOA-Klassen etwa um die Hälfte reduziert werden.

c) Das Senatsprogramm, für jeden im September beim Arbeitsamt gemeldeten jugendlichen Hamburger, der einen Ausbildungsplatz sucht, einen Ausbildungsplatz zur Verfügung zu stellen, wird erfüllt. Hierzu gehören u. a. auch 400 Ausbildungsplätze in außerbetrieblichen Ausbildungsstätten.

\* Klassen für Jugendliche ohne Ausbildungsvertrag

d) Die öffentlichen Betriebe übernehmen eine wesentlich höhere Quote an Auszubildenden; in diesem Rahmen wird für 1983/84 und danach dafür Sorge getragen, daß die Auflösung von JOA-Klassen zu Gunsten von überbetrieblichen Werkstatteinrichtungen möglich wird.

e) In geeigneten Fächern werden auch Berufsfachschulen verstärkt eingesetzt; allerdings muß für die praktische Ausbildung die Nähe zu betrieblicher Erfahrung und zum letzten Stand der betrieblichen Arbeitsplatzentwicklung gewahrt bleiben (duales System).

f) Die Anteile von Mädchen in der Ausbildung für sogenannte „Männerberufe“ sollen weiterhin steigen.

g) Die Einführung einer Ausbildungspflicht für alle Hamburger Jugendlichen unter 18 wird auf die Verwirklichungsmöglichkeiten geprüft.

h) Die SPD hält es angesichts drängenden Ausbildungsmangels (auch an den Hochschulen) und der Ausländerprobleme für dringend geboten, neue Prioritäten im Stellenplan des Bildungsbezirks zu setzen und entsprechend umzuschichten. Die Einzelheiten wird der Senat in seinen Haushaltsberatungen entscheiden.

i) Fortführung Integrationsmodell behinderte Kinder.

j) Das „Sonderprogramm für zusätzliche Studienplätze“ wird fortgeführt mit ca. 500 Studienplätzen pro Jahr bis zum Jahr 1985, so daß eine Gesamtzahl von 54 000 Studenten (auf der Grundlage Überlastquote) zugelassen werden kann.

k) Die Forschungsbereiche Umweltschutz und Umweltgestaltung sowie Arbeitsplatzschutz und Arbeitsplatzgestaltung werden besser gefördert. Die TU-Harburg wird zur Ansiedlung technischer Kompetenzen in der norddeutschen Region ausgebaut.

Die tiefgreifende wirtschaftliche Krise und ein auch langfristig verlangsamtes Wirtschaftswachstum schaffen erhebliche Belastungen für die Arbeitnehmer und verschärfen die Probleme für sozial benachteiligte Gruppen in der Bevölkerung.

Die kommenden Jahre werden daher die Verteilungsfrage wieder deutlicher stellen. Eine Politik, die Einkommensabstände wieder vergrößern will (CDU/Lambsdorff: tiefe Einschnitte in das soziale Netz, Verschönerung der Bezieher hoher Einkommen mit den Schlagworten „Leistung muß sich wieder lohnen“ und „mehr Freiheit für die Wirtschaft“), verschärft die Entsolidarisierung der Gesellschaft und ist arbeitnehmerfeindlich.

Die Verteilungsfragen der kommenden Jahre dürfen nicht zu Lasten der Arbeitnehmer und auch nicht zu Lasten der Schwachen beantwortet werden. Auch Sozialgesetze sind zwar unter veränderten wirtschaftlichen Bedingungen auf ihre Zweckmäßigkeit zu überprüfen; aber ein Abbau sozialer Leistungen bei denjenigen, die bedürftig sind, kommt nicht in Frage.

Angesichts der veränderten Mehrheitsverhältnisse im Deutschen Bundestag wird der Hamburger Senat im Bundesrat bei der Verhinderung des Abbaus sozialer Leistungen eine wichtige Rolle zu spielen haben.

## Mehr preiswerten Wohnraum

**Hamburg hat während der vergangenen Jahrzehnte den sozialen Wohnungsbau mit großem Erfolg gefördert; im Vergleich der Großstädte steht Hamburg im sozialen Wohnungsbau an der Spitze.**

Dennoch besteht heute noch ein erheblicher Bedarf an preiswertem Wohnraum. Dies geht unter anderem auch auf den Wohnbedarf junger Leute zurück. In der Wohnungspolitik hat der soziale Wohnungsbau auch in Zukunft eindeutigen Vorrang.

Die Verwirklichung des Wohnungsbauprogramms, für die der Senat jetzt für 1983 das hochgesteckte Ziel von 6000 Wohnungen beschlossen hat, hängt von der

rechtzeitigen Verabschiedung der jeweiligen Bebauungspläne ab. Hier muß gerade auch die GAL ihren politischen Beitrag auf Bezirks- und Bürgerschaftsebene leisten.

Wohnung ist Heimat. 80% der Hamburger wohnen in Mietwohnungen. Deswegen ist konsequenter Mieterschutz notwendig. Der Hamburger Senat wird sich Bestrebungen zur Lockerung des Mieterschutzes auf Bundesebene widersetzen.

Altbauwohnungen sind aus städtebaulichen Gründen, soweit dies möglich ist, zu erhalten. Die Eigentümer sind im Rahmen des Wohnraumpfleugesetzes anzuhaltend, Wohnraum angemessen

# Kein Sparprogramm bei der Sozialhilfe

## Einzelpunkte

a) Die Ausgaben im Einzelplan 4 für die Bereiche „Arbeit, Jugend und Soziales“ betragen schon 1981 1,5 Milliarden Mark. Für 1982 werden 189 Millionen Mark höhere Ausgaben erwartet; das entspricht einer Ausweitung des Sozialtats in Hamburg um 12,5%. Für 1983 werden weitere rd. 142 Millionen Mark in den Haushaltsplan eingestellt, so daß der Sozialetat erneut überdurchschnittlich ansteigt, und zwar um 8,4%.

b) Es wird keine Zustimmung Hamburgs zu weiteren Leistungseinschnitten des Bundes in der Sozialhilfe geben. Kurskorrekturen werden nur dort mitgetragen, wo eindeutig mißbräuchliche Ausnutzung des sozialen Leistungssystems abgeschnitten wird.

Hamburg wird allerdings im Grundsatz bei allen Sozialleistungen bestrebt sein, sie einkommensabhängig zu gestalten, damit nur derjenige Hilfe aus dem öffentlichen Haushalt erhält, der sie wirklich braucht. Es wird auch kein „hamburgisches Sparprogramm“ in der Sozialhilfe geben. Allerdings wird nicht möglich sein, Leistungskürzungen der Bundesgesetze durch zusätzliche freiwillige Leistungen Hamburgs auszugleichen: dafür fehlt nicht nur das Geld, sondern die Gesetze schließen einen solchen Weg aus. Hamburg wird sich für eine rechtzeitige und bedarfsorientierte Anhebung des Eckregelsatzes in der Hilfe zum Lebensunterhalt einsetzen.

c) Die Personalanpassung an gestiegene Fallzahlen in den Sozialämtern erfolgt.

d) Ausbau des ortsnahe Angebots von Altenheimen. Modernisierung bestehender Alten- und Pflegeheime mit dem Ziel der Auflockerung. Fortsetzung der Verbesserung der Personalausstattung, um eine aktivierende Pflege zu gewährleisten und den individuellen Bedürfnissen der Bewohner besser gerecht zu werden.

e) Schrittweise Vermehrung der Sozialstationen.

f) Weitere Bemühungen, auch behinderte Menschen durch Reduzierung von Großeinrichtungen (Alsterdorfer Anstalten) und Förderung von kleineren, über das Stadtgebiet verstreuten Wohneinheiten (Wohnheime, Wohngruppen) regionalisiert zu versorgen und stärker zu integrieren. Vorrangige Versorgung Behinderteter mit behindertengerecht ausgestatteten Wohnungen.

g) Der Ersatz baufälliger und der Bau zusätzlicher Kindertagesheime mit dem Ziel einer ausreichenden Zahl von Plätzen für den Hamburger Bedarf wird wesentlich größeres Gewicht bekommen. Für alle im Kindertagesheimbedarfsplan genannten Objekte sind Planungsaufträge erteilt; ihre Finanzierung wird in der neuen Mittelfristigen Finanzplanung abgesichert.

h) Aus SPD-Sicht ist aus finanziellen Gründen nur schritt-

weise eine Vermehrung der Zahl der Erzieherstellen pro Gruppe möglich; diese erfolgt zunächst für Gruppen mit hohem Anteil an Ausländerkindern.

i) Die Elternbeiträge für die Betreuung der Kinder im Kindergarten sollen sozial gerecht festgesetzt werden, und zwar so, daß dieses System für jedermann durchschaubar ist.

j) Mütter, die wegen Arbeitslosigkeit die Kinder aus dem Kindergarten nehmen und selbst betreuen, erhalten für das Arbeitsamt künftig eine Bescheinigung darüber, daß im Falle einer erneuten Arbeitsaufnahme sie sofort wieder einen Kindergartenplatz erhalten.

k) Zum Schutze mißhandelter Kinder und solcher in Konfliktsituationen wird ein „Kinder- und Jugendnotdienst“ für Krisenhilfen auch an Wochenenden und Feiertagen eingesetzt; für die vorübergehende Aufnahme von Kindern und Jugendlichen außerhalb von Heimerziehung wird ein leistungsstarkes „Kinderschutzzentrum“ entwickelt.

l) Die Mittel für Jugendeinrichtungen – auch freier Träger – werden auch zukünftig steigen.

m) Zusätzliche hauptamtliche Kräfte in der Jugendarbeit werden in Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen vorgesehen und finanziell gefördert.

n) Weitere Jugendzentren sind beabsichtigt. Verwirklichung aus SPD-Sicht nur schrittweise möglich.

# Gleichstellung der Frauen

Die Gleichberechtigung der Frau ist heute weder in der Gesellschaft, Familie noch Arbeitswelt wirklich erreicht. Die Gleichberechtigung kann in der Wirklichkeit des täglichen Lebens durch staatliches Handeln nur begrenzt vorangetrieben werden.

Aber es ist die Aufgabe der Politik, die Regelungen zu treffen und die Maßnahmen zu ergreifen, mit denen die Gleichberechtigung der Frau in unserer Gesellschaft gefördert werden kann.

Die Leitstelle Gleichstellung der Frau erfüllt die wichtige Aufgabe, Gesetze und Programme des Senats im Sinne der Gleichstellung der Frau voranzubringen. Sie wirkt ferner in der täglichen politischen Arbeit auf die Möglich-

keiten und Folgen einzelner Entscheidungen für die Gleichberechtigung und Gleichstellung der Frauen in der Hamburger Verwaltung ein. Es erscheint zweckmäßig, die Kompetenz der Leitstelle zu erweitern bzw. Einflußmöglichkeiten auf Entscheidungen des Senats zu verbessern. Auch die finanzielle Förderung von Vorhaben, die Frauen betreffen, auch die Förderung der autonomen Frauenprojekte, muß verstärkt werden. Möglichkeiten für die Verwendung von ABM-Mitteln für Frauenprojekte werden gesehen, genauso wie das Ausweisen der Frauenprojekte in den Einzeletats der Fachbehörden. Einzelheiten müssen im Rahmen der Haushaltsberatungen entschieden werden.

## Offen sein für demokratischen Wandel

**Die Industriegesellschaften machen einen tiefgreifenden Wandel durch, der erhebliche Spannungen mit sich bringen wird. Die Demokratie gibt für diesen Wandel besondere Chancen, sie ist aber auch besonderen Gefahren ausgesetzt.**

**Die Chance der Demokratie liegt in ihrer Fähigkeit, Wandel gewaltlos durch Reform zu vollziehen. Die Gefahren für die Demokratie bestehen – besonders in Deutschland – immer wieder darin, daß ein Wandel der überbrachten Ordnung als gefährliche Unordnung begriffen wird; daß Symptome der Veränderung wie Unruhe und politische Auseinandersetzung als die Ursachen der Veränderung selbst mißverstanden werden.**

Offenheit für den demokratischen Wandel ist die Voraussetzung für die Chance der Reform. Deswegen bleibt Liberalität eine entscheidende Voraussetzung der demokratischen Stabilität des Landes. Die Hamburger SPD unterstreicht, daß sie im Rahmen von Grundgesetz, Beamtenrecht und höchstrichterlicher Rechtsprechung den möglichen Rahmen einer liberalen Handhabung der sogenannten Extremistenfrage auch zukünftig ausschöpfen will. Schnüffelei wäre unserer demokratischen Stabilität abträglich.

Die SPD wird das 1979 beschlossene Verfahren weiterführen, Regelungen für den Justizbereich schaffen und in Fällen, in denen ein unbegründeter Verdacht zu persönlichen Benachteiligungen geführt hat, diese wieder ausgleichen.

Sozialer Wandel ist ohne soziale Bewegung nicht denkbar. Soziale Bewegungen haben immer Demonstrationen oder Streiks eingesetzt. Der Einsatz von Demonstrationen zur Durchführung poli-

tischer Ziele ist legitim. Allerdings müssen Demonstrationen sich auch an die rechtlichen Voraussetzungen und Schranken halten. Die Hamburger SPD wird das Demonstrationsrecht nicht verschärfen und ihre liberale Haltung auch auf diesem Felde aufrechterhalten. Mittel und Maßnahmen dürfen nicht auf den denkbar schlimmsten Fall fixiert sein. Sie laufen sonst Gefahr, ihn herbeizuführen.

Liberalität auf der einen Seite setzt die Einhaltung von Recht und Gesetz auf der anderen Seite voraus. Und zwar gerade in Zeiten sozialen Wandels. Daher ist für die SPD das Gewaltmonopol des Staates unverzichtbar; werden Hausbesetzungen nicht geduldet; müssen eine effektive Polizei und eine unabhängige Justiz bestehen, die das Recht durchsetzen können.

Wahrung und Ausbau der inneren Sicherheit haben hohen Rang. Die Polizei wird in Zukunft gut und zweckmäßig ausgerüstet werden. CS-Gas und Hartgummigeschosse sind dafür nicht nötig.

Gesetze werden im Parlament gemacht. Das Parlament ist Anker der Demokratie. Deswegen ist

- die Achtung vor den dem Staat vorgegebenen Menschenrechten,
- die Souveränität des Volkes, von dem alle Staatsgewalt ausgeht, die Gewaltenteilung,
- die Gesetzmäßigkeit der Verwaltung,
- die Unabhängigkeit der Gerichte,
- das Mehrparteien-Prinzip und die Chancengleichheit der Parteien,
- das Recht auf verfassungsmäßige Bildung und Ausübung einer Opposition

für die SPD ein lebenswichtiger Faktor unserer politischen Kultur.

# Gesundheitsversorgung dezentral und familiennah

**Hamburg verfügt über eine große Vielfalt von Einrichtungen der Gesundheitsversorgung. Sie dienen einerseits einer wohnortnahen Versorgung der Bevölkerung und ermöglichen andererseits ein hohes Maß an Spezialisierung im Rahmen der Metropolfunktion Hamburgs.**

Präventive Medizin muß zukünftig eine wachsende Bedeutung im Rahmen der Hamburger Gesundheitspolitik gewinnen. Die Bereitschaft des Bürgers zur Gesundheitsvorsorge ist zu stärken. Die Möglichkeiten einer wohnungsnahen Gesundheitsversorgung (z. B. Sozialstationen) und

einer familiennahen Behandlung (z. B. in der Psychiatrie) und der Selbsthilfe sind zu stärken. Die weitere Verbesserung der Versorgung psychisch Kranker bleibt für Sozialdemokraten vorrangige Aufgabe.

Auf der anderen Seite müssen aus sozialdemokratischer Sicht die Einrichtungen auch kostengünstig geführt werden können, da die Finanzierung der Einrichtungen (Krankenhäuser) über Pflegesätze erfolgt, die wiederum von den Bürgern auf dem Wege der Krankenversicherungsbeiträge bezahlt werden. Daher ist eine weitere Anpassung des Bettenbestandes an den sinkenden Bedarf erforderlich.

Die Ziele dezentraler Gesundheitsversorgung einerseits und kostengünstiger Betriebsführung andererseits können in Konflikt geraten. Hier bedarf es dann aus sozialdemokratischer Sicht abgewogener Entscheidungen, die am Interesse der Patienten ausgerichtet sein müssen und gleichermaßen den Kostengesichtspunkt nicht außer acht lassen.

Das Krankenhausfinanzierungsgesetz ist zu beachten. Eine Finanzierung der Kosten von Krankenhäusern aus dem Haushalt der Stadt (anstatt über Pflegesätze) ist zu vermeiden.

# Beschäftigungs-sichernde Finanzpolitik

**Niedrige Wachstumsraten, Arbeitslosigkeit und im Gefolge zunehmende Ausgaben im Sozialbereich sowie überproportional steigende Dienstleistungskosten haben die öffentlichen Haushalte aller Industriestaaten in zum Teil erhebliche Defizite gebracht. Da auch künftig nicht mit einer Rückkehr zu den Wachstumsraten der 60er und frühen 70er Jahre zu rechnen ist und strukturelle Defizite auf längere Sicht zu einer hohen Belastung zukünftiger Haushalte (Zinsen und Tilgungen) sowie zu unerwünschter Umverteilung (Zinserträge) führen, müssen die öffentlichen Ausgaben mittelfristig den veränderten Erwartungen angepaßt werden.**

Diese Anpassung der laufenden Ausgaben des Betriebshaushaltes muß sowohl den Personalbereich (rund 45%) als auch die Sach- und Fachkosten (rund 30%) umfassen. Kein Sparen von Personalkosten in 1983 durch zusätzliche

Stellenstreichungen oder zusätzliche Bewirtschaftung gegenüber 1982.

Die SPD bleibt bemüht, durch ein hohes Investitionsvolumen der öffentlichen Hand Arbeitsplätze zu sichern bzw. neue zu schaffen. Es muß aber auch bei allen Investitionen (etwa 15% des Gesamthaushaltes) sorgfältig geprüft werden, ob sie den politischen Zielen dienen und in ihren Kostenvolumen erforderlich sind. Die haushaltstechnische Unterscheidung von laufenden Ausgaben und Investitionen darf nicht zu einem undifferenzierten Vorrang für öffentliche Investitionen führen.

Der Senat hat 1981 ein Stabilitätskonzept entwickelt, das mittelfristig das Defizit im Betriebshaushalt beseitigen soll. Investitionen müssen auch weiterhin ausschließlich über Kredite finanziert werden, obwohl auch dieses Verfahren zu erheblichen Zukunftsbelastungen führt.

Das Stabilitätskonzept geht davon aus, daß alle Leistungen der

Stadt unter Berücksichtigung sozialer Arbeitsbedingungen so kostengünstig wie möglich erbracht werden sollten: nicht, um das so eingesparte Geld auf die hohe Kante zu legen, sondern um bei schrittweiser Reduzierung des Defizits im Betriebshaushalt die erforderlichen Dienstleistungen weiterhin erbringen zu können. Kostengünstige Leistungen der Stadt, z. B. im öffentlichen Nahverkehr oder in den Krankenhäusern, entlasten im übrigen auch die Gebührenlast bzw. Beitragspflicht der Bürger.

Bei der Durchführung von Sparmaßnahmen sind in erster Linie solche Ausgaben zu reduzieren, die nicht Leistungen an die Bürger selbst betreffen, d. h. vorrangig Verwaltungsausgaben. Im übrigen ist der Versuch zu machen, die Substanz der Leistungen zu erhalten, auch dann, wenn Standard oder Ausstattungen der Leistungen unter der Notwendigkeit des Sparens evtl. zurückgeführt werden.

Sparen in der Haushaltspolitik setzt also klare Prioritäten voraus. Um diese Prioritäten muß immer wieder politisch gerungen werden. Prioritäten werden aber nicht gesetzt, indem undifferenziert die Rücknahme von Sparbeschlüssen gefordert wird, denn die Sparmaßnahmen haben das Ziel (Einzelkorrekturen sind ja durchaus möglich und sicher auch in Einzelfällen begründet), möglichst umfassende und kostengünstige Leistungen für die Bürger trotz knapper Finanzmittel zu erhalten.

gleichbaren Großstädten anzupassen. Die Gebühren, Tarife etc. sind so zu gestalten, daß der Kostendeckungsgrad nicht zurückgeht; in einigen Bereichen sollte der Kostendeckungsgrad steigen. Im übrigen muß die Möglichkeit zur Zahlung von Konzessionsabgaben bei den öffentlichen Unternehmen zukünftig mindestens in einem proportional gleichen Umfang fortbestehen.

4. Hamburger Politik muß auch in der Finanzpolitik für mehr Gerechtigkeit auf Bundes- und Landesebene eintreten. Das heißt, daß bei Sparmaßnahmen Einkommensgrenzen etc. zu berücksichtigen sind. Das heißt ebenso, daß bei Einnahmeverbesserungen in erster Linie die besser gestellten Schichten der Bevölkerung in Anspruch genommen werden sollten.

## Sicherung des Friedens

**Die größten Gefahren gehen heute für unser Land vom Wettrüsten aus. Auf dem Hintergrund weltweiter Interessenkonflikte wird das ständig wachsende Waffenarsenal zu einem Pulverfaß für die ganze Menschheit.**

**Die SPD hält eine konsequente Entspannungspolitik und konkrete Abrüstung für eine Überlebensfrage.**

Konsequente Entspannung heißt, daß ein Interessenausgleich als Grundlage für den Abbau von Spannungen gesucht werden muß. Deswegen darf Entspannung nicht nur weltweit angestrebt werden: Spannungen müssen vielmehr regional teilbar gemacht werden. In Europa ist daher der Interessenausgleich zwischen West- und Osteuropa voranzutreiben. Verträge und Wirtschaftsbeziehungen sind wesentliche Beiträge zu unserer Sicherheit, die durch Waffen nur sehr begrenzt geschaffen werden kann.

Konkrete Abrüstung heißt: Verteidigungsfähigkeit bewahren, aber auch Schritte wagen, die kalkulierbare Vorleistungen einbeziehen. Konkrete Abrüstung muß vertrauensbildende Maßnahmen fördern. Die SPD fordert von den Großmächten Verhandlungen in Genf, die eine Stationierung von Mittelstreckenwaffen in Westeuropa überflüssig machen. Dies hängt allerdings entscheidend auch vom Verhalten der Sowjetunion ab.

Die zahlreichen internationalen Konflikte haben zu großen Flüchtlingsströmen geführt. Nationale Konflikte führen zu politischen Verfolgungen und zu politischen Flüchtlingen (Asylanten).

Die Bundesrepublik Deutschland hat in diesem Felde eine große historische Verpflichtung. Wir

selbst haben in den 30er und 40er Jahren Millionen von Menschen als politische Flüchtlinge in die Welt gejagt. Max Brauer und Herbert Weichmann waren einmal Asylanten. Das dürfen wir nicht vergessen.

Aus diesem Grunde gilt das Grundgesetz: unser Land und unsere Stadt müssen für alle politisch Verfolgten ein Ort der Zuflucht sein. Aber wir können nur denjenigen helfen, die das Recht auf politisches Asyl haben. Verfahren, die dies feststellen, müssen zügig durchgeführt werden, damit diejenigen, die politische Flüchtlinge sind, möglichst schnell in ihren Rechten bestätigt werden können.

Hamburg allein kann nicht die Folgen von Hunger und Krieg in der Welt lösen. Wir können nicht Flüchtlinge aus wirtschaftlicher Not und Kriegsflüchtlinge aus der ganzen Welt aufnehmen. Aber wir müssen als Bürger der Bundesrepublik unsere Beiträge für die Flüchtlingsarbeit der Vereinten Nationen und unseren Anteil an der Entwicklungshilfe erhöhen. Wir müssen helfen, internationale Konflikte abzubauen. Und wir müssen die Staaten der Dritten Welt dazu bewegen, eine soziale Wirtschaftsentwicklung voranzutreiben und von unsinnigen Waffenkäufen Abstand zu nehmen.

## Einnahmeseite beim Haushalt verbessern

Sparen in der Haushaltspolitik setzt auch eine Ausschöpfung der Einnahmen voraus.

Die SPD tritt für eine echte Ergänzungsgeldabgabe auf Bundesebene ein. Sie ist für eine Erhöhung der Spitzensteuersätze, wobei es wichtig ist, daß die Investitionskraft kleiner Unternehmen nicht beeinträchtigt wird (Bevorzugung investierter Gewinne). Die SPD unterstützt die Erhöhung der Mehrwertsteuer im Zusammenhang mit einem öffentlichen Beschäftigungsprogramm. Die SPD vertritt in Hamburg eine Erhöhung der Gewerbesteuer in Angleichung an die übrigen Großstädte und gleichermaßen eine Erhöhung der Grundsteuer. Die SPD Hamburgs unterstützt alle Maßnahmen zur Beseitigung unbegründeter Abschreibungsvorteile; sie verstärkt das Personal für eine erfolgreichere Steuereinzahlung.

Ein wichtiger Bestandteil der öffentlichen Einnahmen sind die Gebühren (9% der bereinigten Gesamteinnahmen des Hamburger Haushalts). In den 60er Jahren hat es eine umfassende Diskussion über öffentliche Leistungen zu Null-Tarifen gegeben. Die Erfahrung der Großstädte hat alle kommunalpolitische Vereinigungen inzwischen dazu gebracht – und dies entspricht auch dem „Orientierungsrahmen“ der SPD – daß es notwendig ist, öffentliche

Leistungen, soweit dies sozial erscheint, möglichst kostendeckend zu erheben.

Gebührenerhöhungen treffen, wie indirekte Steuern, immer im gleichen Umfang die weniger bemittelten Schichten wie die wohlhabenden Bürger. Aus diesem Grunde muß in der Tat bei jeder Gebührenerhöhung der Versuch einer sozialen Staffelung gemacht werden. Über diese Frage und über die Zweckmäßigkeit bestehender Gebührenstrukturen kann und soll intensiv beraten werden. Unannehmbar für die SPD ist eine Gebührenpolitik, die entweder zunehmende Haushaltsdefizite entstehen läßt (z. B. indem HVV-Tarife nicht erhöht werden und das ohnehin bestehende Defizit in Höhe von 296 Mio. DM im Jahre 1983 um ein weiteres Defizit in Höhe von 40 Mio. DM vermehrt wird) oder indem Unternehmen, die Konzessionsabgaben an die Stadt zu leisten haben (z. B. HEW oder HGW), mangels einer den Kosten angepaßten Tarifpolitik diese Konzession nicht mehr zahlen können.

Insofern ist für die SPD die allgemeine Position der GAL „keine Gebührenerhöhung“ unannehmbar. Es muß eine Einigung darüber herbeigeführt werden, daß (unter Berücksichtigung der Möglichkeit anderer Gebührenstrukturen) der Kostendeckungs-

grad der Gebühren, der heute erreicht ist, mindestens gehalten wird. In einer Reihe von Bereichen sollte der Kostendeckungsgrad angehoben werden (z. B. bei den städtischen Schwimmbädern).

**Für die SPD gelten daher folgende Grundsätze in der Haushaltspolitik:**

1. Das Defizit im Betriebshaushalt ist unter Berücksichtigung der arbeitsmarktpolitischen Aufgaben des Hamburger Haushaltes schrittweise zurückzuführen.

2. Sparmaßnahmen müssen in allen Bereichen öffentlicher Leistungen erfolgen. Dabei sind Prioritäten zu setzen. Dies führt zwangsläufig dazu, daß bestimmte Aufgaben von Sparmaßnahmen ausgenommen werden müssen; solche Leistungen umfassen aber nicht ganze Einzelpläne (wie zum Beispiel den Einzelplan 4). Die Sparmaßnahmen sind in allen Bereichen sowohl auf den Personalsektor als auch auf den Sektor der Sach- und Fachausgaben zu erstrecken. Kein Sparen von Personalkosten in 1983 durch zusätzliche Stellenstreichungen oder zusätzliche Bewirtschaftung gegenüber 1982. Investitionen sind in die Sparüberlegungen einzubeziehen.

3. Auf der Einnahmeseite sind die Gewerbesteuern und die Grundsteuern jeweils den ver-

Herausgeber: SPD-Landesorganisation Hamburg, Jörg König, Kurt-Schumacher-Allee 10, 2000 Hamburg 1

Gestaltung: Eisler-Werbung, Satz: A. Utesch GmbH, Hamburg, Druck: D+V, Kassel

# SPD

**Tatkraft und Gerechtigkeit**